FACIT 37

MSB SPARTAKUS
Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

11. Jahrgang
Januar 1975

Krise des Kapitalismus und dritte Welt

- Steffen Lehndorff: Facit
- Südliches Afrika
- Palästina
- Maoisten und nationale Befreiungsbewegung
- Facit-Forum: Imperatives Mandat

FACIT 37 **Januar 1975**

Inhalt:

Editorial 1

Steffen Lehndorff
Facit 4

Wolfram Brönner
Die aktuelle Wirtschaftskrise des Imperialismus 12

Jürgen Ostrowsky
Imperialismus und Befreiungskampf im südlichen Afrika 27

A. Hermann, A. Menzel, E. Laudowicz
Palästina 39

Wolfgang Ritter
Vietnam – Brennpunkt des internationalen Klassenkampfes . 48

Walter Fenn, Günter Schucher
„Der Wind tobt immer heftiger" . . 59

Facit-Forum
Studentenschaft und imperatives Mandat 72
Die Krise des Kapitalismus . . . 80

Rezensionen
Kapitalismus in der Krise (Steigerwald) 83

Impressum

erscheint zweimonatlich in der Weltkreis-Verlags-GmbH., 46 Dortmund

Herausgeber: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58a

Herausgeberkreis: Klaus Görke, Karlheinz Heinemann, Franz Hutzfeld, Steffen Lehndorff, Gunther Riechey, Paul Schäfer, verantwortl. Redakteur: Christiane Reymann

Redaktionsbeirat: Wolfgang Adamczak, Jürgen Büscher, Dr. J. H. v. Heiseler, Rainer Krings, Andreae Leisewitz, Werner Loch, Michael Maercks, Gunnar Matthiessen.

Redaktionsadresse: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58a

Der Preis des Einzelheftes beträgt 2,50 DM, im Abonnement beträgt der Preis nur 2,– DM. Ein Jahresabonnement (6 Hefte) beträgt 12,– DM + Porto (bei Vorauszahlung nach Erhalt des ersten Heftes). Bei Gruppenabnahmen ab 10 Expl. gilt ebenfalls der ermäßigte Abonnementspreis.

Bestellungen und Anzeigen an:
Weltkreis-Verlag
46 Dortmund, Brüderweg 16,
Tel. (02 31) 57 20 10.
Postscheck-Kto.: Weltkreis-Verlags-GmbH, Dortmund, PSchA Frankfurt: 20 3290/600

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Neuss.

Editorial

Vielleicht hat es für manchen den Anschein, als ob in marxistischen Zeitschriften der Krisenreflex in der bürgerlichen Publizistik genüßlich wiedergekäut würde. Doch ganz sicher ist es nicht Schadenfreude, die im Eingehen auf die auch publizistisch nicht mehr zu übertünchenden Krisenerscheinungen zum Ausdruck kommt. Als Marxisten kämpfen wir um die Sicherung und Erweiterung der sozialen und demokratischen Rechte von arbeitender und lernender Bevölkerung. Jede Schadenfreude über die gegenwärtige Krise und ihre Verschärfung wäre ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die heute schon durch Reallohnabbau, Arbeitslosigkeit, sich verschlechternde Studienbedingungen die Folgen der Krise massiv zu spüren bekommen.
Wir begnügen uns auch nicht mit der bloßen Beschreibung der sich mehr und mehr vertiefenden Krisenprozesse, sondern setzen unsere politisch-ideologische Kraft ein, um aufzuzeigen, daß es einen Ausweg aus dieser Situation gibt.

So widmet sich der erste Aufsatz in diesem Heft von **Wolfram Brönner** neben einer Analyse der aktuellen Wirtschaftskrise des Imperialismus auch den neuen Möglichkeiten und Kampfbedingungen für die revolutionären Kräfte in Westeuropa. Er schätzt die neuen Chancen aber auch Gefahren für die antiimperialistische Bewegung, die sich aus den gegenwärtigen Krisenerscheinungen ergeben, ein und arbeitet dabei die Perspektive eines demokratischen Europas heraus.

Nicht zuletzt in den Beziehungen der imperialistischen Staaten zu den Entwicklungsländern kommt die alle Bereiche der imperialistischen Gesellschaft erfassende Krise zum Ausdruck. Diesen Gesichtspunkt hob Boris Ponomarjow hervor, als er feststellte: „Unter den derzeitigen Bedingungen tritt der verschärfte Antagonismus zwischen den imperialistischen Ländern und den Staaten der ‚Dritten Welt' besonders plastisch zu Tage."
Antiimperialistische Solidarität, wachsendes Interesse an den Entwicklungen in den Ländern der „Dritten Welt", der national-revolutionären Befreiungsbewegung, das kennzeichnet einen wesentlichen Charakterzug der Studentenbewegung in der BRD seit ihrer Existenz. So sind auch die Brennpunkte der Klassenauseinandersetzung in der „Dritten Welt" für die Studenten von großer Bedeutung, zeigen sie doch einmal mehr, wie überfällig der Abtritt des Imperialismus von der Bühne der Geschichte ist.

Gerade in der Republik Südafrika, jenem Land, in dem die Rechte der absoluten Mehrheit der Bevölkerung – der Schwarzen – am brutalsten mit Füßen getreten werden, gerade hier ist die BRD mit über 300 Firmen präsent, gerade hier sind die politischen, kulturellen und sportlichen Kontakte ausgeprägt entwickelt. **Jürgen Ostrowsky** deckt die ökonomischen und politischen Interessen des Imperialismus an der Stabilisierung des Apartheid-Regimes auf und analysiert die Bedingungen des Befreiungskampfes im südlichen Afrika. Vor allem im Hinblick auf die im Januar stattfindende Solidaritätswoche mit den um ihre Befreiung Kämpfenden in Südafrika verdient dieser Artikel besondere Beachtung.

Eine ständige Kriegsgefahr geht von dem für die internationale Entwicklung wohl gefährlichsten Krisenherd – dem Nahen Osten – aus. Selten ist das Schuldbe-

wußtsein hierzulande gegenüber der jüdischen Bevölkerung angesichts der grauenhaften Verbrechen des Faschismus mit solch einer Perfidie ausgenutzt worden, um die Aggressionsabsichten und die ständige Verletzung von UNO-Abkommen durch die imperialistisch-zionistische Führung Israels zu rechtfertigen, wie gerade in den letzten Jahren. Der Betrug, das Verschaukeln des jüdischen Volkes als Spielball der imperialistischen Mächte sollte und soll diesem Volk wie gerade auch unserer Bevölkerung verborgen bleiben. Der Aufsatz von **Alfred Hermann, Annette Menzel** und **Edith Laudowicz** bringt Licht in die Geschichte Israels, erläutert das Wesen der zionistischen Ideologie und analysiert ausführlich die Entstehung und die Bedingungen des palästinensischen Widerstandes.

Vietnam – Brennpunkt des internationalen Klassenkampfes, das trifft auch heute nach der Unterzeichnung des Pariser Vietnamabkommens noch zu. **Wolfgang Ritter** beschreibt die neue Etappe des antiimperialistischen Kampfes und bestimmt noch einmal die Aufgaben der Solidaritätsbewegung in unserem Land.

Im letzten Artikel zu diesem Problem untersuchen **Walter Fenn** und **Günter Schucher** das Verhältnis der Pekinger Führung zu den Entwicklungsländern. Viele Illusionen über den angeblich revolutionären Charakter der Politik der VR China sind – nicht zuletzt durch die herzliche Aufnahme führender Repräsentanten der CDU/CSU sowie durch gleichlautende Stellungnahmen zu wichtigen außenpolitischen Fragen (NATO, EWG, Europäische Sicherheit) – auch bei jenen zerstoben, die sich bisher durch pseudorevolutionäre Phrasen täuschen ließen. Die völlige Lossagung von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus läßt die Mao-Clique gegenwärtig einen Kurs fahren, der der gesamten antiimperialistischen Bewegung großen Schaden zufügt. Ob das die politische Aufwertung des chilenischen Junta-Regimes betrifft, ob das die Ungeheuerlichkeit betrifft, nicht nur gegen einen von der UNO beschlossenen Boykott des faschistischen Apartheid-Regimes in Südafrika zu stimmen, sondern diesen auch noch durch wirtschaftliche Beziehungen zu sabotieren – überall betätigt sich die Pekinger Führung als spalterische, den Interessen der Völker schadende Kraft.

Im ersten Teil des FACIT-Forums bringen wir dieses Mal einen Beitrag, der von den bisherigen abweicht. Wir geben an dieser Stelle Organisationen, wie diesmal dem LHV, Gelegenheit, sich zu bestimmten Problemen zu äußern, die im Mittelpunkt des theoretischen Interesses der Studentenbewegung stehen. FACIT-Forum trägt damit zur Vertiefung der Beziehung zwischen relevanten Kräften der Studentenbewegung bei. Dabei ist sicher klar, daß es sich bei dem Beitrag des LHV nicht um eine marxistische Analyse handelt und von uns zu den angeschnittenen Problemen der allgemeinen Krise des Kapitalismus eine klare Stellungnahme erfolgen muß und wird. Aber wir sind mit dem Autor Ulrich Brameier einer Meinung, daß die offene, kameradschaftliche Diskussion fruchtbar, gerade auch für die weitere Zusammenarbeit, sein kann.

Im 2. Teil des Forums haben wir vier Beiträge zum Thema „Verfaßte Studentenschaft und imperatives Mandat" veröffentlicht. Obwohl der im FACIT 35 erschienene Beitrag von Ralf Peters zu dieser Frage ein breites Echo im Verband auslöste, haben wir verhältnismäßig wenige Stellungnahmen dazu erhalten. Die vorliegenden ersten drei Beiträge setzen sich mit der Frage des imperativen Mandats anhand der Erfahrungen auseinander, die besonders in der Auseinandersetzung

mit Linkssektierern gesammelt wurden. Im letzten Beitrag hat **Christfried Seifert,** Mitglied des Sekretariats des Bundesvorstandes, in Thesenform die Auffassung unseres Verbandes noch einmal zusammengefaßt. Er entwickelt hier unser grundsätzliches Herangehen an die Frage der Verbindung des parlamentarischen mit dem außerparlamentarischen Kampf, an die Rechenschaftspflicht studentischer Interessenvertreter, sowie die Rolle und Bedeutung von Vollversammlungen als Formen der direkten Demokratie.

Ausführlich wird von **Robert Steigerwald** das neue Buch von Willi Gerns zur allgemeinen Krise des Kapitalismus rezensiert. Hier wird vor allem deutlich gemacht, daß die Haupterscheinungen der gegenwärtigen weltweiten Auseinandersetzung zwischen den fortschrittlichen Kräften und den Kräften der Reaktion, des Monopolkapitals, nicht verstanden und genutzt werden können, ohne daß man die große Bedeutung der Stärkung der sozialistischen Länder erkennt.

Steffen Lehndorff, Bundesvorsitzender des MSB Spartakus, erläutert im nachfolgenden Artikel den Beschluß des Bundesvorstandes auf seiner 5. BV-Tagung, das Erscheinen von FACIT vorläufig einzustellen.

Steffen Lehndorff

Facit

Auf seiner 5. BV-Tagung beschloß der Bundesvorstand des MSB Spartakus, das Erscheinen von Facit vorläufig einzustellen. Angesichts der sprunghaft gestiegenen Herstellungskosten, vor allem der hochgeschraubten Papierpreise kann Facit auf absehbare Zeit finanziell nicht mehr getragen werden.

Das Fehlen von Facit wird eine vorerst nicht zu schließende Lücke im Verbandsleben des MSB Spartakus und in der an einer Auseinandersetzung mit dem Marxismus interessierten Studentenschaft hinterlassen. Wir müssen uns deshalb mit diesem Schritt politisch auseinandersetzen.

Schauen wir vorerst zurück, wie Facit in den Anfängen der antiimperialistischen Studentenbewegung in der BRD ein Diskussionsforum der marxistischen Studenten bot, wie es als Organisator der marxistischen Strömungen im SDS wirkte, wie in ihm die marxistische Strategie für den Hochschulbereich erarbeitet und die Gründung einer marxistischen Studentenorganisation vorbereitet wurde.

Im Februar 1965 erschien, 20 Seiten stark und in bescheidenem DIN-A 5-Format, die erste Ausgabe von Facit. Herausgeber ist der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) Köln.

„Mit Facit wollen wir nicht den Anspruch erheben, fertige sozialistische Theorie zu vertreiben ... Facit soll der Versuch sein, dem nicht geringen Rest der Studenten, die nicht völlig entpolitisiert sind und sich dem Wissenschaftsbetrieb noch nicht integriert haben, die Möglichkeit zu geben, ihr Unbehagen an einem Ort wenigstens vortragen zu können."

Die Aufgabenstellung, wie sie im Geleitwort zur ersten Ausgabe zum Ausdruck kommt, spiegelte zugleich auch die Situation in der fortschrittlichen Studentenbewegung der BRD des Jahres 1965 wider: an den Hochschulen begannen marxistische Studentinnen und Studenten, zum Teil wegen ihrer marxistischen Positionen aus der „Godesberger" SPD ausgeschlossen, zum Teil aus der Gewerkschaftsbewegung kommend, zum Teil Aktivisten der Ostermarschbewegung und Mitglieder demokratischer Jugendverbände, den SDS zur nach und nach wichtigsten und einflußreichsten hochschulpolitischen Kraft zu machen.

Von Anfang an waren, unterschiedlich von Hochschulort zu Hochschulort, verschiedene politische Strömungen innerhalb des SDS wirksam. Weiter wirksam, trotz des Bruchs mit der rechten SPD-Führung, waren opportunistische, rechten sozialdemokratischen Positionen verpflichtete Tendenzen, die oft und je nach Situation umschlugen in linkssektiererische Positionen.

Trotzkistische und später auch maoistische Gruppen nutzten gerade jenen Teil der politisch bewußten Studentenschaft, der, beeinflußt von bürgerlicher Herkunft und Erziehung oder von rechter sozialdemokratischer Politik, von antikommunistischen, besonders antisowjetischen Standpunkten aus operierte.

Eine beachtliche Kraft unter dem organisatorischen Dach des SDS stellten die marxistischen Studenten dar. Ihre stärkste Stellung hatten sie an den Universitäten

Köln, Bonn, Marburg, München und Hamburg – um nur die wichtigsten zu nennen.

Als 1965 die zweite Ausgabe von Facit erscheint, weist das Impressum als Herausgeber neben den Kölner Genossen auch den SDS-Bonn aus. Mit den sich zuspitzenden politisch-ideologischen Auseinandersetzungen im SDS nehmen Vertreter aus immer mehr SDS-Gruppen aktiv und verantwortlich an der Arbeit von Facit teil und dokumentieren damit deutlich, daß sie Facit auch als organisatorisches Instrument marxistischer Studenten innerhalb des SDS verstehen.

Ein Kennzeichen der Arbeit von Facit und des marxistischen Teils im SDS ist in jenen Jahren, die Diskussion um grundsätzliche politische Fragen hineinzustellen in die aktuelle politische Auseinandersetzung:

- Die innerhalb der fortschrittlichen Studentenbewegung immer wieder zu stellende Frage nach dem Charakter und der Funktion des kapitalistischen Klassenstaates wurde von verschiedenen Gesichtspunkten aus im Rahmen der breiten Kampagne gegen die Notstandsgesetzgebung geführt. Facit trug nicht unwesentlich dazu bei, den Kampf gegen die Notstandsverfassung drei lange Jahre wach zu halten und zu verstärken und gegen jenen opportunistischen Teil des SDS Front zu machen, der der herrschenden Klasse mit dem Argument, die Studenten seien „notstandsmüde", Luft verschaffen wollten.
- Ebensowenig abstrakt verlief in Facit das Ringen um proletarisch-internationalistische Positionen innerhalb der linken Studentenbewegung. Das Verhältnis zum realen Sozialismus, besonders zur Sowjetunion und zur DDR, wurde nicht weniger grundsätzlich im Rahmen der breiten Kampagne zur Unterstützung des Befreiungskampfes des vietnamesischen Volkes dargestellt.

Ein Beispiel dafür, wie rasch und offensiv Facit eingriff in die Diskussion über antiimperialistische Solidarität, ist die Auseinandersetzung mit dem Verlauf der kubanischen Revolution, die besonders antisowjetisch orientierte Kräfte der Studentenbewegung für sich reklamieren wollten: in Sonderveröffentlichungen und im Rahmen der allgemeinen Berichterstattung veröffentlichte Facit als erste Publikation in der BRD Teile der Werke Che Guevaras („Partisanenkrieg – eine Methode" und der Abschiedsbrief Che Guevaras an Fidel), um damit der (von der Geschichte seitdem vielfach bestätigten) Wahrheit auch in der Studentenbewegung der BRD zum Tragen zu verhelfen, daß die Hauptkraft bei den revolutionären Veränderungen in allen Kontinenten die Existenz der sozialistischen Staatengemeinschaft unter Führung der Sowjetunion ist.

Als 1968 (nicht zuletzt durch den ständig ansteigenden Einfluß des marxistischen Teils der Studentenbewegung dazu veranlaßt) ein politisch-ideologisch recht buntes, allein durch seinen Antikommunismus zusammengehaltenes Konglomerat innerhalb des SDS daran ging, mit der Spaltung des SDS auch seine Liquidierung sehr handfest zu betreiben, fiel Facit eine besondere Rolle bei der politisch-organisatorischen Zusammenführung der Genossen in der „Assoziation Marxistischer Studenten" (AMS), die der Gründung des MSB Spartakus unmittelbar vorausging, zu. Der Delegiertenkonferenz des SDS 1968 in Frankfurt, die den Ausschluß von fünf führenden marxistischen Genossen des SDS wegen ihrer konsequent antiimperialistischen Haltung während der IX. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Sofia beschloß, lag eine Sonderveröffentlichung von Facit vor,

die neben anderen Materialien in diesem Zeitraum den politisch-ideologischen Kern der Auseinandersetzung innerhalb der Studentenbewegung der BRD und die daraus resultierenden Konsequenzen verdeutlichte.
Als nach dieser DK der SDS sehr rasch in seine Einzelteile bis zur Auflösung verfiel, gruppierten sich um ihr Organ Facit, in aktiver Teilnahme an der Redaktionsarbeit und in breiten, das gesamte Bundesgebiet und seine Hochschulen umfassenden Redaktionssitzungen, die marxistisch orientierten Studenten der BRD.
Mit der Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) im gleichen Jahre waren Voraussetzungen geschaffen, auch im studentischen Bereich auf einer nicht zuletzt durch Facit mitgeschaffene klaren ideologischen Grundlage die Erbmasse des SDS hinüberzuführen in einen marxistischen Studentenverband.
Mit der Gründung des MSB Spartakus trat auch Facit in ein neues Stadium seiner Entwicklung ein. Zu der unmittelbaren Verbindung zum MSB, zu den Gruppen an zahlreichen Hochschulen in der BRD und zum Bundesverband, entstanden günstigere Wirkungsbedingungen. Die Aufgabe von Facit wurde es, die theoretische Arbeit des jungen marxistischen Studentenbundes voranzutreiben, vereinheitlichend auf die politisch-ideologischen Grundlagen des Verbandes zu wirken und die Diskussion mit allen am Marxismus interessierten Kräften in der Hochschule zu führen. Im Editorial der Nr. 25, der ersten Nummer von Facit als theoretischem Organ des MSB Spartakus, beschrieb es seine Funktion folgendermaßen: die marxistisch-leninistische Theorie für den Hochschulkampf fruchtbar zu machen, den Zusammenhang zwischen Kampf an der Hochschule und gesamtgesellschaftlichen Klassenauseinandersetzungen in den Mittelpunkt rücken, sich ständig mit bürgerlichen und opportunistischen Strömungen, insbesondere über die Stellung der Intelligenz in den Klassenauseinandersetzungen, auseinandersetzen, dazu beitragen, das Kräfteverhältnis in der BRD zu verändern und die Angriffe der Reaktion auf die demokratischen und sozialistischen Kräfte zurückzuweisen.

Auf allen Gebieten der theoretischen Arbeit und der Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der politisch-ideologischen Positionen des MSB Spartakus hat Facit Bedeutendes geleistet, indem es in seiner Entwicklung als theoretisches Organ unseres Verbandes immer besser die brennenden Fragen der Studentenbewegung aufgegriffen und theoretisch verarbeitet hat, vorwärtstreibende Verallgemeinerungen und Analysen initiierte und veröffentlichte, leistete es auch einen Beitrag zur Erhöhung der ideologischen Ausstrahlungskraft des MSB Spartakus.

Die Schwerpunkte von Facit sowie die Themenstellungen einzelner Artikel widerspiegeln die Entwicklungsetappen des MSB Spartakus.
Die herrschende Klasse versucht bekanntlich, die Herausbildung und Entwicklung des Bewußtseins der unterdrückten Klassen und Schichten ihren eigenen Platz in der historischen Entwicklung, den grundlegenden gesellschaftlichen Widersprüchen und über Weg und Ziel zu deren Überwindung zu verhindern. Dabei kommen ihr sektiererische und opportunistische Auffassungen, die das Verhältnis von Reform und Revolution falsch bestimmen und die Rolle der Intelligenz im antimonopolistischen Kampf überschätzen, durchaus entgegen. Die Auseinandersetzung mit bürgerlichen und scheinlinken Theorien und Ideologien ist Moment der Entwicklung von Klassenbewußtsein und wurde von Facit ständig wahrgenommen. In

Facit wurden die neuesten Modeströmungen der „K-Gruppen" unter die Lupe genommen, Spontaneismus und Opportunismus in der Studentenschaft eingeschätzt. Facit beschäftigte sich mit den Ursachen dieser Strömungen und mit deren Perspektive. Facit setzte sich auseinander mit den ideologischen Anstrengungen der SPD, beobachtete die Entwicklung, die Sprünge und Seitensprünge des Maoismus weltweit und in der BRD. Damit setzte es den MSB Spartakus instand, eine prinzipienfeste Auseinandersetzung mit diesen Gruppen an der Hochschule zu führen, setzte ihn gleichzeitig instand, die Motive, aus denen die Studenten zeitweilig eher sektiererischen und opportunistischen Auffassungen zuneigen, zu berücksichtigen, um die Studenten, die ehrlich bemüht sind, gegen den Imperialismus zu kämpfen, für die Arbeit im MSB zu gewinnen.

Ein weiteres Mittel der herrschenden Klasse, die Entwicklung von Klassenbewußtsein zu verhindern, ist Geschichtsklitterei und – fast noch schwerwiegender – die Abtötung historischen Bewußtseins, des Denkens in historischen Dimensionen. Darunter fällt sowohl das Bewußtsein von der eigenen Geschichte, von den gesammelten Erfahrungen und überwundenen Schwächen als auch das Bewußtsein, daß der historische Prozeß keinen Stillstand kennt, sondern sich gesetzmäßig – wobei verzögert und zeitweilig gehemmt und sogar zurückgeworfen werden kann – in Richtung Sozialsmus bewegt.
Demgegenüber isoliert die Bourgeoisie einzelne gesellschaftliche Bewegungen und Prozesse voneinander, sie dividiert auf diese Weise in ihren ideologischen Nebelbildungen die Weltentwicklung, den einheitlichen, nur ein zeitweiliges Zurückbleiben einzelner Abteilungen kennenden Weltprozeß in atomisierte Einzelerscheinungen, die – nur oberflächlich zusammenhängend – im wesentlichen nebeneinander existieren.
Um das historische Bewußtsein zu stärken und auch die antiimperialistische Weltbewegung als Bestandteil des weltrevolutionären Prozesses einschätzen zu können, beschäftigte sich Facit – vor allem, als in unserem Verband immer mehr Studenten organisiert waren, die das Aufbrechen der antiimperialistischen Studentenbewegung nur vom Hörensagen kannten – mit der Geschichte der antiimperialistischen Studentenbewegung in der BRD, weiter noch, Facit ging den Spuren der demokratischen Studentenbewegung bis in die Weimarer Republik nach, setzte sich auseinander mit dem Entstehungsprozeß der kommunistischen Partei in Deutschland, mit der Parteitheorie und den marxistischen Organisationsprinzipien. Facit schätzte die Jugendbewegung in der BRD und weltweit ein, analysierte die kommunistische Weltbewegung und die Brennpunkte des internationalen Klassenkampfes, machte die Studenten mit den drei Strömen des weltrevolutionären Prozesses vertraut; und nicht zuletzt: Facit machte den Studenten wichtige Einschätzungen und Dokumente der internationalen und nationalen antiimperialistischen Bewegung zugänglich.
Um die jeweils notwendigen und richtigen Schritte im Kampf an der Hochschule bestimmen zu können, ist die konkrete Einschätzung der Bewegung der Klassenauseinandersetzung in der BRD und weltweit notwendig. In Facit wurden neue Erscheinungen der Klassenauseinandersetzung einer Analyse unterzogen. Facit ging auf die Streiks der Arbeiter und Angestellten, auf Bürgerinitiativen und die Friedensbewegung in der BRD ein, arbeitete die neuen Momente in der Politik und

Ideologie der herrschenden Klasse heraus. Damit trug Facit dazu bei, das politische Niveau von Mitgliederversammlungen des MSB weiter zu erhöhen, es erleichterte es, Position zu beziehen in den Gesprächen mit Studenten, auch zu den Fragen der sogenannten „großen Politik".

Einen wichtigen Platz in Facit nahm die Analyse der neuen Momente der Hochschulformierung ein. In diesem Zusammenhang entwickelten wir in Facit unsere marxistische Alternative zur imperialistischen Hochschulpolitik. Ausgehend von der Forderung „Marx an die Hochschule" konkretisierten wir unsere Vorstellungen zu den Fragen der Studieninhalte, dem Aufbau des Studiums, der Ausrichtung der Studiengestaltung an den Interessen der werktätigen Bevölkerung und an einer demokratischen Berufspraxis und konnten zum II. Bundeskongreß die Forderung „Marx an die Hochschule" einbetten in die Konzeption der demokratischen Ausbildungsziele. Die Entwicklung der demokratischen Ausbildungsziele wurden ebenfalls ermöglicht durch Untersuchung von Einzelwissenschaften in ihrem Verhältnis zum Marxismus, die ebenfalls durch Facit initiiert wurden.

Mit den weiteren Erfahrungen, die der MSB in der Politik an der Hochschule sammelte, mit den höheren Anforderungen, die für die Studentenbewegung aufgrund der allgemeinen Bedingungen der Klassenauseinandersetzung in der BRD erwuchsen, trat in der Diskussion um die Grundlagen unserer Politik die Beschäftigung mit der revolutionären Tagespolitik in den Vordergrund. Facit bereitete die Formulierung revolutionärer Tagespolitik in Sofortforderungen zu den unmittelbarsten und brennendsten Problemen der Studenten vor.

Die ideologische Vereinheitlichung des Verbandes ist nicht durch eine chinesische Mauer von dem gemeinsamen Kampf und der Diskussion mit unorganisierten Studenten und fortschrittlichen Wissenschaftlern zu trennen. Zu dem Ringen um die Aktionseinheit der Studentenbewegung gehörte auch, daß sich Facit bemühte, mit allen Kräften, mit denen wir gemeinsam um demokratische Veränderungen kämpfen, die Diskussion in Facit zu führen. Im Editorial zu Facit 30 steht dazu: „Die enge Verbundenheit von Facit mit dem MSB Spartakus schließt in keiner Weise aus, daß auch Autoren in Facit veröffentlichen, sich an der Diskussion beteiligen, die nicht im Spartakus organisiert sind. Wir wollen vielmehr alle am Marxismus, an der Politik der Marxisten Interessierten in eine lebendige Diskussion einbeziehen. Wir wollen nicht nur ihnen Anregungen geben, sondern erwarten selbst von ihnen Hinweise und Anstöße, eigene Beiträge." Facit hat Diskussionen im Verband und mit den Studenten ausgelöst. Der streitbare Charakter unserer Weltanschauung, die in lebhafter Auseinandersetzung sich vollziehende Weiterentwicklung unserer Politik und die kritische Einschätzung unserer Unzulänglichkeiten auch durch Kommilitonen, mit denen wir gemeinsam kämpfen, die aber noch nicht Mitglied in unserem Verband sind, hatte sich in Facit zunächst nur zögernd niedergeschlagen. Das Facit-Forum institutionalisierte die Möglichkeit, neue Probleme, auf die wir in der Weiterentwicklung unserer Politik stießen, in einer Diskussion innerhalb und außerhalb des Verbandes zu erörtern.

Facit hatte eine erhebliche Bedeutung für die Bewältigung der erhöhten Anforderungen im ideologischen Klassenkampf an der Hochschule. Und diese Anforderungen haben keinesfalls eine Abschwächung erfahren. Im Gegenteil.

Unter den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes in der BRD verschärft

sich die ideologische Auseinandersetzung, erhöhen sich die Anforderungen an die ideologische Arbeit in der Studentenschaft und im MSB Spartakus. Die Gründe dafür sind, um zunächst die allgemeinen zu nennen: Die gewachsene politische, ökonomische und militärische Stärke des Sozialismus zwingt den Imperialismus zur Anpassung an das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt, versperrt in hohem Maß die Möglichkeit der kriegerischen Auseinandersetzung und damit auch die Möglichkeit, innere Systemwidersprüche des Imperialismus durch außenpolitische Aggressionen zu verdecken. Um so heftiger tobt der Kampf um die Köpfe der Menschen, versucht der Imperialismus, sein zerrüttetes System noch in den Köpfen der Menschen zu rechtfertigen und als verteidigungswürdig – wenn auch verbesserungsbedürftig – hinzustellen. Diese Systempropaganda des Imperialismus stößt zunehmend auf große Schwierigkeiten, die hier nur noch einmal kurz zusammengefaßt werden sollen:

Zum einen gewinnt der reale Sozialismus an Ausstrahlungskraft. Die sozialen, ökonomischen und kulturellen Errungenschaften des Sozialismus regen immer mehr Menschen auch in unserem Land an, über die Ursachen der Erfolge des Sozialismus nachzudenken und im stillen Vergleiche zwischen dem Leben in den sozialistischen Staaten und dem Leben in der BRD und den anderen kapitalistischen Staaten zu ziehen. Diese Vergleiche werden für die herrschende Klasse in der BRD um so unangenehmer, je weniger in unserem Land die Befriedigung der grundlegenden Lebensbedürfnisse der Menschen gewährleistet ist, ferner die Unsicherheit des Arbeitsplatzes und die Unsicherheit der sozialen Existenz wächst und Einbußen im individuellen Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung wie auch den Studenten zugemutet werden sollen. Das bedeutet doch, daß die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in all ihren Erscheinungsformen auch die Systemkritik verstärkt, die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen. In diesem Zusammenhang wächst zumindest auch die spontane Aufgeschlossenheit gegenüber sozialistischen Ideen als Ideen, die einen gangbaren Weg aus der Krise zu weisen in Anspruch nehmen.

Gegen diese systemkritischen Strömungen, die sich noch gar nicht in einer sozialistischen Politik oder der Zustimmung und Unterstützung linker Politik äußern müssen, mobilisiert die herrschende Klasse den Antikommunismus in vielfältigsten Erscheinungsformen. Die Mobilisierung des Antikommunismus aber ist in der BRD nicht mehr nur Ausdruck der Stärke der herrschenden Klasse – zweifelsohne besitzt sie im ideologischen Bereich noch große Möglichkeiten. Sie ist gleichzeitig auch Ausdruck der Schwäche der herrschenden Klasse im ideologischen Bereich, denn sie signalisiert, daß die Monopolbourgeoisie kaum noch eigene positive gesellschaftliche Leitbilder entwickeln und über einen längeren Zeitraum propagieren kann, sondern ihr gemeinsamer Nenner in der ideologischen Auseinandersetzung über die negative Bestimmung gegenüber dem Sozialismus nicht weit hinausgeht. Versucht die herrschende Klasse, eigene Wege in die Zukunft zu weisen, handelt sie ebenfalls zunehmend aus der Defensive heraus, ist sie ebenfalls zunehmend gezwungen, in Reaktion auf den Sozialismus zu handeln: eine der wichtigsten Stützpunkte in der bürgerlichen Ideologie sind die diversen Konzeptionen des „Dritten Weges", die inzwischen von Scheinlinken diversester Schattierungen bis zur Jungen Union propagiert werden.

Die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen kann sich in der BRD also nur in Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie vollziehen, kann sich in den Köpfen der Studenten nur in der Überwindung bürgerlicher Vorstellungen vollziehen. Angesichts der Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz und der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus wird das Interesse an unserer Alternative größer, werden aber auch die Fragen nach unserer Alternative genauer, will die Frage beantwortet sein, was auch dem einzelnen Studenten die marxistische Orientierung nützt, was die Marxisten zu den anstehenden Sorgen und Nöten der Studenten zu sagen haben, welche Möglichkeiten der Lösung der brennendsten Probleme sie sehen und vorschlagen, was nicht nur der Sozialismus im allgemeinen, sondern der Sozialismus hier in der BRD den Menschen bringen könnte, was Sozialismus hier in der BRD bedeuten würde. Sozialismuspropaganda auch in den einzelnen Tagesfragen – das ist es, was heute von den Marxisten verlangt wird und zu Recht verlangt wird. Das ist aber ein höheres Niveau der ideologischen Überzeugungsarbeit und der weltanschaulichen Ausstrahlungskraft des MSB Spartakus und jedes seiner Mitglieder.

Gleichzeitig haben wir mit unserer grundsätzlichen und richtigen Orientierung ja nicht jede Frage der Klassenauseinandersetzungen, nicht jedes Problem der Studenten beantwortet. In den Klassenauseinandersetzungen entstehen neue Situationen, müssen neue Wege des Kampfes um den Sozialismus hier und heute entwickelt werden. Die notwendige Flexibilität in der politischen Arbeit auf der Grundlage der marxistischen Strategie und Taktik verlangt nicht nur von den einzelnen Mitgliedern des MSB Spartakus, sondern auch vom gesamten Verband eine stetige gründliche und realistische Einschätzung des Kräfteverhältnisses, der Situation an der Hochschule, des Standes der Entwicklung der demokratischen Bewegung wie der Strategie, der Stärken und Schwächen des Gegners.

Und gleichzeitig ist der MSB Spartakus ein junger Verband, jung bezüglich der Jahre seines Bestehens als auch bezüglich der Zusammensetzung seiner Mitglieder. Die Mitgliederfluktuation ist aufgrund seines Charakters als Studentenverband naturnotwendig relativ hoch, was auch erhöhte Anforderungen an die politisch-ideologische Arbeit der Gruppen stellen.

Wir sehen, in dieser Situation der Verschärfung des ideologischen Klassenkampfes wäre ein theoretisches Organ, wäre Facit, in dem die Diskussion um die Probleme der Studenten und der Studentenbewegung in der BRD geführt werden könnte, notwendiger denn je.

Da aber gegenwärtig nicht die Möglichkeit besteht, Facit weiter erscheinen zu lassen, wird der MSB Spartakus auch mit dieser Situation fertig werden und der ideologischen Arbeit der MSB-Gruppen sowie der Diskussion um Grundfragen unserer Strategie mit den Studenten und allen am Marxismus oder an der Politik der Marxisten Interessierten erhöhte Aufmerksamkeit schenken.

Facit wird nicht durch massenhafte Broschüren oder örtliche „kleine Facits" zu ersetzen sein. Vielmehr müssen wir in der Grundlinie folgende Möglichkeiten beim Schopfe packen:

– Zur Vereinheitlichung und Weiterentwicklung unserer Politik wird das Studium und die Diskussion – und in den meisten Fällen nicht nur die einmalige – der Dokumente des Verbandes im Mittelpunkt stehen. In den Dokumenten des Verbandes ist der Erfahrungsschatz der antiimperialistischen Studentenbewegung zusammengefaßt. Dort versuchen wir, den Stand der Erkenntnisse unseres Verbandes für die praktische Politik nutzbar zu machen. Das Studium der Dokumente beinhaltet die Auseinandersetzung mit den darin vertretenen Orientierungen, beinhaltet die Auseinandersetzung mit Fragen der Studenten und der Mitglieder des Verbandes zu den in den Dokumenten festgelegten Orientierungen, damit ein Höchstmaß an einheitlicher Umsetzung der beschlossenen politischen Linie erreicht wird.

– In der aktuellen Einschätzung der Entwicklung des Kräfteverhältnisses weltweit und national wie in gesellschaftlichen Teilbereichen, in der aktuellen Analyse der Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen und der Strategie des Gegners wird die Hinzuziehung und Diskussion anderer marxistischer Publikationen, vor allem der Marxistischen Blätter, aber auch weiterer demokratischer Zeitschriften, eine wichtige Hilfe in der Gruppendiskussion und der Diskussion mit den Studenten leisten.

– Verstärkt werden wir die roten blätter in der Diskussion im Verband und mit den Studenten nutzen, die Einschätzungen, die in den roten blättern von den aktuellen Aufgaben im Kampf an der Hochschule gegeben werden, zu Gemeingut des ganzen Verbandes machen. Die roten blätter werden – indem wir sie noch besser auch zur Diskussion unserer eigenen Politik nutzen – ihren Charakter als Studentenmagazin und Organ des MSB Spartakus keinesfalls verlieren oder versuchen, ein Zwitter zwischen theoretischem Organ und Studentenmagazin zu werden.

– Zu einzelnen politisch und ideologisch brennenden Fragen der Bewegung werden vom MSB Spartakus gesonderte Publikationen verbreitet, die zu bestimmten Punkten die theoretische Einschätzung vertiefen und aktuelle Hilfen in der Massenarbeit der Gruppen und Sektionen darstellen.

– Und nicht zuletzt werden wir uns bemühen, die Bildungsarbeit des Verbandes aktueller zu gestalten, attraktiver auch für solche Studenten, die noch nicht Mitglied unseres Verbandes sind. Die Bildungsarbeit des MSB muß streitbarer die Auseinandersetzung mit den Fragen der Studenten und der Ideologie und Politik der herrschenden Klasse führen.

Zehn Jahre lang ist Facit, die Zeitschrift marxistischer Studenten, erschienen. Zehn Jahre, in denen aus einem kleinen marxistischen Kern innerhalb der Studentenbewegung eine starke und aktive marxistische Studentenorganisation entstanden ist, die erfolgreich kämpft, heute schon die mitgliederstärkste politische Studentenorganisation in unserem Land ist, und die sich noch stärker den studentischen Massen, ihren Alltagssorgen zuwendet und hier ihre revolutionäre Politik entwickelt. Diesen Prozeß in den vergangenen zehn Jahren hat Facit nicht nur kommentiert, sondern maßgeblich mitgestaltet. Nun gilt es, ohne Facit, aber gestützt auf die starke Organisation des MSB Spartakus, den hohen Anforderungen an die Propagierung des Marxismus unter den Studenten gerecht zu werden.

Wolfram Brönner

Die aktuelle Wirtschaftskrise des Imperialismus und die Kampfbesingungen der revolutionären Kräfte in Westeuropa

> „Das ist vielleicht das Neueste: Die Welt kann etwas schneller, mit etwas sicherem Schritt voranschreiten.
> Schon heute können wir voller Stolz sagen: Seht wie sich die Welt verändert hat! Der Kapitalismus wurde auf einem Teil dieser Landkarte ausgestrichen, der Kolonialismus liegt im Sterben, der Imperialismus weicht zurück, der Frieden wird möglich und in unserem Land im Frühjahr 1973 das machtvolle ‚Ja' von Millionen Franzosen für eine Veränderung der Gesellschaft. Dank dem Sozialismus schreitet die Welt voran."[1]

Als George Marchais im August 1973 mit diesen Worten den Optimismus der französischen Linken zum Ausdruck brachte, erhoben sich in den imperialistischen Staaten bereits erste Stimmen, die von neuen großen ökonomischen Erschütterungen, neuen Krisen und sozialpolitischen Klassenauseinandersetzungen kundeten.

Heute, fast eineinhalb Jahre danach, ist im kapitalistischen Europa Gehöriges vorangeschritten: In Frankreich scheint der Sieg der Linken nur noch eine Frage der Zeit. In Portugal und Griechenland ging der Faschismus zu Bruch. In Italien wurde die Offensive der Reaktion erfolgreich gestoppt.

Heute, fast eineinhalb Jahre danach, hat eine schwere Wirtschaftskrise alle Länder der Westeuropas erfaßt: In der einstigen „Wohlstandsinsel" BRD sind über 800 000 arbeitslos und Hunderttausende zur Kurzarbeit gezwungen. Die Reallöhne schrumpfen. Die Preise galloppieren davon. Mit ihnen die Profite der Riesenmonopole.

Regierungswechsel, Hahnenkämpfe in EWG und NATO gehören zum westeuropäischen Alltag. Die sozialpolitische Labilität des kapitalistischen Systems hat sich erheblich weiter zugespitzt. Existenzunsicherheit und Zukunftssorgen ergreifen die Werktätigen, die Jugend und Studenten unseres Landes wie unserer westlichen Nachbarn.

Politische Offensive der demokratischen Bewegung und verschärfte Krisensituation – sind das nicht zwei gegenläufige Prozesse? Ist nicht vielmehr gerade in Krisenzeiten das Voranschreiten, der geballte Ansturm der Reaktion – man bedenke den Vormarsch von Strauß und Dregger – typisch?

Auf dieses Für und Wider, auf die Herausarbeitung der Grundtendenzen der ökonomisch-politischen Entwicklung sind die Überlegungen dieses Beitrags gerichtet. Wenden wir uns vorab kurz der Frage zu: Welche Dimensionen hat die aktuelle Krisenlage eigentlich angenommen, und was kommt in den nächsten Monaten noch auf uns zu?

Westdeutsche Konjunkturexperten beschleichen düstere Vorahnungen über die

1 G. Marchais, Die demokratische Herausforderung, Frankfurt/M. 1974, S. 232

„Gefahr eines Wirtschaftsabschwunges undefinierbarer Dimension und Dauer"[2]. Die „Wirtschaftswoche" sieht im weltweiten Zusammenbruch der Aktienkurse und dem Einbruch des „Magischen Vierecks moderner Konjunkturpolitik" (zügiges Wachstum, Preisstabilität, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht) eindeutige „Signale wie 1929", d. h. die Gefahr einer neuen großen „Welt-Wirtschaftskrise"[3] heraufziehen. Und BRD-Minister Friderichs warnt vor den drohenden Konsequenzen: „Risiken der Welt-Rezession sind nicht zu verkennen."[4] Daß wir es mit einer internationalen Wirtschaftskrise zu tun haben, wird also allenthalben zugestanden. Zugleich jedoch läßt Herr Friderichs die Katze aus dem Sack mit dem Begriff „Welt-Rezession".

Zunächst einmal halten wir fest, daß im sozialistischen Teil dieser Welt Erscheinungen wie Rezessionen, Inflation, Konkurse, Arbeitslosenheere und andere „Signale" der kapitalistischen Mißwirtschaft längst mit Stumpf und Stil ausgerottet wurden. Gerade in der heute unanfechtbaren Existenz und in dem wachsenden Einfluß der nunmehr rund 40 Prozent der Weltindustrieproduktion auf sich vereinenden sozialistischen Staatengemeinschaft auf Weltwirtschaft und Weltpolitik aber lauern neuartige „Gefahren" und „Risiken" für den Imperialismus der siebziger und achtziger Jahre. Herr Friderichs hat also allen Grund die tatsächliche Weltlage zu vernebeln!

Desgleichen soll die Verkürzung der gegenwärtigen Krisensituation des Imperialismus auf eine „Rezession", d. h. eine periodische Konjunkturschwankung, irreführen. Tatsächlich handelt es sich um ein Zusammenfallen von seit Jahren schwelenden Krisenprozessen, wie Währungs-, Finanz-, Inflations-, Energiekrise usw., mit einer zyklischen Überproduktionskrise. Herr Friderichs möchte das Wesen der aktuellen Krisenlawine überdecken!

Bei der näheren Betrachtung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise kommt es uns vor allem auf die Erläuterung des Neuartigen am Krisenmechanismus des heutigen Kapitalismus an.

Aktuelle wirtschaftliche Krisensituation

Was kennzeichnet das Ausmaß der aktuellen internationalen Wirtschaftskrise? Folgende Daten und Beispiele sind typisch für die hochentwickelten kapitalistischen Länder:

– Nach Prognosen der Weltbank wird sich das **Wirtschaftswachstum** der führenden „Westmächte" 1974 erheblich verlangsamen bzw. stagnieren. Ihre reales Bruttosozialprodukt ist im ersten Halbjahr 1974 insgesamt abgesunken – angeführt von den USA, England und Japan, minus 3 bis 5. Kein faktisches Wachstum bedeuten auch die für 1974 prognostizierten 1,5 Prozent Produktionszunahme der BRD.

– In den sechs führenden imperialistischen Staaten stieg die durchschnittliche Preissteigerungsmarke von 9 Prozent im Jahre 1973 auf 14,7 Prozent im ersten Halbjahr 1974. Die **Inflationsrate** der BRD liegt augenblicklich mit nur 7,5 Prozent

2 Wirtschaftswoche Nr. 40, 27. 9. 1974, S. 14 f.
3 Ebenda, S. 14
4 Ebenda, S. 15

vergleichsmäßig niedrig (Japan 25 Prozent, Italien 21 Prozent Inflationsrate). Frankreichs Teuerung betrug Ende Oktober 1974 „erst" 14,7 Prozent. „Mit weiteren starken Preiserhöhungen wird gerechnet."[5] Die USA gewannen mit nun über 14 Prozent Inflationszuwachs den Anschluß, obwohl Präsident Ford die Inflation zum „Feind Nummer 1" erklärte.

– In den neun EG-Ländern stieg die absolute **Arbeitslosenzahl** schon im August d. J. auf 3,2 Millionen, davon in der BRD und England auf über 600 000, in Frankreich auf 500 000 und in Italien auf über 1 Million. Mit den Arbeitslosen wuchs das Heer der Kurzarbeiter, in der BRD werden noch in diesem Jahr bis zu 1 Million Arbeitslose erwartet. Der Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung (Arbeitslosenquote) betrug Mitte des Jahres durchschnittlich etwa 3 Prozent. Ausnahmen bilden die USA mit 5,8 Prozent und Dänemark mit 6,3 Prozent.

– Neben spektakulären **Konkursen** von Großbanken, wie etwa der New Yorker „Franklin National Bank", der Genfer „Banque de Credit International" oder der vier westdeutschen Banken, kam es zu einem Rekord von **Firmenpleiten:** In der BRD machten laut Statistischem Bundesamt von Januar bis August 1974 allein 4858 kleinere und mittlere Unternehmen Bankrott.

– Gleichzeitig aber schnellen die Profite der größten **Monopole** in den imperialistischen Hauptländern weiter nach oben. Den dicksten Reibach machten einmal mehr die internationalen Ölkonzerne. Im 3. Quartal 1974 erhöhten sie ihre Gewinne: Exxon (ESSO) um 25,6 Prozent, Standard Oil um 100 Prozent und Shell um 158 Prozent.[6]

– Weitere wichtige Krisensymptome sind horrende wachsende Staatsschulden, so in den USA 1973 473,3 Mrd. US-Dollar gegenüber **258,7 Mrd.** 1945; steigende **Zahlungsbilanz-Defizite** – so in Italien geschätzte 20 Mrd. DM für 1974; und wachsende **Außenhandelsdefizite,** laut OECD für 1974 zwischen 5 Mrd. Dollar (USA) und 10,5 Mrd. Dollar (Großbritannien). Die Ausnahme aber ist die BRD, für die man 1974 mit einem Exportüberschuß von 50 Mrd. DM rechnet. Das hängt unmittelbar zusammen mit der **relativ** hohen Währungsstabilität und der **relativ** niedrigen Inflationsmarke der BRD sowie mit der wesentlich dadurch bedingten Steigerung des Exportanteils am Gesamtumsatz der Industrie von 19,2 Prozent im Jahre 1970 auf 24,1 Prozent im 1. Halbjahr 1974. Diese „Exportlastigkeit" schlug sich Mitte des Jahres zwar darin nieder, daß die BRD als einziges westeuropäisches Land eine positive Zahlungsbilanz vorweisen konnte. Die Exportabhängigkeit wird aber zugleich um so mehr zur Achillesferse der BRD-Wirtschaft, je mehr sich die Lage der Hauptimportländer England, Frankreich usw. verschlechtert oder je weiter die vorgenommenen Importbeschränkungen Italiens und Dänemarks Schule machen.

Bedarf es noch zusätzlicher Beweise, daß es sich um eine tiefe internationale imperialistische Krise handelt, so sei auf die sich türmenden **Warenlager** in den kapitalistischen Hochburgen USA, Japan, BRD verwiesen. Zum Beispiel auf rund 200 000 Fahrzeuge, die bereits im Juli dieses Jahres hierzulande auf Halde lagen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sich die augenblickliche Krisenlawine nicht kurzfristig verflüchtigen, sondern noch an Tiefe gewinnen wird.

5 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 18. 10. 1974
6 Deutsche Volkszeitung (DVZ), 31. 10. 1974

Auch dem Unternehmerblatt „Capital" schwant nichts Gutes, stehe man doch „vor der schlechtesten ökonomischen Situation seit Kriegsende"; und: „wie in der Rezession von 1966" mache „sich Katastrophenstimmung breit"[7].

Die Entwicklung der Aktienkurse an den internationalen Börsenzentralen gibt ein ähnliches Stimmungsbarometer für die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft ab. Wir beobachten einen durchgängigen **Verfall der Aktienkurse** für 1973/74, so u. a. in England 62 Prozent, Frankreich 40 Prozent, Italien 37,9 Prozent, BRD 34,4 Prozent und USA 39 Prozent.[8] In einigen Ländern ist der Sturz der Aktienkurse heute tiefer als während der großen Krise 1929–1933.

Die „Krise der ökonomischen Basis des Kapitalismus"

Die ganze Wucht und verschiedene neuartige Erscheinungen dieser gegenwärtigen zyklischen Überproduktionskrise werden indes erst plausibel, wenn man sie in ihrem Zusammenhang mit der Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems, seiner zunehmenden ökonomischen und sozialpolitischen Labilität sieht.

Was ist das Besondere, das eigentlich Neue der Krise auf ökonomischen Gebiet? Zunächst fällt auf: Seit Anfang der siebziger Jahre erleben wir ein unaufhörliches Ansteigen der Inflation, der Preise vor allem für Lebensmittel. Eine qualitative Charakteränderung der Inflation deutete die Tatsache an, daß erstmalig in der Geschichte des Kapitals während einer zyklischen Krise (1969–1971 in den USA) die Preissteigerungen unvermindert anhielten. Nun, in der gegen Ende 1973 einsetzenden internationalen zyklischen Überproduktionskrise tritt gar eine **Beschleunigung der Inflationsquote** auf. Die Inflation wird damit zur dauerhaften Begleiterin des imperialistischen Weltsystems der siebziger Jahre.

Die „geistigen Leuchten" der westlichen Hemisphäre suchten die Ursachen der Inflation einmal der gegen Reallohnabbau ankämpfenden Arbeiterklasse anzulasten („Lohn-Preis-Spirale"), zum anderen den erdölexportierenden Entwicklungsländern („Die Araber sind Schuld – Spirale"). Doch in Wirklichkeit gibt es nur eine Spirale: die „Profit-Spirale", die der Politik der Monopole entspringt. Die monopolistische Preispolitik der nationalen und internationalen Konzerne verändert den Mechanismus der Preisbildung und der Geldzirkulation. Den zweiten Inflationsquell stellt die horrende Eskalation der Staatsausgaben für kontinuierlich steigende Rüstungslasten sowie anschwellende Subventionen an die Monopole usw. dar. Die dritte Ursache der chronischen Geldentwertung ist die privatmonopolistische Auslandsexpansion, d. h. als zusätzlich inflationsfördernde Faktoren kommen die Produktionsverlagerungen ins Ausland (privater Kapitalexport) und die internationalen Währungsspekulationen der imperialistischen Finanzmagnaten hinzu. Das wiederum beschleunigt die Profitrealisierung und den Konzentrationsprozeß der internationalen bzw. multinationalen Monopole.[9]

So ermöglicht die Inflation über Konjunkturhöhen und -tiefen hinweg die Umverteilung der Nationaleinkommen zugunsten des monopolistischen Firmenkapitals. Der Konzentrationsprozeß wird derartig forciert, daß die von den 300 größten Mo-

7 Capital, Das deutsche Wirtschaftsmagazin, Nr. 10/1974, S. 18
8 Wirtschaftswoche, 27. 9. 1974, S. 18
9 Vgl. K. Nehls, Das Geschäft mit der Krise, Horizont Nr. 31/1974, S. 8/9

nopolen zusammengetragenen Werte heute mehr als ein Drittel des Bruttosozialproduktes aller kapitalistischen Länder ausmachen. Allein die Auslandsproduktion der internationalen Konzerne belief sich 1972 auf einen Wert von 370 Mrd. US-Dollar, womit er den gesamten kapitalistischen Export übertraf. Logisch, daß in unkontrollierbare Tätigkeit der zu 75 Prozent vom Finanzkapital der USA beherrschten Riesenmonopole nicht selten in Kollision mit staatlichen antizyklischen Regulierungsmaßnahmen gerät und damit zu einem außerordentlich stabilitätsgefährdenden Faktor wird.

Das gemeinsame Auftreten von Stagnation der Produktion und steigender Inflation, die sogenannte „Stagflation", wurde anfänglich als geradezu „widernatürliche" Erscheinung, als voraussichtliche Eintagsfliege bestaunt. Doch man mußte sich mittlerweile an sie ebenso gewöhnen wie an weitere „neue Unbekannte", so die Krise der Energieressourcen,[10] die Krise der Umweltbedingungen (ökologische Krise), die anhaltenden Schwierigkeiten beim Ausgleichen der Zahlungsbilanzen und der Festlegung der Staatsbudgets sowie strukturelle Ungleichmäßigkeiten (z. B. das Zurückbleiben der Infrastruktur). Insbesondere aber zeichnet sich das Neuartige an der verschärften Krise der ökonomischen Basis des Kapitalismus dadurch aus, das seit Beginn der siebziger Jahre im Gesamtsystem der ökonomischen Widersprüche die längerfristigen Krisenprozesse den ersten Platz eingenommen haben: die anhaltende Inflationsentwicklung, die dauerhaften Erschütterungen des kapitalistischen Weltwährungssystems und die enorme Zuspitzung des Konkurrenzkampfes bis hin zum Handelskrieg auf dem kapitalistischen Weltmarkt.

Die allgemeine krisenhafte Zuspitzung der ökonomischen Widersprüche des Imperialismus äußerst sich in der auf den ersten Blick schwer einleuchtenden Tatsache, daß selbst verhältnismäßig hohe Wachstumsraten der Industrieproduktion den Kapitalismus im nationalen und internationalen Maßstab nicht vor heftigen Erschütterungen zu bewahren vermögen. Jürgen Kuczinsky illustriert das am Beispiel der zerrütteten und auf Pump über Wasser gehaltenen Wirtschaft Italiens:

„Man spricht von Italiens Wirtschaft als dem kranken Mann Westeuropas oder dem schwächsten Glied in der EG-Kette. Was für ein Unsinn, kann man einwenden, wenn man mit Recht feststellt, daß kein Land Westeuropas oder Nordamerikas in den bisher vergangenen Monaten des Jahres 1974 eine so starke Steigerung der Industrieproduktion aufweist wie Italien. Und doch: Italien mußte einen Teil seiner Einfuhr sperren, weil die Ausfuhr nicht mehr reichte, um jene zu bezahlen. Italien hat die höchste Inflationsrate in Westeuropa und Nordamerika; und die Lira ist stärker im Wert gesunken als die Währung irgend eines anderen Staates in diesen Teilen der Welt. Auch das Kapital ist einverstanden mit der pessimistischen Einschätzung des Landes, denn es flieht aus Italien in immer breiter werdenden Strömen. Italien ähnelt heute einem Betrieb, der bei steigendem Umsatz immer größere Verluste hat und dem Bankrott zutreibt. Seine Wirtschaft ist ‚fundamental in Unordnung'."[11]

10 Zur Einordnung und Begründung der Energiekrise, der qualitativ neuen Stufe des Verhältnisses Imperialismus – Entwicklungsländer (vgl. H. Krüger, Über die neue Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus, Marxistische Blätter, Nr. 4/1974, S. 25–32

11 J. Kuczinsky, Die Weltwirtschaft des Kapitals, Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 9/1974, S. 901

Eine derartige Gegenläufigkeit von Entwicklung der Industrieproduktion und allgemeiner Wirtschaftslage aber ist ein ebensolches Novum in der Geschichte des Kapitalismus wie der Umstand, daß sich die Inflationsprozesse zusehends der staatsmonopolistischen Kontrolle entziehen. Beide Phänomene aber liefern einen Beweis mehr für die Haltlosigkeit bürgerlicher Prophezeihungen, man habe mit dem Ausbau des staatsmonopolistischen Regulierungssystems endlich ein Patentrezept zur Verhütung von Krisen gefunden. Vielmehr zeigt das Versagen des staatsmonopolistischen Regulierungssystems, daß der private Profitmechanismus nur noch um den Preis neu aufbrechender Widersprüche und Erschütterungen aufrechterhalten werden kann.

„Stärkepolitik" der BRD und neue Querelen in der EG/NATO

Auch die Versuche der imperialistischen Staaten, durch eine Intensivierung der ökonomischen Integration die sich zuspitzenden Widersprüche zu mildern oder zu bereinigen, schlugen fehl. Die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitals hat auch die „Europäische Gemeinschaft" der Neun (EG) erfaßt. Die EG sollte – so hieß es vor wenigen Jahren – zur Politischen Union überleiten und zuvor eine „Europäische Wirtschafts- und Währungsunion" konstituieren.

In der aktuellen Krisensituation versucht die BRD, aus ihrer relativen ökonomischen Stärkeposition Kapital zu schlagen und – laut Spiegel vom 10. September 1974 – im Stile „eines europäischen Finanz-Diktators" durchzuführen: Wenn die BRD „schon Milliarden für die Gemeinschaft der Neun ausgeben müsse, . . . dann habe sich diese Gemeinschaft auch den deutschen Bedingungen zu fügen".

Neben dem spektakulären Tauziehen um die EG-Agrarpreise lieferte im September dieses Jahres der 5,2-Mrd.-DM-Kredit an Italien ein zweites Lehrbeispiel für die Hegemonialpolitik des BRD-Imperialismus in Westeuropa. Man sieht: Das Faustrecht der ökonomisch Mächtigsten setzt sich im Sinne des Monopolkapitals in Szene. Die Art westeuropäischer „Einigung" handelt den werktätigen Massen nur einen verstärkten Druck der Monopole, weitere Preissteigerungen und Belastungen ein. Die gegenwärtige katastrophale Wirtschaftslage des EG-Neulings Dänemark spricht Bände: Für 1974 wird mit einer Arbeitslosenquote von 12 Prozent bei einer Inflationsrate von 15 Prozent gerechnet. Kein Wunder, daß in Kopenhagen die Zeichen auf schnellstmöglichen Austritt aus der EG stehen.[12]

Die offenkundige Zuspitzung des Konkurrenzkampfes in Westeuropa findet ihr Pendant in der verschärften Rivalität zu den beiden anderen imperialistischen Zentren: den USA und Japan. Auf sich ausbreitende politisch-strategische Desintegrationstendenzen weist die Schwächung des sogenannten „atlantischen Zusammenhalts" hin. Schon im Frühjahr 1973 stieß die US-Regierung wiederholte Drohungen aus, daß es unmöglich sei, den zunehmenden „wirtschaftlichen Regionalismus" der EG-Länder mit „dem Prinzip der atlantischen Einheit in Verteidigung und Sicherheit" in Einklang zu bringen.[13]

12 Zur Brüsseler Beratung der Kommunistischen Parteien, zur allgemeinen Problematik der EG und zu den Gesetzmäßigkeiten des Integrationsmechanismus: vgl. D. Busch, Westeuropäische Integration und Arbeiterbewegung, Facit 34/1974, S. 63–67

13 Neue Zeit, Nr. 13/974, Moskau, S. 21

Während des Nahostkrieges im Oktober 1973 trat die Interessenkollision USA – Westeuropa innerhalb der NATO offen hervor. Im jüngsten Zypern-Konflikt kam es erstmalig seit der Gründung der NATO zu einem militärischen Zusammenstoß zweier Mitgliedsstaaten: Griechenlands und der Türkei. Die mit Billigung der USA und der NATO-Spitze gestartete abenteuerliche Putschaktion der faschistischen Athener Junta gegen die Neutralitätspolitik Makarios mündete in deren Sturz und in dem Austritt Griechenlands aus der Militärorganisation des NATO-Paktes. Der schmerzhafte Verlust eines anderen treuen Bündnispartners der NATO war mit dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes in Portugal vorausgegangen. Italien weigert sich, die entstandene Lücke im Stützpunktsystem durch die Gewährung zusätzlicher Stützpunkte auf eigenem Territorium wettzumachen. Die türkische Regierung schließlich pocht auf einen neutralistischeren Kurs gegenüber der NATO. Der Bayern-Kurier lamentierte: „Die Bündnisatmosphäre ist heillos vergiftet." Und: „Die NATO-Südfront ist so offen wie im Jahr 1949 ... Spanien, der stille Teilhaber der NATO, steht vor einer unruhigen Ära nach Franco. Portugals schillerndes Offiziers-Regime gleitet weiter nach links. Das Mittelmeer, die Badewanne Europas, besteht für die NATO fast ausschließlich aus Krisenzonen."[14]
Doch im Norden braut sich ähnliches zusammen. Holland, Dänemark und Großbritannien schreiten zu Kürzungen ihrer Militärausgaben, ihres NATO-Beitrages. Das 25. Jahr des NATO-Paktes wird zum Krisenjahr Nr. 1 in seiner Geschichte. Das als antisozialistisches, aggressives Instrument des kalten Krieges geborene Bündnis gerät mit dem fortschreitenden Entspannungsprozeß in ideologisch-politische Selbstverständnisnöte. Dessen ungeachtet herrscht – was die innerimperialistische Konkurrenz betrifft – in Fragen der militärpolitischen Strategie noch immer ein weit höheres Maß an Übereinstimmung und Bündnisstreben als etwa im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Aufschwung der Klassenkämpfe und die sozialpolitisch heikle Lage

Ihren konzentriertesten Ausdruck finden die Krisenprozesse des Kapitalismus der siebziger Jahre in den immer schärferen und häufigeren sozialpolitischen Krisen, in der allgemeinen Zuspitzung der politischen Labilität des Systems. Das staatsmonopolistische Regulierungssystem erwies sich selbst in vormals „sozial ruhigen" Ländern als untauglich, den sozialen „Burgfrieden" zu sichern. Vielmehr haben in den siebziger Jahren die Massenkämpfe der Arbeiterklasse und der anderen nichtmonopolistischen Schichten einen beispiellosen Aufschwung erlebt. Das dokumentiert die gewachsene Zahl der Streikteilnehmer in den führenden imperialistischen Staaten von 1965: 20 Millionen auf jährlich rund 45 Millionen in den Jahren 1970 bis 1973. „Die Zahl der Streikenden und der Streiktage hat sich im Vergleich zu dem Zeitraum von 1960 und 1965 mehr als verdoppelt."[15]
Selbst in Phasen des zyklischen Konjunkturabschwungs nahmen trotz steigender Arbeitslosigkeit und Repressionsmaßnahmen seitens der Unternehmer und der Staatsorgane die Streikaktivitäten und andere Formen von Massenkämpfen in Westeuropa zu. „Gegenwärtig herrscht die größte Streikaktivität seit den dem

14 Bayern-Kurier, 27. 7. 1974
15 H. H. Angermüller, Die allgemeine Krise des Kapitalismus heute, IPW Nr. 9, Berlin 1974, S. 21

zweiten Weltkrieg unmittelbar folgenden Jahren", schrieb die englische „International Herald Tribune" am 18. Juli 1974. Im Gegensatz zu früher kommt es also heute zu keiner wesentlichen Abschwächung der Streikkämpfe beim Eintritt in zyklische Konjunkturschwankungen. Auch das ist ein neuartiges, in hohem Maße durch die unaufhaltsame Teuerungswelle verursachtes Merkmal des heutigen Kapitalismus. Neben dem quantitativen Anwachsen der Massenbewegungen können wir in den sechziger Jahren auch neue qualitative Momente der Klassenkämpfe beobachten, so u. a.:
– Als Folge der in ihrer Gesamtheit verschlechterten Existenzbedingungen der nichtmonopolistischen Klassen und Schichten kam es zu einer **dauerhaften sozialen Verbreiterung der Bewegung,** d. h. zur Einbeziehung neuer Schichten – von Angestellten, der Intelligenz, Studenten und Bauern – in die Kämpfe.
– Immer mehr verknüpfen die Werktätigen ihre ökonomischen Kämpfe mit unmittelbar an den Staat gerichteten politischen Forderungen nach ihrem Wesen nach antimonopolistischen Reformen wie nach Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle über die gesellschafltiche Produktion (z. B. Investitions- und Preiskontrolle), nach einer radikalen Änderung der Steuer- und Strukturpolitik, des Bildungs- und Gesundheitswesens. Diese engere Verflechtung von Streikaktionen mit Elementen des Kampfes gegen das staatsmonopolistische System wird umgekehrt forciert durch das immer direktere Eingreifen des Staates in die Lohnkämpfe. Es mehrt sich die Erkenntnis, daß die Ursachen für die galoppierende Inflation an der Macht der Monopole, der staatlichen Wirtschaftspolitik, am System liegen.
– In einer Reihe von westeuropäischen Ländern führte die Verschärfung der Klassengegensätze zu sozialpolitischen Krisen, die das politische Herrschaftssystem bis in die Grundfeste erschütterten. Beispielsweise führte der englische Bergarbeiterstreik im Februar/März 1974, der von einem zunächst ökonomischen in einen politischen Streik hinüberwuchs, zu einer gesamtnationalen Krise, zum Scheitern der konservativen Regierung Heath und letztlich zum Regierungswechsel zur Labour-Regierung.
Auf der Suche nach einem echten Ausweg aus der ökonomisch und sozialpolitisch heiklen Lage spitzen sich die Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche innerhalb der herrschenden Kreise zu. Ein Spiegelbild dessen sind die nunmehr fast 15 Regierungsrücktritte bzw. -stürze in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten in den letzten eineinhalb Jahren. In Italien, den USA, Frankreich, Portugal und Griechenland kam es zu ernsthaften Verfassungs- bzw. Staatskrisen. So sehr die herrschende Monopolbourgeoisie um die Kanalisierung bzw. Abwiegelung der ökonomischen und politischen Kämpfe bemüht ist, so sehr belegen die Erfahrungen der letzten Jahre, u. a. das Scheitern der rechtssozialdemokratischen „Reformpolitik", daß diese Strategie der Zugeständnisse objektiv eng begrenzt ist und bleiben wird.
So setzen sich die ökonomischen Krisenprozesse im Kapitalismus der siebziger Jahre immer unmittelbarer in eine erhöhte sozialpolitische Labilität um, welche sich u. a. niederschlägt in einem rascheren Verschleiß von bürgerlichen Leitbildern, in tendenziell schwindenden Spielräumen für eine Strategie der sozialen Integration, aber auch in stärkeren Tendenzen zum Einsatz autoritärer, diktatorischer Herrschaftsmethoden.

Der „System"-Pessimismus eines Krisenmanagers

Die außerordentliche Verschärfung der verschiedenen Krisenerscheinungen und ihre immer engere Verzahnung machen deutlich, daß wir es dabei nicht etwa mit einer bloßen Summe einzelner Krisenfaktoren, sondern „mit einer bedeutenden Zuspitzung, mit einer neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu tun haben".[16] Diese Krise konnte derartige Dimensionen und Formen nur annehmen im Rahmen des globalen Systemwettstreits Imperialismus — Sozialismus, unter den Bedingungen einer grundlegenden Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus, der Einengung des gesamten Spielraums des Kapitalismus und der immer umfassenderen Wirkungsweise des realen Sozialismus auf die weitere Vertiefung der dem kapitalistischen System innewohnenden Entwicklungsprozesse.

Kein geringerer als der „dynamische Krisenmanager"[17] des Weltimperialismus, US-Außenminister Henry Kissinger, machte sich kürzlich daran, diese Wirkungsweise des Sozialismus und den Ernst der Lage für die „westliche Zivilisation" auszumalen. In einem Interview mit der „New York Times" gestand er mit einem „Gefühl für die Unausweichlichkeit des Tragischen", man müsse sich „der Tatsache bewußt sein, daß letztlich jede Kultur, die es einmal gegeben hat, untergegangen ist". Er wolle keinen Pessimismus verbreiten — meint Kissinger weiter —, aber, und hier bezieht er sich auf eine sich abzeichnende Katastrophe, „heute müssen wir ihnen (den Amerikanern, d. V.) klarmachen, daß es Entlastung niemals geben wird ... Wenn die Amerikaner nicht zustimmen ... — dann, glaube ich, wäre unser ganzes System in Gefahr." Und Kissingers „Alptraum": „Wenn wir uns der gegenseitigen Abhängigkeit nicht bewußt werden, wird die westliche Zivilisation von heute mit ziemlicher Sicherheit auseinanderfallen ... Dann werden wir wohl Krisen erleben, mit denen keine Staatsführung fertig wird und wahrscheinlich sogar militärische Konfrontationen. Auch ohne das kommt es doch zu System-Krisen, ähnlich denen der zwanziger und dreißiger Jahre."

Es ist weniger die vergebliche Hoffnung auf einen automatischen Zusammenbruch des Weltkapitalismus, durch welche Kissingers düstere Vision einen schon fast sensationellen Zuschnitt erhält. Uns berührt vielmehr die Tatsache, daß der „US-Krisenmanager" Zukunftsängste als eine spontane Einsicht in die historische Defensivposition des Imperialismus der siebziger Jahre zu werten sind. „Ich vermute sogar", hatte George Marchais im August 1973 laut gedacht, „die reaktionärsten Staatsmänner wissen und sind davon überzeugt, daß die Zukunft unausweichlich dem Sozialismus gehört. All ihr Handeln ist nur darauf gerichtet, den Marsch in die Zukunft zu verzögern."[18] Fürwahr: Das Selbstzeugnis des reaktionären Staatsmannes Kissinger hat viel gemein mit „Unausweichlichkeit". Kämpferischer Optimismus und historische Zuversicht stehen auf der anderen Seite der internationalen Klassenfront, auf der Seite des Sozialismus.

16 W. Gerns, 5. Tagung des Parteivorstandes der DKP, Unsere Zeit (UZ-extra), 17. 10. 1974, S. 12

17 Die nachfolgenden Zitate sind entnommen: Spiegel, Nr. 43, 21. 10. 1974, S. 120—128

18. Georges Marchais, Die demokratische Herausforderung, a. a. O., S. 231

Grundtendenz in Westeuropa: Politische Wende nach links

Die Tendenz zur Reaktion, zur brutalen Unterdrückung demokratischer Rechte, ein — wie Lenin analysierte — Wesenszug des Monopols, tritt stärker hervor, seitdem die Einschränkung der Macht des Imperialismus, die Unausweichlichkeit seiner Ablösung durch den Sozialismus selbst seinen politischen Repräsentanten immer deutlicher wird. Daraus erwachsen neue Gefahren einer Rechtsentwicklung, ja sogar neuer faschistischer Putsche, die die erhöhte Wachsamkeit der gesamten antiimperialistischen Bewegung fordern. Doch haben sich andererseits durch die konsequente Friedenspolitik der sozialistischen Staaten, durch den Aufschwung der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, die Bedingungen und Möglichkeiten einer Abwehr der Rechtskräfte, die Chance einer Verbreiterung und Vertiefung des Bündnisses der Volkskräfte erheblich verbessert.

Die politische Kräftekonstellation hat sich in den siebziger Jahren im kapitalistischen Europa insgesamt eindeutig zuungunsten der Rechtskräfte, speziell der äußersten Reaktion verschoben. Im Zuge des machtvollen Aufschwungs der Klassenkämpfe und dem Abflauen der sogenannten „Wohlstands"-Konjunktur der Nachkriegsperiode, büßte das konservativ bis faschistische Lager sein buchstäblich „erwirtschaftetes" politisches Übergewicht ein. Ernsthafte Positionsverluste mußten in den letzten Monaten die Konservativen bzw. die rechten Christdemokraten gerade in den ökonomisch am stärksten angeschlagenen Ländern Westeuropas, in Großbritannien und Italien, hinnehmen. Vor allem aber wurden wir, wie Leonid Breshnew Anfang Oktober erklärte, mit dem Zusammenbruch des Faschismus in Portugal und Griechenland „Zeugen großer politischer Ereignisse von gesamteuropäischer, ja welthistorischer Bedeutung ... Zum erstenmal seit vielen Jahrzehnten zeichnet sich real die Perspektive ab, daß Europa sich restlos von den faschistischen Regimes säubern kann."[19]

Andererseits kam es in den letzten Jahren zu einer kontinuierlichen Erweiterung des politischen Einflusses der Linksparteien, voran in Frankreich, Portugal und Italien. Das Beispiel der Volkseinheitsbewegungen Chiles und Frankreichs, nicht zuletzt die außerordentlichen Erfolge der „Linksunion" bei den Parlamentswahlen 1973 und den Präsidentschaftswahlen 1974 (Erhöhung des Stimmenanteils von rund 45 auf 49 Prozent), wirkt als Stimulans zur Herausbildung demokratischer Linksfronten in anderen Ländern Westeuropas. In einer ganzen Reihe von Ländern kam es zu erheblichen Positionsverbesserungen der kommunistischen Parteien. Die KP Portugals übernahm Regierungsfunktionen. Bei den letzten Parlamentswahlen erzielten die KP Frankreichs 22 Prozent, die KP Italiens 28 Prozent und die KP Luxemburgs 15 Prozent der Stimmen. Auch in Dänemark, Schweden und Norwegen erreichten die Kommunisten einen beachtenswerten Stimmenzuwachs.

Die Voraussage der Konferenz der kommunistischen Parteien in Karlovy Vary 1967, mit dem Durchbruch zur internationalen Entspannung und friedlichen Koexistenz werde das soziale Barometer nach links ausschlagen, beginnt sich zu bewahrheiten. In den siebziger Jahren entstanden relativ günstigere Bedingungen, um auf dem Wege der Vereinheitlichung der fortschrittlichen politischen und der

19 L. Breshnew, Rede zur 25-Jahr-Feier der DDR in Berlin, in: Informationsbulletin (IB), Wien, Nr. 17/18, 1974, S. 15

gewerkschaftlichen Kräfte voranzukommen. So kommt die Haupttendenz „in der gegenwärtigen Situation des Kampfes um die politische Macht" im kapitalistischen Europa nicht darin zum Ausdruck, „daß das rechte Lager noch zeitweilig die Oberhand hat", sondern in der „Tatsache, daß der Sieg heute immer häufiger dem linken Lager zufällt, das insgesamt gesehen selbst immer mehr nach links rückt"[20].

Initiativen und Erfolge im Ringen der Kommunisten für die Aktionseinheit – Das Beispiel Frankreichs

Die Klassenkampferfahrungen der letzten Jahre unterstreichen, daß das A und O für die positive Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses in der Herstellung und Festigung der Arbeitereinheit, der Aktionseinheit der Arbeiterbewegung und des antimonopolistischen Bündnisses besteht. Bezeichnenderweise hat diese ihr fortgeschrittenstes Stadium eben dort erreicht, wo die kommunistischen Parteien über den stärksten Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung, den parlamentarischen Institutionen und Massenkämpfen verfügen.

Eine enge und dauerhafte Zusammenarbeit der kommunistischen und sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien entwickelte sich in Frankreich, Italien, Luxemburg, Portugal und Norwegen. In Belgien nahmen im März 1974 der linke Flügel der Sozialisten und die Kommunistische Partei einen Dialog auf. In dem von einer immensen Streikwelle erfaßten faschistischen Spanien konstituierte sich auf Initiative der Kommunisten und Linkskatholiken im Juli d. J. ein breites Bündnis, die sogenannte „Demokratische Junta", der sich auch die Sozialdemokraten anschlossen. In Griechenland schufen Anfang Oktober d. J. die Kommunistische Partei, die Griechische Demokratische Linke (EDA), die Nationale Bauernpartei und andere demokratische Kräfte ein gemeinsames Wahlbündnis, die „Vereinigte Linke" (EA).

In Frankreich, dem westeuropäischen Land mit der am weitesten gediehenen Aktionseinheit der Linksparteien, bildete sich ein Höchstniveau der politischen Klassenkämpfe heraus. Erste Ansätze des Bündnisses reichen weit in die sechziger Jahre zurück. Sie gewannen klarere Konturen im Ergebnis der mächtigen Volksbewegung vom Mai/Juni 1968 sowie mit dem Parteitagsbeschluß der Sozialistischen Partei Frankreichs (SP) 1969, jegliches Zusammengehen mit den Rechtsparteien aufzugeben. Das 1971 von der KPF veröffentlichte Programm „Für eine demokratische Regierung der Volkseinheit" (es wurde von Oktober 1971 bis Juni 1972 in einer Million Exemplaren vertrieben!) gab schließlich den Anstoß zur Annahme eines „Gemeinsamen Regierungsprogramms von FKP und SP vom 27. Juni 1972". Ihm schlossen sich kurz darauf die Linken Radikalen an. Wohl kaum zu bestreiten ist der entscheidende Anteil der Kommunisten am Zustandekommen der Volkseinheitsbewegung und an der antimonopolistischen Grundlinie dieser Aktionseinheitspolitik.

Nach den außerordentlichen Wahlerfolgen der „Linksunion" 1973/74 (Anstieg an Wählern von 10 auf 13 Millionen!) und angesichts der noch stärkeren Entfaltung

20 G. Schachnasarow, Die Instabilität des politischen Systems des Imperialismus, S. 22

ihrer einheitlichen Massenaktionen wird sie nunmehr zum Gravitationszentrum einer noch breiteren sozialen und politischen Sammlungsbewegung, der „Union des französischen Volkes". Im Frankreich dieser Tage kommt es von daher zu einer besonders engen Verzahnung zwischen dem aktuellen Massenkampf für gemeinsame Sofortforderungen der Werktätigen zur Abwehr der Krisenlasten einerseits, und dem offensiven Ringen um eine echte gesellschaftspolitische Alternative, um die Errichtung einer dem Inhalt nach antimonopolistisch-demokratischen Übergangsordnung, der „fortschrittlichen Demokratie", die den Weg zum Sozialismus öffnen soll, andererseits. Also verflechten sich in der gegenwärtigen Situation die gesamtnationalen Streiks und anderen Massenkämpfe gegen die überhandnehmenden Krisenlasten (Inflation, Arbeitslosigkeit und „Maßhaltepolitik") auf unmittelbarste Weise mit der Aufgabe, neue soziale Kräfte (z. B. die Kleinbauernbewegung MODEF) für die im Regierungsprogramm verankerten Maßnahmen wie die Nationalisierung der Banken und wichtigsten Industriemonopole, eine demokratische Wirtschaftsplanung usw. zu gewinnen. Die hierbei augenfällig anwachsende Resonanz in neuen Bevölkerungskreisen, der erneute Erfolg der Linksparteien bei den letzten Teilwahlen, der mit Hilfe einer enormen gesamtnationalen Solidarität erfolgreich zu Ende geführte Kampf der Rateau-Arbeiter gegen die Stillegung ihres Betriebes[21] u. a. m. sprechen dafür, daß die Volksbewegung Frankreichs, mit einer starken Kommunistischen Partei als Motor, in der Zuspitzung der Krise den Vormarsch zum Sozialismus beschleunigen kann.

Bei der Organisierung des Kampfes gegen die Abwälzung der Gebrechen der kapitalistischen Mißwirtschaft auf die Schultern des arbeitenden Volkes greifen die kommunistischen Parteien Westeuropas die brennendsten Nöte und Sorgen auf. In nahezu allen Ländern unterbreiteten sie der demokratischen Öffentlichkeit in den letzten Monaten und Wochen Sofortprogramme und Aktionsvorschläge zur gemeinsamen Abwehr des Krisenstrudels.[22] Diese Initiativen verbinden die kommunistischen Parteien mit dem generellen Bemühen um die aktuell und dauerhaft herzustellende Aktionseinheit mit Sozialdemokraten bzw. Sozialisten für die Nah- und Fernziele der Arbeiterbewegung. Die westeuropäischen Kommunisten streben einen nationalen Zusammenschluß aller antimonopolistischen Kräfte mit dem Ziel an, eine politische Wende nach links zu eröffnen. Entgegen der auf die Verteidigung des staatsmonopolkapitalistischen Systems gerichteten Politik der rechtssozialdemokratischen Führer verstehen die kommunistischen Parteien darunter jenen Kampf, „der auf die Verwirklichung der Forderungen und Bedürfnisse der Arbeiterklasse und des Volkes sowie auf die Verwirklichung umfassender demokratischer Umgestaltungen auf dem Wege zum Sozialismus gerichtet" ist.[23]

21 Vgl. W. Goldschmidt, L. Peter, Zur Entwicklung in Frankreich seit der Bildung der „Union Populair" und der Parlamentswahlen 1973, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1974, Heft 8, S. 778–796

22 So u. a.: die „Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung" der DKP, 10-Punkte-Programm" der Dänischen KP; „9-Punkte-Programm zum Kampf für entschiedene Maßnahmen gegen Inflation und für die Arbeiter" der italienischen KP, welchen die 3 Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL unterstützten. Zum Beispiel traten Mitte Oktober dieses Jahres 10 Millionen Arbeiter und Angestellte zur Abwehr der Krisenlasten und der faschistischen Gefahr in einen nationalen Streik.

23 Politische Erklärung der Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Parteien Westeuropas vom Januar 1974, in: F. Rische, Arbeiterklasse und EWG, Frankfurt 1974, S. 187

gewerkschaftlichen Kräfte voranzukommen. So kommt die Haupttendenz „in der gegenwärtigen Situation des Kampfes um die politische Macht" im kapitalistischen Europa nicht darin zum Ausdruck, „daß das rechte Lager noch zeitweilig die Oberhand hat", sondern in der „Tatsache, daß der Sieg heute immer häufiger dem linken Lager zufällt, das insgesamt gesehen selbst immer mehr nach links rückt"[20].

Initiativen und Erfolge im Ringen der Kommunisten für die Aktionseinheit – Das Beispiel Frankreichs

Die Klassenkampferfahrungen der letzten Jahre unterstreichen, daß das A und O für die positive Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses in der Herstellung und Festigung der Arbeitereinheit, der Aktionseinheit der Arbeiterbewegung und des antimonopolistischen Bündnisses besteht. Bezeichnenderweise hat diese ihr fortgeschrittenstes Stadium eben dort erreicht, wo die kommunistischen Parteien über den stärksten Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung, den parlamentarischen Institutionen und Massenkämpfen verfügen.

Eine enge und dauerhafte Zusammenarbeit der kommunistischen und sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien entwickelte sich in Frankreich, Italien, Luxemburg, Portugal und Norwegen. In Belgien nahmen im März 1974 der linke Flügel der Sozialisten und die Kommunistische Partei einen Dialog auf. In dem von einer immensen Streikwelle erfaßten faschistischen Spanien konstituierte sich auf Initiative der Kommunisten und Linkskatholiken im Juli d. J. ein breites Bündnis, die sogenannte „Demokratische Junta", der sich auch die Sozialdemokraten anschlossen. In Griechenland schufen Anfang Oktober d. J. die Kommunistische Partei, die Griechische Demokratische Linke (EDA), die Nationale Bauernpartei und andere demokratische Kräfte ein gemeinsames Wahlbündnis, die „Vereinigte Linke" (EA).

In Frankreich, dem westeuropäischen Land mit der am weitesten gediehenen Aktionseinheit der Linksparteien, bildete sich ein Höchstniveau der politischen Klassenkämpfe heraus. Erste Ansätze des Bündnisses reichen weit in die sechziger Jahre zurück. Sie gewannen klarere Konturen im Ergebnis der mächtigen Volksbewegung vom Mai/Juni 1968 sowie mit dem Parteitagsbeschluß der Sozialistischen Partei Frankreichs (SP) 1969, jegliches Zusammengehen mit den Rechtsparteien aufzugeben. Das 1971 von der KPF veröffentlichte Programm „Für eine demokratische Regierung der Volkseinheit" (es wurde von Oktober 1971 bis Juni 1972 in einer Million Exemplaren vertrieben!) gab schließlich den Anstoß zur Annahme eines „Gemeinsamen Regierungsprogramms von FKP und SP vom 27. Juni 1972". Ihm schlossen sich kurz darauf die Linken Radikalen an. Wohl kaum zu bestreiten ist der entscheidende Anteil der Kommunisten am Zustandekommen der Volkseinheitsbewegung und an der antimonopolistischen Grundlinie dieser Aktionseinheitspolitik.

Nach den außerordentlichen Wahlerfolgen der „Linksunion" 1973/74 (Anstieg an Wählern von 10 auf 13 Millionen!) und angesichts der noch stärkeren Entfaltung

20 G. Schachnasarow, Die Instabilität des politischen Systems des Imperialismus, S. 22

ihrer einheitlichen Massenaktionen wird sie nunmehr zum Gravitationszentrum einer noch breiteren sozialen und politischen Sammlungsbewegung, der „Union des französischen Volkes". Im Frankreich dieser Tage kommt es von daher zu einer besonders engen Verzahnung zwischen dem aktuellen Massenkampf für gemeinsame Sofortforderungen der Werktätigen zur Abwehr der Krisenlasten einerseits, und dem offensiven Ringen um eine echte gesellschaftspolitische Alternative, um die Errichtung einer dem Inhalt nach antimonopolistisch-demokratischen Übergangsordnung, der „fortschrittlichen Demokratie", die den Weg zum Sozialismus öffnen soll, andererseits. Also verflechten sich in der gegenwärtigen Situation die gesamtnationalen Streiks und anderen Massenkämpfe gegen die überhandnehmenden Krisenlasten (Inflation, Arbeitslosigkeit und „Maßhaltepolitik") auf unmittelbarste Weise mit der Aufgabe, neue soziale Kräfte (z. B. die Kleinbauernbewegung MODEF) für die im Regierungsprogramm verankerten Maßnahmen wie die Nationalisierung der Banken und wichtigsten Industriemonopole, eine demokratische Wirtschaftsplanung usw. zu gewinnen. Die hierbei augenfällig anwachsende Resonanz in neuen Bevölkerungskreisen, der erneute Erfolg der Linksparteien bei den letzten Teilwahlen, der mit Hilfe einer enormen gesamtnationalen Solidarität erfolgreich zu Ende geführte Kampf der Rateau-Arbeiter gegen die Stillegung ihres Betriebes[21] u. a. m. sprechen dafür, daß die Volksbewegung Frankreichs, mit einer starken Kommunistischen Partei als Motor, in der Zuspitzung der Krise den Vormarsch zum Sozialismus beschleunigen kann.

Bei der Organisierung des Kampfes gegen die Abwälzung der Gebrechen der kapitalistischen Mißwirtschaft auf die Schultern des arbeitenden Volkes greifen die kommunistischen Parteien Westeuropas die brennendsten Nöte und Sorgen auf. In nahezu allen Ländern unterbreiteten sie der demokratischen Öffentlichkeit in den letzten Monaten und Wochen Sofortprogramme und Aktionsvorschläge zur gemeinsamen Abwehr des Krisenstrudels.[22] Diese Initiativen verbinden die kommunistischen Parteien mit dem generellen Bemühen um die aktuell und dauerhaft herzustellende Aktionseinheit mit Sozialdemokraten bzw. Sozialisten für die Nah- und Fernziele der Arbeiterbewegung. Die westeuropäischen Kommunisten streben einen nationalen Zusammenschluß aller antimonopolistischen Kräfte mit dem Ziel an, eine politische Wende nach links zu eröffnen. Entgegen der auf die Verteidigung des staatsmonopolkapitalistischen Systems gerichteten Politik der rechtssozialdemokratischen Führer verstehen die kommunistischen Parteien darunter jenen Kampf, „der auf die Verwirklichung der Forderungen und Bedürfnisse der Arbeiterklasse und des Volkes sowie auf die Verwirklichung umfassender demokratischer Umgestaltungen auf dem Wege zum Sozialismus gerichtet" ist.[23]

21 Vgl. W. Goldschmidt, L. Peter, Zur Entwicklung in Frankreich seit der Bildung der „Union Populair" und der Parlamentswahlen 1973, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1974, Heft 8, S. 778–796

22 So u. a.: die „Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung" der DKP, 10-Punkte-Programm" der Dänischen KP; „9-Punkte-Programm zum Kampf für entschiedene Maßnahmen gegen Inflation und für die Arbeiter" der italienischen KP, welchen die 3 Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL unterstützten. Zum Beispiel traten Mitte Oktober dieses Jahres 10 Millionen Arbeiter und Angestellte zur Abwehr der Krisenlasten und der faschistischen Gefahr in einen nationalen Streik.

23 Politische Erklärung der Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Parteien Westeuropas vom Januar 1974, in: F. Rische, Arbeiterklasse und EWG, Frankfurt 1974, S. 187

Neue Chancen im Ringen um die Gewerkschaftseinheit

Im Kampf gegen die Vorherrschaft der multinationalen Konzerne, gegen die Rechtsgefahr, für die Abwehr der Krisenlasten, für Friedenssicherung und Abrüstungsmaßnahmen sowie im Bereich der antiimperialistischen Solidarität ergaben sich in den letzten Jahren neue positive Ansätze zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit auf nationaler und internationaler Ebene. Kennzeichnend für die Gewerkschaftsbewegung unserer Zeit ist die allgemeine Belebung ihrer politischen Aktivitäten. Kennzeichnend ist auch, daß sich in einer Reihe christlicher und reformistischer Gewerkschaften eine Art „schmerzhafter Prozeß der Annäherung an die Forderungen der Arbeiter"[24] vollzieht. In Italien schufen die Führungen der drei Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL 1972 eine Föderation bzw. eine gemeinsame Zentrale, was sich seither in einer Vielzahl von — besonders gesamtnationalen — einheitlichen Massenaktionen bewährte. In Frankreich kam es zu einer dauerhaften Aktionseinheit der beiden größten Zentralgewerkschaften CGT und CFDT mit der Lehrergewerkschaft FEN.

Die gegenwärtig eingeleiteten ersten Schritte zur Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit zwischen dem Weltgewerkschaftsbund — WGB (kommunistisch-sozialistisch), dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften — IBFG (reformistisch) und dem Weltverband der Arbeiter — WVA (christlich), die sich zunächst in Maßnahmen zum gemeinsamen Vorgehen gegen die multinationalen Monopole sowie in gemeinsamen Entschließungen zur Solidarität mit dem südafrikanischen und dem chilenischen Volk niederschlugen, wirken sich fördernd auf die politischen Massenkämpfe und Einheitstendenzen auch in Westeuropa aus. Verwiesen sei hierbei auf die in ihrer Breite unerreichte gesamteuropäische Chile-Solidaritätskonferenz von Paris im Juli 1974, auf welcher offizielle Repräsentanten von 108 kommunistischen, sozialistischen, sozialdemokratischen und liberalen Parteien, Gewerkschaften, Jugend- und Studentenverbänden aus 28 europäischen Ländern vertreten waren (die SPD und der DGB fehlten allerdings). Oder man denke an die breite Resonanz der Friedens- und Abrüstungsmaßnahmen in Gewerkschaften wie in sozialdemokratischen und liberalen Parteien. „Die Tatsache, daß in letzter Zeit viele Gewerkschaften (der Gewerkschaftskongreß — TUC in Großbritannien, der Deutsche Gewerkschaftsbund in der BRD, die Gewerkschaften Belgiens und der skandinavischen Länder) im Kampf gegen die Monopole, für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse radikaler auftreten als die sozialdemokratischen Parteien, spiegelt das wachsende Bestreben der Gewerkschaften wider, eine wirklich selbständige Klassenpolitik zu betreiben und schafft reale Voraussetzungen für die allmähliche Überwindung der bestehenden Spaltung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung."[25]

Rechtssozialdemokraten: Gegen Linkseinheit in die Sackgasse

Innerhalb der II. Sozialistischen Internationale haben demgegenüber die Führungen einiger — vorwiegend Regierungsfunktionen bekleidender — Parteien, namentlich die Sozialdemokraten der BRD und Österreichs, ihren antikommunistischen und systemstabilisierenden Kurs noch verschärft. Die kommunistischen Parteien aber, so die DKP und KPÖ, treten trotz der Antikommunismusbeschlüsse der rechtssozialdemokratischen Führer unverändert für die aktionsbezogene Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten ein. Natürlich verzichten sie nicht auf die Kritik der auf die Spaltung der Arbeiterklasse getrimmten Politik und Ideologie der rechten SPD-Führer.

Soeben unterstrich die SPD-Spitze ihre Rechtsaußenposition innerhalb der Sozialistischen Internationale mit einer unrühmlichen Reise ihres Vorsitzenden Willy Brandt nach Portugal. In Lissabon versuchte Brandt, die fest in der Linksbewegung MDP wie in der Provisorischen Regierung verankerte und mit der Kommunistischen Partei (PKP) eng zusammenarbeitende Sozialistische Partei (PSP), auf das Godesberger Programm der SPD, also auf die Preisgabe der Aktionseinheit der demokratischen Bewegung Portugals festzunageln. Daß die bestorganisierte und am stärksten unter den Massen verankerte portugiesische Partei eben die PKP ist, hatte gerade ihre Avantgarderolle bei der Mobilisierung der Volkskräfte gegen die Verschwörungspläne des 28. September 1974 erneut unter Beweis gestellt. Wer sich gegen diese politische Hauptkraft des Antifaschismus ins Zeug wirft, der stemmt sich gegen die Sicherung des demokratischen Fortschritts überhaupt — zur großen Freude des internationalen Monopolkapitals, der NATO und der Faschisten. Der Kommentar der CDU-Zeitung „Rheinische Post" ist dementsprechend: „Als Spinola ging, sah US-Außenminister Kissinger bereits die Kommunisten an der Macht. Sicher ist, daß der Rettungsversuch (Brandts, d. V.) gewagt werden muß."[26]

Die jüngsten empfindlichen Wahlschlappen für die SPD in Hessen und Bayern spiegeln den erheblichen Vertrauensverlust in die sozialdemokratische Politik wider. Das gleiche gilt auch für die SPÖ, die gegenüber der ÖVP erhebliche Stimmenverluste hinnehmen mußte. Demagogisch versuchen nun die Schmidt, Vogel und Kreisky den „Linken" in SPD und SPÖ die Verantwortung für diese Verluste anzulasten. Doch auch damit können sie nur ungenügend vertuschen, daß das Opfern ihrer großmäuligen Reformversprechungen auf dem Altar des Monopolprofits, das Abwälzen der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung, die wirklichen Ursachen für die politische Rutschpartie von SPD und SPÖ sind. Liebedienerei vor dem Großkapital und Anbiederungsversuche an CDU/CSU sind keine Mittel, um die Reaktion zurückzudrängen. Auf rechte Politik verstehen sich die Strauß und Carstens noch allemal besser.

Mit der Taktik der Anbindung der Gewerkschaften an neue Lohnleitlinien der Konzertierten Aktion lähmen sie die Kampfbereitschaft der Arbeiter, fördern sie im Bunde mit den Konzerngewaltigen die soziale Unsicherheit der Werktätigen, tragen sie zur weiteren Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen zugunsten der (Multi-)Millionäre bei.

Wie das Steuer herumreißen?

Anders in Frankreich und Italien. Dort erleben wir mächtige, von den Sozialisten mitgetragene Massenaktionen der Werktätigen, die allein der herrschenden Klasse

24 B. Widik, Der neue Stil der Arbeiterbewegung der USA, in: Nation, 22. 3. 1971
25. W. Sagladin, Die kommunistische Weltbewegung, Frankfurt 1973, S. 206

26 Zit. nach: Deutsche Volkszeitung, 31. 10. 1974

Zugeständnisse abzutrotzen vermögen. Und dort erleben wir die außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampfaktionen der fortschrittlichen, antimonopolistischen Bewegung, als deren Bestandteil die Linkssozialisten an der Seite der jeweiligen kommunistischen Parteien eine echte Perspektive weisen können. Daß die werktätige Bevölkerung antimonopolistischen Lösungen zustrebt, bestätigte gar die britische Labour-Party bei den letzten Parlamentswahlen, als sie mit radikalen Antikrisenparolen[27] für die Nationalisierung von Großkonzernen, für eine Drosselung der Rüstungslasten und gegen die Europäische Gemeinschaft (EG) zu Felde zog – und gegen die Konservativen eindeutig gewann.
In der linken Einheitspolitik und der Organisierung breitester Massenkämpfe aber liegt die einzige für das arbeitende Volk effektive Sofortalternative, gegen den Reibach der Monopole – zumal in Krisenzeiten!
Allgemein gilt: Wo die linken Kräfte, wo vor allem die Kommunisten an politischem Einfluß noch zu schwach und die demokratischen Kräfte noch zu zersplittert sind, bleiben die unmittelbaren Erfolgschancen, in verschärften Krisensituationen das Steuer des politischen Kräfteverhältnisses an sich zu reißen, relativ gering, während die Reaktion – sofern sie nicht gerade selbst die Regierung stellt – mit sozialer Demagogie eher die Gunst der Stunde zu nutzen vermag. Umgekehrt sind gerade dort, wo die Linke geeinigt handelt und bereits über einen relativ hohen politischen Einfluß verfügt, heute weitaus größere Möglichkeiten zur beschleunigten Verankerung ihrer aktuellen und langfristigen Alternativlösungen sowie zur Zurückdrängung der Rechtskräfte gegeben.
In der Stärkung der kommunistischen Parteien und der Unterstützung der Politik der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und des antimonopolistischen Volksbündnisses liegt in diesem wie in jenem Falle der Schlüssel zur erfolgreichen Entwicklung der fortschrittlichen, antimonopolistischen Bewegung.

27 Ob die Labour-Party ihre Versprechen in die Tat umsetzen wird, ist fraglich, sei aber dahingestellt. Jedenfalls drückt das Wähler-Votum den mehrheitlich gewachsenen Wunsch nach radikalen, nach echten Reformen bzw. Veränderungen aus.

Jürgen Ostrowsky

Imperialismus und Befreiungskampf im südlichen Afrika

In einer „Südafrika – eine Dokumentation" genannten Beilage vom 14. April 1971 schwärmte „Die Welt": „Ein ‚weißer Riese' wacht über den Weg um das Kap." Das Sprachmonstrum assoziiert alle Elemente des gewünschten Südafrika-Bildes: Ein von „Weißen" beherrschter, ökonomisch-militärisch starker und „stabiler" Staat hält die Stellung für den „freien Westen" gegen das Vordringen des Kommunismus; von den Afrikanern spricht man lieber nicht, zumal die „Apartheid" eher ein „Weg für das Leben miteinander" ist, wie es in einem weiteren Jubelbeitrag heißt; und selbst der Waschmittelslogan ist – über die naheliegende Assoziation an „politische Hygiene" hinaus – wörtlich zu nehmen: Henkel & Cie. lassen mitwachen – über die respektablen Profite aus ihrer südafrikanischen Tochterfirma.
Die Republik Südafrika (RSA) – wie sich seit 1961 die frühere Südafrikanische Union nennt – stellt die Hauptbastion imperialistischer Herrschaft im südlichen Afrika dar. Seit dem Sturz des Faschismus in Portugal am 26. April 1974 ist jedoch nicht nur das direkte Einflußgebiet des Imperialismus um die ehemaligen portugiesischen Kolonien kleiner geworden – das Restgebiet aus RSA, Namibia (das von der RSA völkerrechtswidrig annektierten Südwestafrika) und Zimbabwe (von der weißen Minderheit Rhodesien genannt) ist nunmehr ins Zentrum des Freiheitskampfes der südafrikanischen Völker gerückt: „Black Africa Moves South", wie „Newsweek" seine Ausgabe vom 16. September 1974 betitelte. Entsprechend seiner internationalen Bedeutung sind es auch internationale Entwicklungen, die für die Positionen „weißer" Herrschaft im südlichen Afrika von besonderem Gewicht sind. Binden sich einerseits ökonomische und strategische Interessen des internationalen Monopolkapitals von gewaltigem Ausmaß an das Fortbestehen eines diesen Interessen gemäßen Systems in der RSA, so spitzen sich andererseits an der Existenz dieses in seiner gegenwärtigen Ausprägung einmaligen Unterdrückungs- und Ausbeutungssystems, der mit ihm verbundenen Aggressionsgefahr, die Forderungen nach Durchsetzung der Prinzipien der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Völker, der Befreiung von Kolonialismus und Rassismus und nach friedlicher Koexistenz zu zur historischen Aufgabe der Beseitigung dieses Systems.
Durch die Befreiung der Völker in den früheren Kolonien Angola und Mozambique, die ehemals das „Vorfeld" für die RSA darstellten, wird unterstrichen, daß diese Aufgabe nur mit der vollständigen Liquidierung der Apartheid und der Vorherrschaft weißer Minderheiten, der Erringung der nationalen Unabhängigkeit als Hauptinhalt des gegenwärtigen revolutionären Kampfes angegangen werden kann. Die historische Überfälligkeit der bestehenden Formen imperialistischer Herrschaft im südlichen Afrika schließt alle Kompromisse und Teil- oder Scheinlösungen aus, die zu Lasten der unterdrückten afrikanischen und farbigen Völker ge-

hen. Zugleich drückt sich in der Politik gegenüber den Regimes in Zimbabwe und der RSA so deutlich wie in kaum einer Frage zuvor der Gegensatz zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion, den monopolkapitalistischen Interessen aus: In den Vereinten Nationen steht eine stimmenmäßig verschwindende Minderheit in der Unterstützung der RSA der überwältigenden Mehrheit der Staaten gegenüber, die wirkungsvolle Aktionen befürworten, um den Sturz der südafrikanischen Regimes zu fördern.

Die „Nibelungentreue", insbesondere der USA, der BRD, Großbritanniens und Frankreichs zu international geächteten Staaten, entspringt konkreten ökonomischen und damit verbundenen politischen und strategischen Interessen. Für das internationale Monopolkapital, das unter dem Druck der Wirkungsweise des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate stets gezwungen ist, neue Verwertungsmöglichkeiten zu erschließen (sowie bestehende mit allen Mitteln zu erhalten), bietet die RSA „ideale" Bedingungen für Kapitalexporte als einer der Formen der Schaffung von Verwertungsbedingungen: „Ein fast ideales kapitalistisches Land", wie der Börsenpräsident von Johannesburg, Martin, einmal bemerkte.

Die spezifischen Anreize sind:

- Exorbitanter Rohstoffreichtum; die RSA verfügt über die bei weitem größten Goldvorkommen der Welt, fördert im Bereich der kapitalistischen Welt das meiste Antimon, Manganerz und Platin, besitzt gewaltige Chrom-, Nickel- und Vanadiumressourcen und ist gegenwärtig neben den USA und Kanada der wichtigste Uranlieferant.
- Günstige infrastrukturelle Bedingungen, exportgünstige geographische Lage am Seeweg um Afrika und nach Lateinamerika sowie Südasien und Australien, außerdem äußerst vorteilhafte Finanzierungs- und Gewinntransfermöglichkeiten und steuerliche Vergünstigungen für Auslandskapital.
- Sogenannte „politische Stabilität", d. h., ein politisches und militärisches Unterdrückungssystem, das die Massen der afrikanischen und farbigen Arbeiter jeglicher Rechte beraubt, Streikaktionen mit blutigem Terror ahndet und Mindestlöhne gesetzlich fixiert, die um ein Vielfaches unter denen weißer Arbeiter für dieselben Tätigkeiten und meist unter dem offiziell für existenznotwendig Erachteten liegen; Untersuchungen ergaben, daß westdeutsche Firmen an die beschäftigten Afrikaner Löhne zahlen, die im Schnitt nur etwa 50 Prozent des als Existenzminimum geltenden Bruttolohnes ausmachen. In der Sprache der kaufmännischen Buchführung eines Vertreters der Firma Rosenthal Porzellan nimmt sich das so aus: „Bei der Firma Rosenthal in Bayern verdient ein Arbeiter in zwei Stunden das, was mancher Bantu in einer Woche verdient. Für uns ist das eine sehr große Einsparung. Auf diese Weise kommen wir zu sehr interessanten Preisen."

Damit ist der Hauptansatzpunkt monopolistischen Interesses am „Engagement" in der RSA benannt, zugleich aber auch der ökonomische Kern des südafrikanischen rassistischen Systems, der „Apartheid", das vom herrschenden Regime der RSA rigoros auf das annektierte Namibia übertragen worden ist (akklamiert und noch weiter dehumanisiert von den dort siedelnden Deutschstämmigen) und während des vergangenen Jahrzehnts sukzessive auch von der weißen Minderheit

in Zimbabwe kopiert wurde. Die ökonomische Funktion des mit dem Euphemismus „Apartheid" umschriebenen, faktisch kolonialen Unterdrückungs- und Ausbeutungssystem besteht in der Schaffung eines Millionenheeres von Arbeitssklaven, deren Existenzbedingungen sie zur Inkaufnahme von Rechtlosigkeit, willkürlichem Terror und Hungerlöhnen zwingen. Vor allem den Afrikanern werden quasi Reservate zugewiesen, die ihnen keine Existenz ermöglichen, während sie zugleich steuerlichen Abgaben unterliegen, die Weißen per definitionem nicht zu tragen haben. Unfruchtbarkeit der sogenannten „Bantustans" und fehlende Industrie zwingen die wachsende Zahl der zwangsweise in diese obendrein zersplitterten Gebiete Umgesiedelten zur Arbeitsemigration in die den Weißen vorbehaltenen Gebiete, in die dort liegenden Industriebetriebe; diese „weißen Gebiete" umfassen 87 Prozent des Landes – für etwa 3,5 Millionen Weiße; die „restlichen" 13 Prozent sind afrikanische „Homelands" oder „Bantustans" – vorgesehen für über 15 Millionen Afrikaner. Tatsächlich leben nach wie vor Millionen Afrikaner in den „weißen" Gebieten – gebraucht als Arbeitskräfte, gezwungen zur Arbeitssuche, aber ohne jegliche politischen und sozialen Rechte, dagegen drakonischen Strafen bei harmlosesten Vergehen gegen die zahlreichen willkürlich anwendbaren Ordnungs- und Paßgesetze ausgesetzt: Fremde im eigenen Land, Sklaven eines Systems, von dem neben dem südafrikanischen und internationalen Kapital auch die meisten weißen Siedler mit relativem und vielfach erheblichem Wohlstand profitieren und damit die soziale Basis einer von fanatischem Sendungsbewußtsein geprägten Rassenideologie bilden.

Politischer Garant dieses Unterdrückungs- und Ausbeutungssystems ist der in beträchtlichem Umfange in die Forcierung des Kapitalisierungsprozesses eingreifende Staat der RSA, in welchem seit 1948 die Nationalisten-Partei des derzeitigen Premiers Vorster regiert. Die Geschichte dieser Partei, deren Ideologie und Geheimbündelei Affinitäten an faschistische Bewegungen aufweisen, ist eng mit diesem staatlich stimulierten Industrialisierungsprozeß verbunden, der die RSA zum höchstindustrialisierten Staat Afrikas machte, der zunehmend expansive Bestrebungen entwickelte. Schon 1934 konstatierte ein NS-Historiker namens Karl H. Dietzel, die Südafrikanische Union habe „diese expansive Tendenz, die ihrem Wesen gemäß war und dementsprechend ihre geschichtliche Entwicklung beherrscht hatte, vom ersten Tage ihres Bestehens an nie verleugnet". 1971 präzisierte „Die Welt" in ihrer Beilage: „Der wirtschaftlich, militärisch und politisch stärkste Staat südlich der Sahara überspringt seit langem seine durch Hoheitszeichen markierten Grenzen zum schwarzen, nördlichen Afrika." Die ökonomische Ursache dieses Expansionsdranges ist in erster Linie die durch die gesetzlich fixierten Mindestlöhne beschränkte Massenkaufkraft des Binnenmarktes, deren niedriges Gesamtniveau selbst die Kapitalisierungsstufe der RSA bereits mit dem Überakkumulationsproblem konfrontiert, die stets auch eine Überproduktion von Waren ist. Eine zweite Ursache liegt in der Notwendigkeit für das südafrikanische Kapital modernste Technologie zu importieren und zu finanzieren. Da hauptsächlich Rohstoffexporteur, unterliegt jedoch die RSA denselben Preismechanismen, mit denen die imperialistischen Länder die rohstoffexportierenden Länder der sogenannten „dritten Welt" ausplündern: dem Warenaustausch teurer Industrieprodukte, insbesondere von Investitionsgütern, gegen preislich gedrückte

Rohstoffe; die Folge ist auch für die RSA eine negative Zahlungsbilanz im Warenverkehr mit den imperialistischen „Partnern". Daraus resultiert der Zwang, mit den eigenen Fertigprodukten neue, eigene Märkte zu erschließen, in Konkurrenz billig zu produzieren, um den eigenen Kapitalbedarf abzudecken. In Anknüpfung an traditionelle Positionen ehemaliger Kolonialgesellschaften etwa exportierte die RSA zunehmend in die benachbarten Länder und investierte dort. Dem damit wachsenden direkten ökonomischen Interesse an den umliegenden Ländern entsprach die südafrikanische Rüstungs- und Militärpolitik mit dem Aufbau einer Streitmacht, die neben ihrer Repressionsfunktion im Inneren aggressive Absichten gegen ihre Nachbarländer auszuführen geeignet ist. Bereits während der portugiesischen Kolonialkriege operierten südafrikanische Truppen in Angola und Mozambique, unterstützten „Rhodesiens" Truppen gegen die Befreiungsbewegungen und unternahmen Übergriffe gegen Zambia und Tanzania.

An der ökonomischen Sinnfälligkeit, die bestehende Apartheidform auf Kosten einer zahlungsfähigen Nachfrage sowie eines Mangels an qualifizierten Arbeitskräften aufrecht zu erhalten, scheiden sich jedoch Fraktionen innerhalb der südafrikanischen Bourgeoisie. Diese Kapitalfraktionen — die ihre politische Repräsentation in der Progressive und der United Party unterhalten — plädieren für Modifikationen des Apartheid-Systems, die den ökonomischen Anforderungen entsprechen; ihre internationalen Kapitalverbindungen zu anglo-amerikanischem Industrie- und Finanzkapital dürften für die Haltung beider Staaten in der Apartheid-Frage zunehmende Bedeutung erhalten. Dies um so mehr, als die internationale Isolierung der RSA (und bereits seit seiner einseitigen Unabhängigkeitserklärung von Großbritannien 1965, „Rhodesiens") den geschilderten Grad erreicht hat und die imperialistischen Länder unter Anpassungszwang setzt.

Wie eine ausführliche Studie der Vereinten Nationen 1970 feststellte, ist Südafrikas Ökonomie aufgrund ihrer Abhängigkeit von Importen hochwertiger Industrieprodukte verwundbar bzw. die RSA ökonomischem Druck gegenüber weitgehend wehrlos und insofern potentiell zu entscheidenden Änderungen ihrer Apartheid-Politik von dieser Flanke her zu zwingen. Negativ ausgedrückt beruht indessen die Fortsetzung der südafrikanischen Politik auf der umfangreichen Unterstützung der RSA durch die imperialistischen Hauptmächte, obwohl mehrfach von der Vollversammlung der UNO Boykott- und Sanktionsmaßnahmen gegen die RSA verhängt wurden, desgleichen gegen „Rhodesien". Vor diesem Hintergrund erweisen sich Beteuerungen wie die der Bundesregierungen in ihren Jahrbüchern noch vor der UN-Aufnahme, sie halte sich an UN-Beschlüsse, als Täuschungsmanöver. Das Gegenteil ist der Fall: Am Beispiel der BRD-Beziehungen zur RSA läßt sich sowohl das Ausmaß der Unterstützung für die RSA durch die imperialistischen Länder demonstrieren als auch zeigen, worauf dieses Interesse an den bestehenden Herrschaftsverhältnissen zurückgeht.

Die Bundesrepublik gehört zu jenen Ländern, deren Konzerne bislang jeden Boykottbeschluß oder ähnliche Resolutionen der UNO gegenüber der RSA ihrerseits „boykottierten": Die Höhe der BRD-Kapitalanlagen in der RSA hat die 3-Milliarden-Grenze erreicht; über 300 BRD-Firmen haben sich inzwischen in der RSA niedergelassen, darunter eine beträchtliche Anzahl von mittleren und kleinen Betrieben, die durch die hohen Profiterwartungen motiviert wurden. Der Handel zwi-

schen BRD und RSA nahm innerhalb des gesamten Außenhandels der Bundesrepublik am schnellsten zu: Allein der Export wuchs in den ersten 5 Monaten 1974 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 75 Prozent. Kapitalanlagen aber sind, so bestätigte schon der außenpolitische Berater Präsident Kennedys, George Ball, in seinem Buch „Disziplin der Macht", Anlaß, die Opportunität der Losung „ein Mann — eine Stimme" als Lösungsvariante der Apartheidpolitik in negativem Licht erscheinen zu lassen. Als wenig inkriminierend empfand der damalige BRD-Außenminister Brandt den umfangreichen Handel mit der RSA: Auf einer Afrika-Botschafter-Konferenz 1968 formulierte er die klassische Maxime: „Die Bundesrepublik als Industrieland (habe) ein legitimes Interesse am Handelsverkehr mit Südafrika, Angola und Rhodesien (!). Handel sei keine Schande, und Vorwürfe deswegen müsse die Bundesrepublik eben tragen" (FAZ v. 29. März 1968). Daß Handel bzw. Wirtschaft und Politik doch miteinander zu tun haben — entgegen den Behauptungen von Bundesministern, man solle Handel und Politik „nicht ohne Not" miteinander koppeln (Ehmke) —, bewies die Bundesregierung in ihrer kurzen und unrühmlichen UN-Zugehörigkeit: Keine Abstimmung von Relevanz gegen die RSA erfolgte, ohne daß die BRD-Delegation dagegen gestimmt oder wenigstens Enthaltung geübt hätte, namentlich in den Abstimmungen der letzten Monate.

Schier unaufzählbar ist die Liste politischer, kultureller und sportlicher sowie „persönlicher" Kontakte zur RSA und zu „Rhodesien": Gehört z. B. Franz Josef Strauß zu den eifrigsten RSA-Besuchern, nebst ihm Bundestagsvizepräsident Kai Uwe von Hassel (nebenberuflich Verwaltungsratsmitglied der offiziell als „Kolonialgesellschaft" firmierenden Hamburger „Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft"), der den „radikalen Antikommunismus der Regierung (der RSA)" würdigt, so geben sich westdeutsche Regierungspräsentanten, Landesminister, Bürgermeister, Industrievertreter, Verbandschefs nachgerade die Klinken in die Hand. Sportlerdelegationen nehmen die Gelegenheit zum Kennenlernen eines fraglos landschaftlich hinreißenden Landes gern wahr, anschließend Gefälligkeitsstatements im Herrenreiterstil abgebend, wie z. B. eine Springreiter-Equipe der BRD. Daß auch Sport mit Politik nichts zu tun habe, „beweisen" westdeutsche Presseorgane durch Hetzorgien gegen antirassistische Kräfte, nach deren Votum die Turnweltmeisterschaften 1974 ohne Teilnahme der RSA in Varna/Bulgarien stattfanden, nachdem sich die BRD schon bereit erklärt hatte, mit München als Ersatzaustragungsort einzuspringen — unter Teilnahme der RSA natürlich.

Hinter der Unterstützung der RSA durch die Bundesregierung steht ein Konzept: Im Sommer 1973 übergab der ehemalige SPD-Minister Alex Möller anläßlich einer Südafrika-Reise einen Brief des damaligen Kanzlers Brandt an Premier Vorster, in dem der RSA die Loyalität der BRD zugesichert wurde; noch deutlicher wurde das Zusammenspiel in einer inoffiziellen Festlegung der „Marschroute" für den anstehenden UNO-Beitritt: Sanktionen gegen die RSA wolle die BRD nicht zustimmen (auch Resolutionen gegen die portugiesische Kolonialpolitik wurden als je nach Charakter abzulehnen eingestuft), berichtete „Der Spiegel" im Frühjahr 1973.

„Rücksichtnahme" auf die Rolle der RSA für die BRD und ihre Verbündeten veranlaßt Bundesregierungen auch, seit Jahren Waffen nach Pretoria zu liefern und

militärstrategischen Überlegungen zur Einbeziehung Südafrikas in das „westliche" Bündnissystem nachzugehen. Die Zeitschrift „Wehrkunde" meditierte 1969: „Eine erfolgreiche Sicherheits- und Verteidigungspolitik der NATO setzt — im Frieden und im Kriege — gleichermaßen die Sicherung der Rohstoffquellen und des Seetransports voraus." Wie formulierte „Die Welt" doch so lyrisch? Als 1972 F. J. Strauß erklärte, eine CDU/CSU-Regierung werde im Falle eines Bundestagswahlsieges Waffen an die RSA liefern, war dies angesichts der längst geübten Praxis nur als Absichtserklärung zu verstehen, dies endlich offen tun zu wollen: Vorzugsweise über Frankreich werden seit Jahren Waffenexporte nach Südafrika abgewickelt, an deren Fabrikation westdeutsche Firmen beteiligt sind; „Transall"-Transportflugzeuge und „Milan"-Raketen z. B., die nach Südafrika exportiert werden, entstanden und entstehen unter Beteiligung des Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Konzerns (MBB), München; ganz offen wurden 1974 137 Schwerlasttransporter für Panzer von der Firma Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) in die RSA verschifft.

Vor diesem Hintergrund fällt es schwer zu glauben, beim Besuch des Bundesmarine-Schulschiffes „Deutschland" im Kriegshafen Simonstown habe es sich um reine Höflichkeit gehandelt. Die Visite, so meldete das RSA-Botschafts-Organ „journal südafrika" im Sommer 1974, sei „im ‚Geiste ungetrübter Marinetradition' verlaufen". Man glaubt es: „Ein positives Deutschlandbild (braucht) in Südafrika gar nicht ‚verkauft' zu werden. Es ist seit langem vorhanden und wurde lediglich (!) durch zwei Weltkriege belastet, ohne indessen an Substanz zu verlieren. . . . Deutsche geschichtliche Perioden wie das Kaiserreich und auch das Dritte Reich (sind für die Südafrikaner) in angenehmer Erinnerung. . . . Heute sind es VW, Mercedesstern und Fotoapparate, die das deutsche Image prägen" („Handelsblatt").

So alt wie die koloniale Inbesitznahme des südlichen Afrika ist auch der Widerstand der afrikanischen Bevölkerung. Den Abwehrkämpfen gegen die englischen und burischen Eroberer und der Konsolidierung ihrer Herrschaft mit der Gründung der SAU 1908 folgte 1912 die Gründung der Bürgerrechtsorganisation ANC (African National Congress), die auf Bündnisebene erfolgreich Angehörige der verschiedenen Stämme und Völker, der Arbeiterklasse, des liberalen Bürgertums und der Intelligenz zu vereinigen vermochte. Mit zunehmender Industrialisierung der RSA gewann die Arbeiterklasse an Gewicht und damit die Südafrikanische Kommunistische Partei (SACP), die 1921 gegründet worden war und im Bündnis mit dem ANC den Kampf gegen das bestehende Herrschaftssystem aufnahm.

Nachdem mit der Nationalistenpartei 1948 jedoch die reaktionärste Partei der südafrikanischen Bourgeoisie die Regierung übernommen hatte, wurde die SACP 1950 aufgrund des „Suppression of Communism Act" verboten. Die Gründung des nicht-rassistischen Gewerkschaftsverbandes SACTU 1955 fand bereits in der Illegalität statt; 1960 wurde auch der ANC verboten. Die Verfolgung demokratischer Kräfte und der afrikanischen Arbeiterbewegung nahm immer rigidere Formen an. 1960 metzelte südafrikanische Polizei in Sharpeville 80 friedlich demonstrierende Afrikaner nieder und verwundete weitere 200. Die folgende Repressionsphase stand unter dem Credo des damaligen Justizministers Vorster: „Wir erkennen mehr und mehr, daß es Zeiten in der Geschichte einer Nation gibt, da nicht allein die Vernunft sprechen darf, sondern auch Blut — diese Zeit ist jetzt."

„Dieser Staat versteht sich als Bastion christlichen, europäischen Geistes, als Teil der freien Welt", verdeutlichte 1971 „Die Welt". 1963 gelang es der südafrikanischen Polizei, das illegale Hauptquartier der KP ausfindig zu machen. Im sogenannten „Rivonia-Prozeß" wurden acht dabei Verhaftete, auch Nicht-Kommunisten, trotz weltweiter Proteste, darunter einem mit 106 gegen 1 Stimme angenommenen Appell der UN-Vollversammlung, zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Verschärfung der Unterdrückungsmethoden und des Terrors gegenüber der afrikanischen Opposition führte seitens der KP und des ANC zum Entschluß, angesichts der Aussichtslosigkeit aller herkömmlichen, sogenannten friedlichen Versuche, Änderungen zu erreichen, den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Am 16. Dezember 1961 nahm die Kampforganisation des ANC, Umkhonto we Sizwe, ihre bewaffneten Aktionen mit einer Sabotagekampagne auf. 1966 ging auch die Befreiungsorganisation Namibias, die SWAPO, zum bewaffneten Kampf über, im selben Jahr schlossen ANC und die Befreiungsorganisation Zimbabwes, ZAPU, ein Bündnis zur gegenseitigen Unterstützung ab.

In einem 1970 illegal verbreiteten Aufruf der erweiterten ZK-Sitzung der SACP wird die afrikanische Bevölkerung zur Unterstützung dieses revolutionären Kampfes aufgefordert, dessen unauflösliche Verbundenheit mit dem gleichzeitigen politischen und ökonomischen Kampf betont wird, um das im KP-Programm von 1962 als nationale Befreiung im Ergebnis einer von einem Bündnis getragenen nationaldemokratischen Revolution definierte unmittelbare Ziel zu erreichen.

Parallel zur Rekonsolidierung der politischen Organisationen verlief der Prozeß wachsender Klassenkampfbewegungen der Afrikaner und anderen nichtweißen Völker. Die in den sechziger Jahren beschleunigte Industrialisierung führte zu einer forcierten Unterordnung afrikanischer Arbeitskräfte unter das Kapital. Der Anteil in der verarbeitenden Industrie beschäftigter Afrikaner betrug 1970 52,7 Prozent, der Anteil der Weißen war relativ von 30 Prozent im Jahre 1960 auf 24,1 Prozent gesunken. Nichtsdestoweniger machte der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften dem südafrikanischen und internationalen Kapital zu schaffen, der Anteil der Afrikaner auch an qualifizierteren Jobs stieg infolge von Ausnahmegenehmigungen und Umgehungen der bestehenden Gesetze. Ende der sechziger Jahre wurde der Ausbeutungsgrad der Afrikaner weiter gesteigert; Streikaktionen führten zwar zu Lohnaufbesserungen, die jedoch mit der Preisentwicklung nicht entfernt Schritt hielten: Eine Studie der „Südafrikanischen Vereinigung für Produktivität" (ein Unternehmerverband) konstatierte für das Jahr 1972, daß 80 Prozent der afrikanischen Arbeiter Löhne erhielten, die unter dem Existenzminimum lagen.

Hatten trotz Streikverbots für Afrikaner und brutaler Repression in den Jahren von 1959 bis 1969 jährlich durchschnittlich 70 Streiks und Arbeitsniederlegungen stattgefunden, so kam es im Verlauf der folgenden Jahre zu einer noch nie dagewesenen Streikbewegung afrikanischer, sogenannter „farbiger" und indischer Arbeiter. Auslösende Momente waren das während großer Produktionssteigerungen gestiegene soziale Elend der Afrikaner angesichts der Preisentwicklung und die verbitternde Erkenntnis für qualifizierte Tätigkeiten Löhne zu erhalten, die unqualifizierter Arbeit entsprechen und um ein Vielfaches unter denen weißer Arbeiter liegen.

Ausgehend von Betrieben, Städten und Gebieten, in denen die Voraussetzungen relativ am günstigsten waren – z. B. Durban, wo die Konzentration von Industriearbeitern besonders hoch ist, die meisten von ihnen dem Volk der Zulu angehören, die Löhne andererseits niedriger sind als anderswo und schließlich die Tätigkeit örtlicher Arbeiterführer in den Fabriken, Häfen und öffentlichen Diensten sich erfolgreich entwickelte – wurde die RSA seit 1970 von einer Streikwelle erfaßt, die das offizielle Werben mit dem „gesicherten Arbeitsfrieden" Lügen strafte. Im Herbst 1971 erkämpften die Hafenarbeiter von Durban in einem ihrer zahlreichen Streiks eine Erhöhung des täglichen Grundlohnes um 50 Prozent – ein bezeichnendes Indiz für die bisher gezahlten Hungerlöhne. 1972/73 erkämpften Afrikaner, Inder und „Farbige" weitere Verbesserungen ihrer sozialen Lage gegen alle Versuche der Konzerne und des Staates, die Bewegung niederzuschlagen oder einzudämmen: Angefeuert durch den Streikerfolg der Textilarbeiter Ende 1972 traten Tausende anderer Werktätiger ebenfalls in den Ausstand: Metallindustrie, Maschinenbau, Zementwerke, Chemieindustrie, Zuckerrohrarbeiter, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Verkehrsbetriebe – insgesamt 120 Betriebe wurden bestreikt, über 60 000 Arbeiter hatten an den Kämpfen teilgenommen, zeitweilig an einem Tag über 30 000 gleichzeitig. Eine andere, weit über das südliche Afrika hinaus bekanntgewordene Kampfbewegung legte Anfang 1972 die Wirtschaft Namibias lahm: Über 40 000 Arbeiter, meist dem Ovambo-Stamm zugehörig, hatten trotz terroristischer Polizeiaktionen (man sprach von über 70 ermordeten Demonstranten) für Wochen die Arbeit niedergelegt, und neben ihren Forderungen nach Lohnerhöhungen und Reformen des Arbeitssystems auch politische Forderungen nach der Unabhängigkeit des Landes aufgestellt. Eindeutig politischen Charakter besaßen auch die gleichzeitig in Zimbabwe stattgefundenen Massenstreiks: Sie richteten sich gegen eine Legalisierung des Rassistenregimes Smith durch Großbritannien, welche die Rechtlosigkeit der Afrikaner mindestens bis ins nächste Jahrtausend besiegelt hätte.

Die Klassenkampfaktionen der afrikanischen Völker namentlich in der RSA lassen erkennen:

- Selbst brutalste Unterdrückungsmaßnahmen, rigide Gesetze und Spaltungsversuche können angesichts der politischen Rechtlosigkeit der Afrikaner und ihrer ökonomischen und sozialen Lage den Kampfeswillen nicht brechen; im Gegenteil:
- Die Kampfaktionen durchbrachen erfolgreich die bestehenden Gesetze, die z. B. Streiks der Afrikaner verbieten;
- die Massenstreiks nahmen solche Dimensionen an, daß die RSA-Regierung vor massivsten Polizei- und Militäraktionen zurückschreckte;
- es konnten zum Teil beispiellose Lohnerhöhungen erkämpft werden, soziale Rechte wurden teilweise ertrotzt;
- gewerkschaftliche Organisationsformen bildeten sich immer stärker heraus, es wurde demonstriert, daß der geschlossenen Kampfaktion gegenüber selbst die Regierung weitgehend machtlos war;
- in den Kämpfen bildete sich mehr und mehr das gemeinsame Handeln der verschiedenen Völker – der Afrikaner, der „Farbigen" und der Inder heraus;
- die namentlich in der Provinz Natal überaus erfolgreichen Kämpfe zwangen die Zentralregierung, Unternehmerverbände und Verwaltungen zur Überprüfung von Löhnen und sozialen Bedingungen im ganzen Land – die Streikenden von Durban und Natal erkämpften ihre Lohnerhöhungen nicht nur im eigenen Interesse, sondern im Interesse vieler Werktätiger in der ganzen RSA;
- schließlich wurden innerhalb der Massenaktionen unüberhörbar politische Forderungen artikuliert, die sich gegen das Apartheidsystem insgesamt richten (in Namibia und Zimbabwe war der politische Charakter der sozialen Kämpfe von vornherein durch die spezifischen Bedingungen beider Länder gegeben).

Und die Klassenkämpfe in der RSA nehmen an Schärfe und Ausmaß zu: Allein in den drei ersten Monaten des Jahres 1974 fanden in Durban 24 Streiks statt; im Januar befanden sich 10 000 Textilarbeiter im Ausstand; die Polizei erschoß im Oktober während eines Streiks in einer Platinmine zwei Arbeiter. In Zimbabwe verzeichnen die ZAPU und die ZANU wachsende Erfolge ihrer Guerillaaktionen, ebenso die SWAPO in Namibia; mit der Befreiung Angolas und Mozambiques hat sich auch die militärische Lage für den ANC wesentlich verbessert.

Mit dem Fall des portugiesischen Kolonialreiches ist die Südafrika-Frage auch stärker denn je ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit gerückt. In der Isolierung der RSA und „Rhodesiens" auf internationaler Ebene drückt sich zugleich das veränderte Kräfteverhältnis aus, das der Durchsetzung der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen historisch neue Voraussetzungen und Möglichkeiten bietet.

Vor dem Hintergrund der zu Ungunsten der RSA veränderten strategischen Lage im südlichen Afrika einerseits, der internationalen Isolierung andererseits sehen sich die RSA und „Rhodesien" sowie ihre verbliebenen Alliierten vor die Wahl gestellt zwischen Anpassung oder Beharren. Letzteres hat unausweichlich die weitere Eskalierung des Kampfes gegen die bestehenden Regimes und damit ihren beschleunigten Untergang zur Folge. Anpassung an die veränderten Bedingungen und Durchführung unumgänglicher „Reformen" verzögert diesen Prozeß zeitweilig, stellt aber letztlich auch nur eine Übergangsstufe zur völligen Aufgabe der politischen Vorherrschaft der Weißen in Südafrika dar. Die Dialektik der gegenwärtig im südlichen Afrika stattfindenden Prozesse liegt jedoch darin, daß sich beide Varianten miteinander vermischen können; vor allem aber bildet der Prozeß der Einschränkung des imperialistischen Aktionsspielraums – was ökonomisch als Reduzierung seiner Verwertungsbasis auch im geographischen Sinne zu verstehen ist – infolge revolutionärer Veränderungen für den Imperialismus in der gegenwärtigen historischen Phase ein Existenzproblem. Mit zunehmend existenzbedrohendem Charakter solcher Positionsverluste verbindet sich mit der Tendenz zur Anpassung die Gefahr, diesen die Kapitalverwertung als solche in Frage stellenden Prozeß konterrevolutionär umzukehren, und zwar in Form militärischer Aggression oder ähnlich gearteter Interventionen – Beispiel: Chile.

Beide Komponenten finden sich gegenwärtig auch in der Politik der RSA wieder, und dies sowohl hinsichtlich der Außenbeziehungen als auch der sozialökonomischen Verhältnisse im Inneren des Landes. Äußerte sich Premier Vorster angesichts der Unabhängigkeitsverhandlungen zwischen Mozambique und Portugal einerseits gemäßigt-friedfertig, so drohte er gleichzeitig unverhüllt: Sollte sich in Mozambique eine Regierung bilden, die „gestattet, daß sich ein Chaos entwickelt, und die ihren Nachbarn gegenüber (der RSA also und ‚Rhodesien') feindselig ein-

gestellt ist, werden sich viele Probleme nicht vermeiden lassen. Dann kann niemand Südafrika verantwortlich machen, wenn es Maßnahmen ergreift, die notwendig sein mögen, um seine Interessen und die seiner Bevölkerung zu schützen."
Der Hinweis auf ein mögliches „Chaos" ist in seiner Bedeutung nicht zu überschätzen: Bot doch ein solches vorgebliches „Chaos" den Vorwand für den faschistischen Militärputsch in Chile. Auch in Angola und Mozambique sind weiße Konterrevolutionäre, deren Hintermänner in Konzernetagen, in der RSA und in faschistischen Kreisen Portugals zu suchen sind, bereits im Herbst mit zwei Revolten dazu übergegangen, dieses „Chaos" zu schaffen – freilich ohne Erfolg. Bezeichnend in diesem Zusammenhang auch das Intuitionsvermögen eines Organs wie des „Bayernkurier", der schon Ende August 1974 wußte: „Statt ‚Lusitanischer Gemeinschaft' droht das Chaos" in Mozambique, und „in Angola wird es noch schlimmer kommen, falls Vernunft und die Verantwortung der westlichen Mächte nicht siegen".
„Verantwortungsbewußt" bereitet sich die RSA seit dem Sturz des Faschismus in Portugal vor: Im Sommer wurde der Militärhaushalt um runde 50 Prozent erhöht und verschlingt damit bereits 18,5 Prozent des Gesamthaushalts; Vorzug bei der Aufrüstung genießen Panzerbau und Jagdflugzeugentwicklung.

Daß der militärische Apparat gleichzeitig Unterdrückungsinstrument gegen die erwartete Intensivierung des Befreiungskampfes und kommende Klassenkämpfe bleibt, stellt „Newsweek" fest: „Seinen Versicherungen zum Trotz, daß die ‚Homeland-Politik' seine Rassenprobleme lösen werde, zeigt Südafrikas beträchtliche militärische Macht deutlich, daß in den Augen seiner weißen Herren nackte Gewalt die wahre Lösung des Problems darstellt."
Unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit sahen sich Ende des vergangenen Jahres sogar die USA genötigt, Pretoria Konzessionen in seiner rassistischen Politik anzuraten. Inwieweit es sich hierbei um reine Augenwischerei und Vernebelungstaktik handelt oder um eine vorsichtige Kurskorrektur, die gar auf eine Aufgabe des bestehenden Systems hinauslaufen könnte in der Hoffnung, an seiner Stelle ein neokoloniales Ausbeutungssystem installieren zu können, wird die kommende Entwicklung zeigen. Insbesondere wird zu beobachten sein, ob derartigen Distanzierungen Konsequenzen folgen oder ob es sich lediglich um die Aufforderung handelte, einige kosmetische Operationen zur Imagepflege vorzunehmen.
Einstweilen sprechen die Tatsachen nicht für entscheidende Veränderungen auf freiwilliger Basis: Vorster vertrat im November noch unmißverständlich die Maxime: „Wenn es Leute gibt, die bei Euch (den Afrikanern) Hoffnungen wecken, daß es eines Tages im weißen Parlament für Euch eine Abstimmung im Verhältnis ‚ein Mann – eine Stimme' geben wird, dann täuschen sie Euch, denn dies wird nie geschehen." Das bedeutet – abgesehen von der schon seit längerem erörterten Beseitigung der sogenannten „kleinen Apartheid" (getrennte Bänke, Eingänge, Busse usw.) als äußerer Retusche – das Festhalten an den Grundelementen der Apartheid. Es verweist zugleich die angesichts derartiger Scheinkonzessionen euphorischen Berichte über angebliche große Veränderungen in der RSA, die in der liberalen BRD-Presse auftauchen – man vergleiche hierzu die „Lageberichte" des Pretoria-Korrespondenten der „Frankfurter Rundschau", Paul Schumacher –

dorthin, wohin sie gehören: In den Bereich der Zweckpropaganda, die mit derartigen Mätzchen die Realitäten und die Grundlagen des rassistischen Systems übergeht und nach der „Vollzugsmeldung" die RSA wieder in die honorige Gemeinschaft „des Westens" einreihen will.
Nicht anders verhält es sich mit der unter gleichem Propagandaaufwand verkauften „Friedensoffensive" der RSA gegenüber ihren Nachbarländern. Pompös aufgemachten Spekulationen über gemeinsame Beratungen der „rhodesischen" Rassisten mit Führern der Befreiungsbewegungen, RSA-Vertretern und Repräsentanten Zambias und Tanzanias – die prompt gegenüber als „militant" diffamierten anderen afrikanischen Ländern gelobt wurden – folgten recht kleinlaute Berichte, daß weder RSA-Vertreter noch „rhodesische" Offizielle an diesen Gesprächen teilgenommen hätten. Bestätigt wurde lediglich die Übereinkunft der konferierenden Afrikaner, daß allein das Mehrheitsrecht der Afrikaner Ausgangspunkt weiterer Gespräche sein könne, mithin an unverzichtbaren Prinzipien festgehalten wurde. Die vorgeblichen Geheimkontakte der RSA zu afrikanischen Ländern stellen zudem nur eine Neuauflage der sogenannten „Dialog-Politik" Pretorias von 1969/70 dar, mit der Vorster schon einmal durch eine Offensive perfider Freundlichkeit die Realitäten der Unterdrückung und Ausbeutung vergessen machen wollte; sie war ein kläglicher Versager.
Damit soll nicht gesagt werden, daß die RSA dem auf sie ausgeübten Druck nicht durch verschiedenste Manöver auszuweichen, sich in begrenztem Umfange anzupassen versucht. Vorerst scheint jedoch die taktische Marschroute auf ein verstärktes Werben um Rückhalt seitens der bisherigen engsten Verbündeten abzuzielen, d. h., um fortgesetzte materielle und politische Unterstützung.

Dabei bringt die RSA mit Geschick ihre „Bollwerkfunktion" ins Spiel, ihre Mission als „Bastion des freien Westens", und findet bei imperialistischen Strategen offene Arme: „Südafrika hält weiterhin an seiner Zusage fest, die freie Welt voll zu unterstützen und ist bereit, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um der kommunistischen Bedrohung seines Landes entgegenzutreten", lobte ein britischer Konteradmiral 1973. Bundeswehr-General Ulrich de Maizière riet in der „Deutschen Zeitung – Christ und Welt" vom 8. Februar 1974 zu einer Erhöhung der maritimen NATO-Präsenz im Südatlantik.
Besonders wirkungsvoll vor dem Hintergrund der kapitalistischen Rohstoffkrise nehmen sich die werbenden Ausführungen südafrikanischer Politiker und Wirtschaftsbosse aus, die in leuchtenden Farben vom Mineralreichtum ihres Landes schwärmen und zu Investitionen auffordern; auf der Industriemesse von Hannover trat im Frühjahr 1974 der Präsident des südafrikanischen Atomenergierates, Dr. A. J. A. Roux, mit solchen Avancen vor sein Publikum.
Wie BRD-Regierungen angesichts des offenkundigen politischen Charakters von Investitions- und Handelstätigkeit in der RSA ihre Trennung von Politik und Wirtschaft begründen wollen, bleibt ihr Geheimnis. Es scheint auch niemand dieses „Theorem" ernst zu nehmen, sonst läßt sich nicht erklären, weshalb die SPD, der wirtschaftliche Interessen in der RSA kaum im Wege stehen dürften, sich politisch auch nicht von der RSA distanziert – im Gegenteil: Auf Anwürfe des CSU-Politikers Höcherl, eine Bundesregierung Brandt gefährde die Beziehungen zur RSA, ließ 1972 die SPD, deren Vorsitzender Brandt ja Kanzler war, ihren Vorstandsspre-

cher Schulz antworten, eine solche Behauptung sei „natürlich völlig aus der Luft gegriffen. Die deutsch-südafrikanischen Beziehungen sind ausgezeichnet und werden es bleiben."
Der Freiheitskampf der afrikanischen Völker hat, wie gezeigt wurde, mächtige Gegner, die derzeit neue Formen suchen, um ihre Herrschaft zu erhalten. Die Solidaritätsbewegung mit dem Freiheitskampf im südlichen Afrika hat daher neben der materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen vor allem einen Beitrag zu leisten zur Reduzierung der Zahl dieser Gegner, konkret: Ihr Ziel muß sein, die Bundesrepublik aus dieser Front herauszubrechen, an die Stelle der Unterstützung von rassistischen Regimes in Interessenvertretung des Monopolkapitals die Unterstützung des Kampfes für Freiheit und friedliche Entwicklung im südlichen Afrika im Interesse seiner Völker zu setzen. Einem derart mächtigen Gegner im eigenen Lande muß notwendigerweise eine starke Solidaritätsbewegung entgegenstehen. Das bedeutet, daß die Schaffung eines möglichst breiten Bündnisses auf der Grundlage vorangetrieben werden muß, für das Anliegen der Völker von Zimbabwe, Namibia und der Republik Südafrika einzutreten, die nationale Unabhängigkeit, Demokratie und die Beseitigung des Rassismus zu erkämpfen. Die Gewinnung der organisierten Arbeiterklasse in der BRD nimmt hierbei eine zentrale Stellung ein, wobei die Vermittlung gemeinsamer Interessen an den unmittelbaren Problemen der westdeutschen Arbeiterklasse anzusetzen vermag: In einer Phase der Arbeitsplatzvernichtung bei gleichzeitigem beispiellos hohem Kapitalexport aus der Bundesrepublik in sogenannte Niedriglohnländer wie die RSA stellt das Argument des Arbeitsplatzexports auf Kosten der Arbeitsplatzsicherheit westdeutscher Arbeiter als Stützungsmaßnahme für ein rassistisches Regime wie das der RSA einen Ansatzpunkt dar. Weitere Schritte zur Bildung einer breiten Bewegung für den Freiheitskampf der südafrikanischen Völker zu erörtern wird eine der Aufgaben des im Februar vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee der BRD geplanten „Internationalen Tribunals gegen Kolonialismus und Rassismus im südlichen Afrika" sein.

A. Hermann, A. Menzel, E. Laudowicz

Palästina

Seit nunmehr 27 Jahren existiert der Staat Israel. Das sind 27 Jahre praktizierter Zionismus, vier Kriege, ständige Aggressionen gegen das palästinensische Volk und die umliegenden Staaten.
In der BRD wird die Lage im Nahen Osten und die Rolle Israels besonders hinsichtlich zweier Punkte verzerrt dargestellt:
1. Anknüpfend an die Judenverfolgung des deutschen Faschismus wird an das schlechte Gewissen der Bundesbürger appelliert, sich auf die Seite der Israelis zu stellen und unreflektierte „Wiedergutmachungs"gedanken werden für eine kritiklose Betrachtung der Vorgänge im Nahen Osten ausgenutzt.
2. Durch die fortwährende Beschwörung der arabischen „Übermacht" soll eine Solidarisierung der BRD-Bevölkerung mit dem „kleinen Land Isarel" entstehen, das sich tapfer und heldenmütig gegen diese Übermacht wehren muß. So gewinnt jede kriegerische Handlung Israels Sympathie und Anerkennung. Um die Hintergründe des Nahost-Konfliktes richtig zu verstehen, müssen die Mythen, die sich um die Entstehung des Staates Israel entwickelt haben, aufgeklärt werden.

Die zionistische Ideologie

Der Zionismus als politisch-ideologische Bewegung bildete sich Ende des 19. Jahrhunderts als kleinbürgerliche Antwort auf die sich häufenden antijüdischen, rassistischen Progrome im zaristischen Rußland und Polen heraus. Der Begründer des Zionismus, der bürgerliche Monarchist Theodor Herzl, bestritt die sozial-ökonomischen Wurzeln des „Antisemitismus", sprach von einer ewigen und unveränderlichen Natur des „jüdischen Volkes" und verstand die weltweit verstreuten jüdischen Gläubigen als unabhängig von jeder Klassenzugehörigkeit. Die Zionisten nannten als Ziel die Wiedererrichtung der „jüdisch-nationalen Heimstätte" in ihrer angeblich rechtmäßigen Heimat Palästina. Wir müssen einen Blick auf die historische Situation der Juden werfen, um die Entwicklung und Verbreitung des Zionismus zu begreifen.
Die besondere Rolle der Juden in den unterschiedlichen Ländern hatte ihre primäre Ursache in der ökonomischen Stellung der Juden in den europäischen Ländern. In Europa des Frühmittelalters besaß ein großer Teil der Juden eine privilegierte Stellung aufgrund ihrer ökonomischen Funktion im Handelsaustausch und Geldgeschäft. Als sich im 12. und 13. Jahrhundert allmählich eine einheimische Handelsbourgeoisie herausbildete, stand diese in Konkurrenz zu der ökonomischen Macht der jüdischen Händler. Die Ursache für die großen Progrome im frühkapitalistischen Europa lag in der Beseitigung der Konkurrenz der jüdischen Handelsbourgeoisie, wobei religiöse Differenzen ausgenutzt wurden, um durch den „christlichen Handel" den jüdischen Geldhandel aus seiner führenden Position zu verdrängen. Im kapitalistischen Konkurrenzkampf wurde die antisemitische Ideologie ausgenutzt, um die tatsächlichen Profitinteressen zu verschleiern,

wurden die Feindseligkeiten des einheimischen Kleinbürgertums und auch des Proletariats gegenüber den jüdischen „Reichen" ausgenutzt, um die ökonomischen Ursachen des Konfliktes zu verdecken.

Weitere wesentliche Funktion des Antisemitismus war die Ablenkung der Ausgebeuteten von ihrer eigenen Lage. Die Juden wurden als der „Sündenbock" präsentiert. Lenin sagte 1919 dazu: „Als die verfluchte Zarenmonarchie ihre letzten Tage durchmachte, war sie bemüht, unwissende Arbeiter und Bauern gegen die Juden aufzuhetzen. Die Zarenpolizei veranstaltete im Bunde mit den deutschen Gutsbesitzern und Kapitalisten Judenprogrome. Den Haß der von Not gepeinigten Arbeiter und Bauern wollten die Gutsbesitzer und Kapitalisten auf die Juden lenken . . ."[1] Ablenkung vom wirklichen Feind der Werktätigen, dies ist auch der Zweck der zionistischen Ideologie: Die Arbeiter und Angestellten jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft sollen vom Kampf gegen die herrschende Klasse abgebracht werden, eine religiöse verbrämte Kluft soll zwischen atheistischen, christlichen und jüdischen Arbeitern aufgerissen werden, gepredigt wird die Versöhnung von jüdischem Proletariat und jüdischer Bourgeoisie zu „einem Volk".

In Reaktion auf die Judenverfolgungen der imperialistischen Länder fand die zionistische Idee weite Verbreitung. Viele Juden sahen „die einzige Möglichkeit für das jüdische Volk in der Rückkehr nach Zion-Palästina, in das ‚gelobte Land'".[2] Diese Bewegung wurde auch von den jüdischen Geldmagnaten Westeuropas unterstützt. Gefördert wurde die Kolonisationsbewegung auch von den imperialistischen Mächten. England z. B. hatte nach dem ersten Weltkrieg ein reales Interesse an der Existenz jüdischer Bevölkerungsgruppen im arabischen Raum als Schutz für den vor allem von britischen Schiffen benutzten Suez-Kanal.[3] Im Jahre 1917 waren mehr als 90 Prozent der Bevölkerung Palästinas Araber. Die Invasion Palästinas durch die verschiedenen zionistischen Gruppen wurde mit Waffengewalt und wirtschaftlichen Druckmitteln betrieben. Die arabischen Bauern wurden von ihrem Land vertrieben, beraubt, getötet, ausgebeutet. Der praktizierte Zionismus ist also eine **kolonialistische** Bewegung. Der ehemalige Staatschef Israels, Ben Zwi, bemerkte, daß die zionistische Führung bereits vor 1909 die Anwendung von Gewalt als einzigem Mittel zur Errichtung des jüdischen Staates in Betracht zog: „In Blut und Feuer ist Judäa gefallen, in Blut und Feuer soll es wieder auferstehen." Also auch **Militarismus** ist ein Wesenzug des Zionismus. Ein weiteres Merkmal ist der **Chauvinismus.** Die Diskriminierung der arabischen Bevölkerung, Herrenmenschbewußtsein und die Mißachtung der Menschenrechte erleichterte die Ausbeutung der palästinensischen Araber, verhinderte eine Solidarisierung von jüdischem und arabischem Proletariat gegen die Ausbeuterklasse.

Entstehung des Staates Israel

Voraussetzung für die Gründung des Staates Israel war neben der Verbreitung der zionistischen Ideologie und der daraus resultierenden Einwanderung in den arabischen Raum auch die enge Zusammenarbeit des Weltzionismus mit den USA, die den englischen Imperialismus aus seinen Machtpositionen im Nahen Osten ver-

1 W. I. Lenin, Werke Bd. 29, Berlin, S. 239.
2 Leo Pinsker, „Autorenemanzipation", Stuttgart 1882.
3 Vgl. Facit Reihe 12, Israels Verflechtung mit dem Imperialismus, Dortmund 1972.

drängen wollte. Der Imperialismus hatte nach dem zweiten Weltkrieg ein starkes Interesse daran, geeignete Basen für seine Roll-back-Politik gegen die sozialistischen Staaten zu schaffen. Dazu war aus strategischen Gründen Israel der ideale Ausgangspunkt, das sich selbst zum imperialistischen Aggressor auch gegen die Nachbarländer entwickelte. Die Unterstützung Israels seitens der imperialistischen Hauptmächte richtet sich unmittelbar gegen die sozialistischen Staaten sowie gegen die sich entwickelnde antiimperialistische Bewegung im arabischen Raum, in denen der Imperialismus, vor allem die USA, den Verlust der profitablen Erdölquellen befürchtet.

„Am 29. Januar 1947 beschloß die UN-Vollversammlung – allerdings ohne Befragung der Palästinenser – in Palästina, das noch unter britischer Kolonialmacht stand, zwei Staaten zu errichten: einen jüdischen und einen arabischen. Gegen den Beschluß riefen am 14. 5. 1948 – 24 Stunden vor Ablauf des britischen Mandats – die herrschenden Kreise des jüdischen Großkapitals den Staat Israel aus."[4] Gehandelt wurde damals wie heute nach dem Prinzip der „Schaffung von Tatsachen": 1914 lebten in Palästina etwa 600 000 Araber und 120 000 Juden. Von 1936 bis 1939 wurden etwa 30 000–40 000 Araber getötet und etwa 20 000 interniert. Bis Ende 1949 wurden etwa 940 000 Araber gewaltsam vertrieben, nur etwa 160 000 blieben.[5] Im Krieg zwischen Israel und der Arabischen Liga, der 1949 mit einem Waffenstillstand ohne Friedensschluß endete, annektierten die Israelis zusätzlich fast 6700 Quadratmeter arabischen Bodens und vertrieben gut eine Million Palästinenser.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: 1. Die Ideologie des Antisemitismus und des Zionismus haben ähnliche Wurzeln und den gleichen Zweck: „Wenn dieser den Kapitalismus zu bekämpfen behauptet, indem er die Juden verfolgt, so behauptet jener die Juden zu schützen, indem er den Kapitalismus durch dick und dünn verteidigt."[6]

2. Die Rolle Israels kann nur im Rahmen der Globalstrategie des Imperialismus gesehen werden; im Nahen Osten treffen politische und ökonomische Interessen des Imperialismus auf die nationalen und sozialen Interessen der arabischen Völker.

Entstehung des palästinensischen Widerstandes

Die erste Phase des palästinensischen Widerstandes gegen die jüdische Einwanderung war wenig erfolgreich, da zum einen die Führung, die sich aus der nationalen arabischen Bourgeoisie rekrutierte, nicht in der Lage war, dem Widerstand eine über die antizionistische hinausgehende antiimperialistische Stoßrichtung zu geben. Zum anderen hatte sich das internationale Kräfteverhältnis noch nicht in dem Maße zugunsten der Befreiungsbewegungen entwickelt.[7]

4 25 Jahre Israel, Eigendruck MSB Spartakus, Bremen.
5 Jakob Goldberg, Der Nahost-Konflikt, Frankfurt 1972.
6 Franz Mehring, Zeitschrift „Berliner Korrespondent".
7 Vgl. dazu: S. Hadawi, Bittere Ernte, Palästina 1914–1967, Rastatt 1968, S. 28 f.; S. Ibrahim, Der Palästinensische Widerstand, in: AIB 5/73, Marburg, S. 17 ff.; ders.: Zur Genesis des palästinensischen Widerstandes, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/73 Köln, S. 517 ff.; N. Ashab, Der palästinensische Aspekt der Nahostkrise, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 4/74, Prag, S. 523 ff.

Einen neuen Aufschwung erlebte die Befreiungsbewegung, nachdem Israel den UN-Teilungsplan ignorierte. Die überwiegende Mehrzahl der Palästinenser setzte allerdings noch ihre Hoffnung auf die arabischen Regimes, von denen sie sich und ihre Sache vertreten glaubten. Diese Tendenz wurde noch durch die Machtübernahme fortschrittlicher Kräfte im Irak und in Syrien verstärkt und dadurch, daß 1964 die PLO durch die arabischen Staatschefs ins Leben gerufen wurde, um die palästinensischen und arabischen Massen weiterhin ruhigzuhalten. Denn bereits 1954 hatten palästinensische Studenten und Intellektuelle in Kairo die Gründung einer nationalen Befreiungsorganisation in Erwägung gezogen. In der Folgezeit gab es immer wieder Ereignisse, die sie in ihrem Vorhaben bestärkte, z. B. die Besetzung des Gaza-Streifens durch Israel 1956. 1958 begannen die Palästinenser dann mit dem Aufbau eigener, zunächst geheimer Organisationen.[8] Im Jahre 1965, dem Gründungsjahr der Bewegung zur Befreiung Palästinas, Al-Fateh, folgte dann die erste militärische Aktion, die die arabischen Massen begeisterte: Als Israel das Wasser des Jordans umzuleiten versuchte, sprengte ein Kommando der Al-Fateh die Pumpstation, die das Wasser umleiten sollte.

Neben der PLO, deren Vorsitzender damals Shukairi war, und der Al-Fateh entstand kurze Zeit später die Palästinensische Befreiungsfront (1959), die Shabab-Al-Thaar (Jugend der Rache, 1964) und Abtal Al-Auda (Helden der Rückkehr, 1966). Diese Organisationen schlossen sich nach dem Juni-Krieg 1967 zur Volksfront zur Befreiung Palästinas (PELP) unter Dr. George Habbash, die zumindest bis 1969 für eine Reihe von Flugzeugentführungen verantwortlich zeichnete, zusammen.

Obwohl nun einige Initiativen vorhanden waren, machte erst die arabische Niederlage von 1967 den palästinensischen Massen deutlich, daß die arabischen Regimes nicht in der Lage waren, ihre Interessen durchzusetzen. In dieser Phase begannen die palästinensischen Organisationen, vor allem die Al-Fateh, die Bewohner der Flüchtlingslager zu aktivieren. „Die Waffen holte man sich auf den Schlachtfeldern des Juni-Krieges: Man sammelte die von den arabischen Soldaten weggeworfenen Waffen ein . . ."[9] Anfang 1968 führte dann u. a. die Al-Fateh, die syrisch-baathistische Al-Saika und die Front des palästinensischen Widerstandes in Kairo den I. Kongreß des palästinensischen Widerstandes durch und beschlossen eine Nationalcharta, in der sie Grundprinzipien, Ziele und Strategie der Bewegung festlegten. In dieser Charta verankerten sie auch das Ziel der Schaffung eines unabhängigen, demokratischen Staates Palästina sowie das Ziel der Schaffung einer Einheitsfront des Widerstandes und die Gewinnung der internationalen Solidarität.[10]

Die Schlacht um das Dorf Karameh im Jordantal zwischen der israelischen Armee und Fateh-Kämpfern, bei der die israelischen Panzer zurückgeschlagen wurden, war den palästinensischen und arabischen Massen Beweis genug dafür, daß Israel nicht unschlagbar ist. Die Erfolge des palästinensischen Widerstands gaben

8 Vgl. S. Ibrahim, a. a. O. (Blätter), S. 526 f.
9 H. M. Dudin, Extra-Dienst vom 21. Juni 1974, Westberlin, S. 17.
10 Vgl. G. Kurshid, Handbuch des palästinensischen Widerstandes, in: Palästina – Bücher Nr. 32 (englische Ausgabe), Hrsg. Forschungszentrum der PLO, Beirut 1971, S. 11, zit. nach: S. Ibrahim, a. a. O. (Blätter), S. 528 f.

ihnen das durch die Niederlage im Juni-Krieg angeschlagene Selbstbewußtsein zurück.

Der Sieg von Al-Karameh war zugleich Initialzündung für die Gründung zahlreicher Organisationen, von denen heute noch Al-Saika (Avantgarde des Volksbefreiungskrieges), die irakisch-baathistische arabische Befreiungsfront (FLA), die maoistische Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (FPDLP) und das PFLP-Generalkommando von Bedeutung sind. FPDLP und FPLP-Generalkommando – die sich beide vorwiegend durch Selbstmordaktionen wie die Besetzung der Schule in Maalot und der israelischen Siedlung Kyriat-Schmoneh hervortun – entstanden aus einer Spaltung des PFLP. In dieser Zeit begann zugleich die Phase der politischen Konsolidierung der PLO, auf deren IV. Nationalkongreß im Jahre 1968 Yassir Arafat zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees gewählt wurde. Al-Fateh und andere Organisationen wurden 1969 auf dem V. Kongreß in die PLO aufgenommen. Das Erstarken der palästinensischen Revolution, die realistischere Strategie der PLO als z. Z. des kleinbürgerlichen Shukairis, der drohte, die Israelis ins Meer zu treiben, sowie die Bildung des Kommandos des palästinensischen bewaffneten Kampfes (CLAP) durch alle Organisationen außer der PFLP machten dem Imperialismus und der arabischen Reaktion die Notwendigkeit der Liquidierung des Widerstandes deutlich, wozu sie sich des hashemitischen Thrones bedienten. Einige spektakuläre Flugzeugentführungen zum Vorwand nehmend, begann Hussein 1970 mit bewaffneten Aktionen gegen die Palästinenser, die in einem Bürgerkrieg und Massakern an den Fedajin mündeten, denen etwa 20 000 von ihnen zum Opfer fielen. Syrien war das einzige Land, das zugunsten der Palästinenser intervenierte.

Diese Niederlage und auch die militärischen Operationen der libanesischen Regierung, die von den palästinensischen Einheiten erfolgreich zurückgeschlagen werden konnten, trugen in der PLO zur Herausbildung eines realistischen Kurses bei, der zugleich die internationale Anerkennung förderte. Die Distanzierung der PLO von den Kräften, die spektakuläre Einzelaktionen und Flugzeugentführungen durchführten, die „der palästinensischen Sache schadeten, die Söldner anheuerten und Geld aufwandten, um den gerechten Kampf zu unterminieren und das zivilisierte Gesicht unseres Volkes zu verzerren, während sie selbst ihre kriminellen Akte unter falschen Schlagworten verbargen",[11] mußten endlich von den imperialistischen Massenmedien zur Kenntnis genommen werden. Innerhalb des arabischen Volkes von Palästina gewinnen immer mehr die Kräfte an Einfluß, die ihre realistische Strategie mit einer klaren politischen Ausrichtung verbinden – hierzu gehört auch die 1970 von Vertretern der kommunistischen Parteien Iraks, Syriens, Jordaniens und des Libanons gegründeten Al-Ansar, die sich im Gegensatz zu den maoistischen und kleinbürgerlich-anarchistischen Gruppierungen nicht von den Massen isolieren, sondern den demokratischen Massenkampf und die Aktionseinheit aller am Befreiungskampf Beteiligten zum unbedingten Prinzip erheben. Der Arbeit dieser Gruppen ist es zu verdanken, daß Bestrebungen von Kräften wie jenen, die auf die Massaker Husseins mit den Wahnsinnsaktionen des „Schwarzen September" antworteten, heute angesichts des israelischen Terrors

11 FR vom 25. November 1974, S. 2.

gegen die Flüchtlingslager im Libanon der Boden entzogen ist, und daß die PLO in den besetzten Gebieten präsent ist, dort den Kampf der Massen anleitet. Nur diese unermüdliche Arbeit machte es möglich, daß die PLO vor der UNO die Probleme und Ziele des arabischen Volkes von Palästina darlegen konnte.

Zur politischen Entwicklung nach dem Oktoberkrieg

Im Oktoberkrieg des Jahres 1973 stand zum ersten Male in der Geschichte des Nahostkonfliktes eine weitgehend einheitliche Kampffront entgegen: „Erstmalig während der ganzen Geschichte der Kriege mit Israel wurde eine Koordinierung der Aktionen zwischen der ägyptischen und der syrischen Front erreicht. Den Armeen dieser zwei Länder schloß sich später die irakische Armee an. An den Kämpfen beteiligten sich auch die Armeekontingente anderer arabischer Länder. Die Einheit der arabischen Völker wurde mit Blut besiegelt. Irak und Syrien, Ägypten und Algerien, das demokratische Jemen wurden zum Zentrum des antiimperialistischen Zusammenschlusses, bei dem die Kommunisten und andere fortschrittlichen Kräfte eine erstrangige Rolle spielten. Aus Furcht vor dem Zorn der eigenen Völker konnten die reaktionären arabischen Regimes nicht abseits von dieser Welle der Solidarität bleiben."[12]

Das daraus resultierende einheitliche Auftreten auch in der Erdölfrage führte dazu, daß auch die Staaten der EG ihre Haltung überprüfen mußten und hinsichtlich der Einschätzung der Palästina-Frage realistischere Einschätzungen deutlich wurden. Auch innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung kam es vor dem Hintergrund dieser Solidarität zu einer Überprüfung bisheriger Positionen. Auf der Tagung des Palästinensischen Nationalrates im Juli des Jahres 1974 wurde ein Programm verabschiedet, in dem eine veränderte Haltung gegenüber dem Existenzrecht des jüdischen Volkes und der Frage der Lösung des Konfliktes zum Ausdruck kam. Die PLO entwickelte ein Programm der etappenweise politischen Lösung des Konfliktes. Das führte dazu, daß die anarchistische, teilweise chauvinistische Gruppierung unter Führung von George Habbash sich aus der PLO zurückzog.

Die rege Reisetätigkeit Kissingers im Verlauf des vergangenen Jahres führte zu einem Abbröckeln der einheitlichen arabischen Front, wobei allerdings die Möglichkeit eines erneuten Erdölboykotts auch die USA dazu zwang, das Lebensrecht des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Diese Haltung drückt sich auch in dem Abschlußkommuniqué, das anläßlich des Besuches Präsident Nixons in der SU verabschiedet wurde, deutlich aus. Es heißt in diesem Kommuniqué: „Die Seiten sind der Ansicht, daß die Beseitigung der Kriegsgefahr und der Spannung im Nahen Osten eine Aufgabe von erstrangiger Bedeutung und Dringlichkeit ist, und daß die einzige Alternative die Erreichung einer gerechten und dauerhaften Friedensregelung auf der Grundlage der Sicherheitsratsresolution 338 ist, wobei die legitimen Interessen aller Völker des Nahen Ostens, einschließlich des palästinensischen Volkes, sowie das Recht auf Existenz aller Staaten des betreffenden Raumes berücksichtigt werden müssen."[13]

12 Naim Ashab, Maghoub Osman, Adel Haba, Die arabische Front im Nahostkonflikt, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1/74, S. 11–115, S. 115.
13 Aus dem Wortlaut des Moskauer Abschlußkommuniqués, DVZ 28, 11. Juli 1974.

Die Haltung Jordaniens in diesem Konflikt

Entscheidender Hinderungsgrund für die Fortführung der Genfer Nahost-Konferenz war die Haltung Israels und Jordaniens gegenüber der Frage der Vertretung des palästinensischen Volkes. Durch den innenpolitischen Druck sowie durch die Vermittlung des ägyptischen Staatspräsidenten Anwar-El-Sadat gelang jedoch, eine Veränderung der Haltung König Husseins zu erreichen. Eine erneute Festigung der Einheit der arabischen Staaten wurde auf der Sitzung der Staatschefs der zwanzig in der arabischen Liga zusammengeschlossenen Staaten erreicht. Einstimmig, mit der Stimme König Husseins von Jordanien, wurde die Organisation für die Befreiung Palästinas (PLO) als einzig rechtmäßige Vertreterin des Palästinensischen Volkes anerkannt. Es kam zu Verhandlungen zwischen Arafat und Hussein in der jordanischen Hauptstadt. Am 9. 11. 1974 schließlich, nachdem die PLO von der UNO eingeladen worden war, verzichteten beide Häuser des jordanischen Parlaments formell auf den von Israel besetzten Teil des Landes und sprachen der PLO das Recht zu, nach Abzug der israelischen Truppen auf diesem Gebiet einen Palästinensischen Staat zu errichten. Damit ist ein entscheidendes Hindernis für die Fortführung der Genfer Konferenz ausgeräumt worden.

Mit der Einladung der PLO zur UNO, die mit 105 gegen 4 Stimmen bei 20 Enthaltungen beschlossen wurde, wird das veränderte politische Kräfteverhältnis in der Welt am deutlichsten sichtbar. Die PLO selbst führte zum Abstimmungsergebnis aus: „Wir haben die Vereinten Nationen 1948 als Flüchtlinge verlassen, heute kehrt die PLO als politische Kraft zurück."[14]

Dieser Erfolg konnte durch die wachsende Einheit der antiimperialistischen Bewegung, das feste Bündnis mit den sozialistischen Staaten und die Konsolidierung der PLO selbst erreicht werden.

Yassir Arafat erklärte am 13. 11. 1974 vor der UN-Vollversammlung: „... Die Einladung an die PLO zur Teilnahme an der Debatte ist genauso ein Sieg für die Weltorganisation wie ein Sieg für unser Volk." In seiner Rede vor der UNO ging Arafat ausdrücklich auch auf die Rechte der jüdischen Bevölkerung ein: „In meiner Eigenschaft als Vorsitzender der PLO und als Chef der palästinensischen Revolution erkläre ich hier, daß wir in unsere Perspektive für ein zukünftiges Palästina alle die Juden mit einschließen, die heute in Palästina leben und die sich dafür entscheiden, mit uns zusammen in Frieden und ohne Diskriminierung leben zu wollen."[15]

Im Verlauf der Debatte, in der der israelische Vertreter Tekoah die PLO in aggressivster Weise als „Gangster" und „Mörderbande" bezeichnete, kritisierten die verschiedenen arabischen Staaten die Unterdrückungspolitik der Israelis in den von ihnen besetzten Gebieten sowie ihre Übergriffe auf fremde Territorien. So der libanesische Staatspräsident Franshije: „Wir beherbergen – wie es unsere Pflicht ist – Hunderttausende unserer palästinensischen Brüder, die von Israel mit nicht zu rechtfertigender und so oft von verschiedenen internationalen Organisationen kritisierter Gewalt verfolgt werden."[16] Während und nach der UN-De-

14 UZ, 15. November 1974.
15 DVZ, 21. November 1974, S. 5.
16 UZ, 16. November 1974.

batte wurden neue Übergriffe auf libanesisches Gebiet gemeldet, Israel droht neuerdings sogar mit der Anwendung von Atomwaffen (FR, 3. 12. 1974).

Kurz vor Ablauf des Mandates der UN-Truppen im November 1974 mobilisierte Israel seine Streitkräfte. Die Gefahr eines erneuten Angriffs der Israeli konnte nur durch die inzwischen erfolgte Einigung der USA mit der Sowjetunion über die Fortführung der Genfer Konferenz verhindert werden.

Zur Situation in Israel

Die Politik Israels stößt in Israel selbst auf einen zunehmenden breiter werdenden Widerstand. Etwa 50 Prozent des gesamten Haushaltes werden allein für militärische Zwecke ausgegeben. Obwohl die israelische Regierung riesige Kredite von der US-Regierung und zusätzliche Mittel von den zionistischen Organisationen erhält, klaffte im letzten Haushalt eine riesige Lücke. Im November kam es in Israel zu großen Streiks gegen die restriktive Lohn- und Preispolitik. Der Vorsitzende der KP Israels, Meir Vilner, prangerte die Regierung vor der Knesset mit folgenden Worten an: „Die Lösung auch für die schweren wirtschaftlichen Probleme liegt nicht in wahnwitzigem blutigem Luftterror und Eskalation der Rüstung, sondern in einer tatsächlichen Friedenspolitik, welche Israel aus der Isolierung von seinen arabischen Nachbarn, von den Völkern Asiens und Afrikas, von der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten herausführen wird. Nicht im Höherhängen des Brotkorbes der werktätigen Familien liegt die Zukunft Israels, sondern in normalen friedlichen Beziehungen – einschließlich Handelsbeziehungen – zu den Nachbarvölkern und den anderen oben genannten Staaten.“[17]

Die KP Israels unterstützt die Bestrebungen des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung. Sie ist die konsequenteste Kraft in Israel, die sich für eine gerechte Lösung des Konfliktes im Interesse aller Beteiligten einsetzt. Sie fordert die Anerkennung der PLO von der Regierung und tritt für die Fortführung der Genfer Konferenz unter Beteiligung der PLO ein.

Haltung der Bundesregierung zum Nahostkonflikt

Es wird deutlich, daß der Widerstand gegen die iraelische Aggressionspolitik weltweit wächst, nur noch wenige Staaten ergreifen offen Partei für Israel. Zu ihnen gehört die Bundesrepublik. Die Bundesregierung hat trotz wiederholter Beteuerungen über die Notwendigkeit einer gerechten Lösung des Konfliktes kaum wirkliche Anstrengungen in Richtung auf Verwirklichung dieses Anspruches unternommen. So enthielt sich die Bonner UN-Delegation bei der Abstimmung über die Einladung der PLO zur UNO der Stimme. Sie begründete das mit mangelnder Information über die PLO (!). Bei der Abstimmung über einen Beobachterstatus für die PLO bei der UNO enthielt sie sich ebenfalls, wie auch bei der Abstimmung über die Resolution, in der den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung zugesprochen wurde. Diese Enthaltungen wurden im ersten Fall damit begündet, daß nur Staaten den Beobachterstatus erhalten sollten und zur zweiten Abstimmung, daß die Existenzberechtigung Israels nicht in der Resolution enthalten sei.

17 UZ, 19. November 1974.

Beide Argumente sind gleichermaßen unglaubwürdig und fadenscheinig. Die DVZ schreibt in ihrer Ausgabe vom 28. November 1974 dazu: „Dazu ist zu sagen, daß der Staat Israel seit seiner Gründung anerkanntes Mitglied der Vereinten Nationen ist. Es bedarf daher keineswegs einer ständig wiederholten Bestätigung der Existenzberechtigung dieses Staates, die ein für allemal mit der UNO-Aufnahme Israels anerkannt worden war ... Was den Beobachterstatus für die PLO betrifft ... ist völlig unerfindlich, was die Bundesregierung, die für sich selbst den Beobachterstatus bei der UNO in Anspruch nahm, dazu berechtigte, jahrelang Himmel und Hölle in Bewegung zu setzen, um der DDR diesen Status zu verweigern, obwohl es sich doch um eine etablierte Regierung handelte.“[18]

Die Aussagen der Bundesregierung zu diesem Problem beweisen, daß zwar in Worten (wohl unter dem Druck der arabischen Erdölländer) den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung zugestanden wird, daß aber daraus in den Handlungen keinerlei Konsequenzen folgen. Nach wie vor unterstützt die Bundesregierung die aggressive Politik Israels auch mit Waffenlieferungen und Technikern, die beim Aufbau von Kernreaktoren behilflich sind.

An der Debatte über die Selbstbestimmungsfrage für das palästinensische Volk wurde das veränderte Kräfteverhältnis am deutlichsten. Die imperialistischen Staaten, die immer mehr isoliert werden, versuchen mit aller Macht die Entwicklung zugunsten der Befreiungsbewegungen und der sozialistischen Länder zurückzudrehen. Die Genfer UN-Debatte jedoch schon bewies die Erfolglosigkeit dieser Bemühungen: Das einige Vorgehen der jungen Nationalstaaten mit den Befreiungsbewegungen und den sozialistischen Ländern sowie den antiimperialistischen Bewegungen der kapitalistischen Länder ist der sicherste Garant für eine gerechte Lösung des Nahostkonfliktes.

18 DVZ, 28. November 1974.

Wolfgang Ritter

Vietnam – Brennpunkt des internationalen Klassenkampfes

I. Die Bedeutung des Vietnam-Konflikts im internationalen Geschehen – der historische Sieg des vietnamesischen Volkes

Als Kissinger am 27. Januar 1973 in Paris das Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam unterzeichnete, war dies das sichtbare Eingeständnis der vorerst schwersten Niederlage im militärischen und politischen Bereich für eine imperialistische Führungsmacht seit Beendigung des zweiten Weltkrieges. Der Ausgang des 33jährigen Krieges, der als eine der wichtigsten Klassenauseinandersetzungen im 20. Jahrhundert zu sehen ist, bestätigte damit vollauf die Einschätzung, die bei der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 in Moskau getroffen wurde: „Ein Volk, das konsequent den Kampf gegen den Imperialismus, um Freiheit und Unabhängigkeit führt und die Sowjetunion sowie die Friedenskräfte in der ganzen Welt an seiner Seite hat, ist unbesiegbar."[1]

Das wird um so deutlicher, wenn man sich noch einmal die strategischen und taktischen Ziele der USA vor Augen führt.

Die Hauptstoßrichtung der amerikanischen Globalstrategie richtet sich eindeutig auf die Zurückdrängung, Aufspaltung und schließliche Liquidierung des sozialistischen Weltsystems. Hat die Stärke der sozialistischen Staaten den Imperialismus in Europa als dem Schwerpunkt der Klassenauseinandersetzung auch zu einem „flexiblen Herangehen" unter Vermeidung der offenen militärischen Konfrontation gezwungen, so versucht er in Asien, wo ebenfalls Grundinteressen sozialistischer Staaten berührt werden, durch eine Kombination aller Mittel bis zur militärischen Aggression, unter Ausnutzung der abenteuerlichen Politik der Maoisten, an Boden zu gewinnen. Dabei spielen die strategische Schlüsselstellung (lange Grenzen zum Sozialismus, Beherrschung der Meere) und die gewaltigen wirtschaftlichen Möglichkeiten Südostasiens eine besondere Rolle.

Gleichzeitig wollten die Amerikaner in Vietnam exemplarisch demonstrieren, daß sie jederzeit in der Lage seien, nationalrevolutionäre Befreiungsbewegungen zu unterdrücken. Die Zerschlagung der nationalen Befreiungsbewegung wurde dabei als Bestandteil des Kampfes gegen den Kommunismus gefaßt. So Dean Rusk 1965: „Was ist ein nationaler Befreiungskrieg? Es ist im Grunde jeder Krieg, der die kommunistische Weltrevolution fördert."[2]

Als abzusehen war, daß ihre Ziele nicht so schnell zu erreichen waren, half auch die Eskalation der Aggression nach Laos und Kambodscha nichts, im Gegenteil, die Kampfsolidarität der drei indochinesischen Völker wurde zu einem Garanten

1 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 in Moskau, Prag 1969, S. 52
2 Dean Rusk, Antworten auf Schlüsselfragen Vietnam, USNews and World Report, 10 Mai 1965, zit. nach: Wünsche/Weidemann, Vietnam – Land im Süden, S. 70

der Niederlage für die USA. Schließlich wurden die USA gezwungen, in Vietnam, das vier amerikanische Präsidenten als „Testfall" ansahen, ihr direktes und offenes militärisches Engagement einzustellen.

An der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens offenbart sich plastisch das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt, die historische Defensivposition des Imperialismus auf der einen und die historische Offensivposition der Kräfte des Sozialismus auf der anderen Seite. Wie in dieser Situation die antiimperialistische Revolution vorangetrieben und ein Weltkrieg verhindert werden kann, beschreibt Le Duan, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen Vietnams: „Das grundlegende Interesse des Proletariats, der Völker und der Nationen der ganzen Welt besteht darin, zugleich den Weltfrieden zu erhalten und die Revolution in den verschiedenen Ländern voranzutreiben. Diese Ziele sind organisch miteinander verbunden, wobei das eine die Voraussetzung für das andere ist; sie sind beide vollständig dann realisierbar, wenn es den Kommunisten gelingt, entschlossen aus der strategischen Offensivstellung der Weltrevolution heraus eine vereinte Front aller für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus kämpfenden Kräfte zu schaffen und wenn sie entschlossen sind, jeden von den Imperialisten angezettelten Aggressionskrieg zurückzuschlagen, jedes politische Manöver, jedes ihrer kriegerischen Komplotte zu durchkreuzen, um den Imperialismus Schritt für Schritt zurückzudrängen, ihn Stück für Stück zu schlagen und schließlich zu stürzen."[3] Insgesamt wurde die imperialistische Führungsmacht auf mehreren Ebenen geschwächt.

Militärische Bilanz

„Das militärische Fiasko der imperialistischen Führungsmacht findet seinen Ausdruck ferner darin, daß über 56 000 amerikanische Soldaten fielen und mehr als 300 000 verwundet wurden."[4] Das entspricht zwei Drittel des Höchstbestands der amerikanischen Truppen in Indochina.

Die Wirksamkeit der von der Sowjetunion gelieferten Waffen in den Händen der Freiheitskämpfer zeigt sich am Verlust von 8500 Flugzeugen, das sind 30 Prozent der amerikanischen Kriegsflugzeuge (!!).

Auch militärstrategisch war die Niederlage gravierend. „Der ‚Spezialkrieg' Kennedys, der ‚lokale Krieg' Johnsons und das mit eskaliertem Bombenterror kombinierte ‚Vietnamisierungs'-Programm Nixons"[5] scheiterten. Am 29. März 1973 mußte die letzte Einheit des Expeditionskorps der amerikanischen Armee Südvietnam verlassen; damit wurde der 115jährigen Anwesenheit fremder Truppen auf vietnamesischen Boden ein Ende gesetzt.

Das trifft die USA um so mehr, als sie das bisher gewaltigste Kriegspotential seit 1945 aufgeboten hatten. Trotz ihrer „militärischen, technischen, ökonomischen, bevölkerungsmäßigen Überlegenheit"[6] waren sie nicht in der Lage, die Befreiungsstreitkräfte in die Enge zu treiben. Im Gegenteil, es zeigte sich eine andere Entwicklung:

3 Le Duan, Die vietnamesische Revolution, VMB, Frankfurt 1973, S. 46
4 H. Rennhack, Auswirkungen des antiimperialistischen Siegers in Indochina auf das internationale Kräfteverhältnis, in: IPW Berichte 6/74, S. 43
5 Ebenda
6 Rennhack, a. a. O., S. 44

„Die Verwendung der Streitkräfte als Aggressionswerkzeug verschärft unweigerlich die sozialen Gegensätze in den Truppen, läßt die Anti-Kriegsaktionen anschwellen und zugleich die Moral sinken, führt zur Verringerung der Kampfkraft und zum Wachsen der Kriminalität."[7] Das Bild der von Rassenauseinandersetzungen und massenhaftem Rauschgiftkonsum zersetzten US-Armee in Vietnam bestätigt diese Feststellung voll und ganz.
Empfindlicher noch als die militärischen Verluste waren jedoch vor allem die politischen Folgen, wodurch insgesamt die strategischen Ausgangspositionen der imperialistischen Hauptmacht für die siebziger Jahre geschwächt wurden.

Innenpolitische Bilanz

Auf ökonomischen Gebiet waren die größte Finanzkrise seit 1931 und eine zyklische Wirtschaftskrise mitten im Krieg (!) kennzeichnend für die Auswirkungen des Indochinakrieges. Dadurch erfuhren jene für den Imperialismus charakteristischen Systemkrankheiten wie Inflation, Arbeitslosigkeit, Massenarmut, Kriminalitätsexplosion usw. eine extreme Zuspitzung. Die Abwälzung der schweren Kriegslasten auf die werktätige Bevölkerung wurde zu einer Treibkraft für die Anti-Kriegsbewegung, die sich nach Umfang, Bedeutung und Wirkung zur größten Massenbewegung dieses Jahrhunderts in den USA entwickelte. Auf diese Weise wurde das für eine Fortsetzung der Aggression notwendige sichere innenpolitische Hinterland entzogen und der Prozeß der sozialen Differenzierung und Polarisierung gefördert. Dadurch konnten dem militärisch industriellen Komplex der USA erstmals seit 1945 auch innenpolitische Grenzen außenpolitischer Gewaltanwendung gesetzt werden, was sowohl das nationale wie das ‚globale Kräfteverhältnis abermals zugunsten der antiimperialistischen Kräfte veränderte. „Jene innere Begrenzung ihres globalen militärischen Handlungsspielraums begünstigte zweifellos wesentlich den Prozeß der schrittweisen Annäherung der USA an die Prinzipien friedlicher Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme."[8]
Somit lieferte die vietnamesische Revolution einen weiteren Beweis: „Die Intensivierung der antiimperialistischen Revolution steht nicht nur nicht im Widerspruch zur Erhaltung des Weltfriedens, sondern erweist sich tatsächlich als eine grundlegende Angriffsrichtung zur wirklich wirksamen Erhaltung des allgemeinen Friedens in der Welt. Umgekehrt stellt auch die Verhinderung des Ausbruchs eines Weltkrieges, die Verteidigung des Friedens, eine Angriffsrichtung gegen den Imperialismus dar, welche zusätzlich objektive Bedingungen für den Fortschritt der Revolution in allen Ländern schafft."[9]

Außenpolitische Bilanz

Das Entstehen einer internationalen Protestbewegung, die sich über die weitgehend spontane moralische Verurteilung hinaus zu organisiertem und koordiniertem Widerstand entfaltete, wurde zu einem weiteren wichtigen Negativposten für die Globalstrategie der USA. „Diese weltweite politische und moralische Isolierung wurde noch verschärft durch massive Kritik und Proteste fast aller amerika-

7 USA — Wirtschaft, Politik, Ideologie; Moskau 3/73, zit. n. Rennhack, S. 44
8 Rennhack, a. a. O., S. 46
9 Le Duan, Die vietnamesische Revolution, a. a. O., S. 47

nischen Verbündeten."[10] (Das besondere Bündnis zwischen US- und BRD-Imperialismus zeigte sich auch hier, da alle Bundesregierungen, einschließlich der des sogenannten ‚Friedenskanzlers' Brandt, kein Wort der Kritik über den barbarischen Völkermord der USA äußerten.)

Die Folgen waren unübersehbar: Verstärkte Krisen in der NATO und Zerfall der aggressiven Militärpaktsysteme SEATO und CENTO in Asien. Damit verkehrte sich ein Ziel des ‚Weltgendarmen', nämlich „unseren Ruf als Schutzmacht zu wahren und auf diese Weise unseren Einfluß in der übrigen Welt zu erhalten"[11] in sein Gegenteil.
Die Kräfte des US-Imperialismus wurden dadurch sowohl in der Konfrontation mit dem Sozialismus als auch in der Auseinandersetzung mit anderen imperialistischen Staaten und Bündnissen (Japan, EWG) geschwächt.

Hinzu kommt, daß die Auswirkungen der Niederlage, wie sie schon die Strategen des Pentagon für Afrika und Lateinamerika vorhersahen, nicht ausblieben. „Wenn man schließlich bedenkt, daß dies der erste wirkliche Test für unsere Entschlossenheit ist, die sogenannten Nationalen Befreiungskriege der Kommunisten niederzuschlagen, so ist die Schlußfolgerung wohl nicht von der Hand zu weisen, daß sich eine Niederlage entsprechend ungünstig auf unser Ansehen in Afrika und Lateinamerika auswirken würde."[12]

Trotz aller Anstrengungen schlug die Errichtung eines globalstrategischen Hindernisses für die nichtkapitalistische Entwicklung weiterer junger Nationalstaaten, wie es die USA geplant hatten, fehl, so daß heute das Beispiel der sozialistischen DRV größte Ausstrahlungskraft für viele Entwicklungsländer besitzt.

Haben die Erfolge des vietnamesischen Volkes in den letzten 40 Jahren zum einen „ihren Ursprung in der weitblickenden Führung unserer Partei, die voll und ganz den übergeordneten Interessen der Arbeiterklasse und der Nation ergeben ist"[13] und in dem „beharrlichen Kampf an drei Fronten — der militärischen, der politischen und der diplomatischen",[14] so beschreibt Le Duan auch die internationalen Faktoren: „Die Erfolge der vietnamesischen Revolution während der letzten vierzig Jahre sind untrennbar verbunden mit der Entwicklung der Weltrevolution in einer neuen Epoche — der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in weltweitem Maßstab —, die durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitet wurde; untrennbar verbunden mit dem glänzenden Sieg der Sowjetunion über die verbündeten deutschen, italienischen und japanischen Faschisten, mit dem großen Sieg der chinesischen Revolution, mit der Überlegenheit des gesamten sozialistischen Lagers, dem bestimmenden Faktor der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, mit der gewaltigen nationalen Befreiungsbewegung, mit dem glühenden Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, mit der weltweiten Bewegung für Demokratie und Frieden."[15]

10 Rennhack, a. a. O., S. 46
11 Die Pentagon-Papiere. Die geheime Geschichte des Vietnamkrieges. München—Zürich 1971, S. 492
12 Die Pentagon-Papiere, a. a. O., S. 270
13 Le Duan, Die vietnamesische Revolution, a. a. O., S. 14
14 Le Duan, Rede auf einer Kundgebung der Werktätigen Moskaus, in: UdSSR — DRV, brüderliche Freundschaft, APN Verl., Moskau 1973
15 Le Duan, Die vietnamesische Revolution, a. a. O., S. 14/15

Als ein wesensmäßiger Ausdruck des proletarischen Internationalismus ist dabei die unentgeltliche Hilfe der Sowjetunion auf allen Ebenen für das vietnamesische Volk zu sehen.

Doch obwohl der Aggressor gezwungen werden konnte, seine Truppen abzuziehen, so ist offensichtlich, daß der US-Imperialismus seine neokolonialistischen Ziele in Südostasien unter Ausnutzung aller seiner allerdings eingeschränkten Möglichkeiten weiterverfolgen will. Ohne verstärkte Anstrengungen kann er nicht gezwungen werden, seine Einmischung in Indochina ganz aufzugeben; dazu ist die „lebenswichtige Stellung, die Südvietnam heute in unserer (des US-Imperialismus — d. Verf.) Konfrontation mit den Kommunisten einnimmt",[16] zu bedeutend, vor allem wenn man die Ölvorkommen in indochinesischen Küstengewässern und den Ausbau der Militärbasen in Thailand miteinbezieht.

Von daher ist der Kampf des vietnamesischen Volkes in eine neue Etappe getreten; so besitzt die militärische Front, obwohl der Kampf dort freilich in Südvietnam noch nicht zu Ende ist, nicht mehr den Stellenwert wie in der Zeit der direkten Intervention, der politische Kampf ist in den Vordergrund getreten.

Trotz der Existenz unterschiedlicher politischer und sozialer Systeme in Vietnam ist die Verteidigung des Vaterlandes als Einheit zu sehen. „Außer dieser gemeinsamen Verpflichtung hat jede Zone noch ihre strategische, revolutionäre besondere Aufgabe, die durch ihre eigenen Bedingungen bestimmt wird."[17]

II. Eine neue Etappe im antiimperialistischen Kampf nach der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens

Aufbau des Sozialismus in der DRV

„Als klar wurde, daß sich die Amerikaner nicht an das Genfer Indochina-Abkommen halten würden, die freien Wahlen im Land verhindern würden und somit die Nachfolge des französischen Imperialismus angetreten hatten, schlug man getrennte Entwicklungswege in beiden Zonen Vietnams ein." Im Norden der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) wurde die Etappe der nationalen und demokratischen Revolution nach der Rekonstruktionsperiode von 1955 bis 1957, in welcher die Kriegsfolgen weitgehend beseitigt und Voraussetzungen für eine planmäßige Wirtschaftsentwicklung geschaffen werden konnten, abgeschlossen."[18]

In dieser Phase des friedlichen Aufbaus von 1954 bis 1964 wurde bereits das Fundament der sozialistischen Wirtschaft geschaffen. „In jener Periode wurde die Agrarreform abgeschlossen und die sozialistische Umgestaltung des Dorfes auf der Grundlage des genossenschaftlichen Zusammenschlusses verwirklicht. Die privatkapitalistische Industrie und der privatkapitalistische Handel wurden durch Schaffung staatskapitalistischer (gemischter) Betriebe umgestaltet. Es vollzog sich auch der genossenschaftliche Zusammenschluß von Gewerbetreibenden,

16 Pentagon-Papiere, a. a. O., S. 270
17 Truong Chin, Zur Globalstrategie der USA, Rede auf dem 3. Kongreß der Vaterländischen Front Vietnams, in: Vietnam Kurier Nr. 360, 14. 2. 72, zit. nach: J. v. Freyberg, Solidarität — Garant des Abkommens über die Beendigung des Krieges in Vietnam, Marx. Blätter 3/73, S. 23
18 J. v. Freyberg, Solidarität — Garant . . . a. a. O., S. 21

Handwerkern und kleinen Händlern. Diese Maßnahmen führten dazu, daß der sozialistische Sektor in allen Zweigen der Volkswirtschaft führend wurde."[19]

Auf der Grundlage sozialistischer Eigentumsverhältnisse wurde 1961 mit dem ersten Fünfjahrplan die planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte angegangen. Die Industrieproduktion stieg von 1954 bis 1964 um mehr als das Achtfache, die landwirtschaftliche Erzeugung um 60 Prozent.[20] Der Anteil der Industrie und des Handwerks am Produktionswert insgesamt erhöhte sich von 1955 bis 1964 von 17,2 Prozent auf 50,3 Prozent, so daß die DRV zu einem Industrie-Agrarland wurde.[21]

Die Erfolge in der Produktion, dem Gesundheitswesen (so z. B. Zahl der Krankenhäuser 1955: 78, 1964: 480; Zahl der Ärzte 1955: 471, 1964: 6470)[22] und im Bildungswesen (als Beispiel: Zahl der öffentlichen Bibliotheken 1955: 1, 1963: 58)[23] waren ein wesentlicher Faktor für die Kampfkraft des vietnamesischen Volkes gegen den Aggressor.

Während des systematischen Zerstörungskrieges gegen die DRV war es notwendig, die Wirtschaft zu dezentralisieren, d. h. jede Provinz in eine autarke Wirtschaftseinheit zu verwandeln, um die lebensnotwendigen Bedürfnisse der Bevölkerung an Nahrungsmitteln, Kleidung und Wohnraum zu sichern. Der barbarische Bombenterror fügte der Wirtschaft jedoch schweren Schaden zu.

Nach der Unterzeichnung des Vietnam-Abkommens ist die vietnamesische Revolution „in eine neue, sehr günstige Periode eingetreten".[24]

Die Partei der Werktätigen formulierte daher folgende Hauptaufgaben: „Geschlossenheit des ganzen Volkes, Kampf für die Erhaltung des Friedens, verstärkte Durchführung der sozialistischen Industrialisierung zum raschen Fortschritt Nordvietnams zum Sozialismus, enge Verbindung zwischen Wirtschaft und Verteidigung, Wachsamkeit gegenüber den Plänen der amerikanischen Imperialisten und ihrer Helfer, allseitige Pflichterfüllung gegenüber dem revolutionären Kampf für Unabhängigkeit und Demokratie Südvietnams auf dem Weg der friedlichen Wiedervereinigung der Heimat, Erfüllung der internationalen Verpflichtungen gegenüber der Revolution in Laos und Kambodscha."[25]

Für die DRV bedeutet dies vor allem, den Aufbau voranzutreiben, mit Hilfe der sozialistischen Länder die materiell technische Basis des Sozialismus zu schaffen. Deshalb ist die Zeit gekommen, „die sozialistische Industrialisierung durchzuführen, die allein die Grundlage neuer Produktionsbeziehungen in der Landwirtschaft festigen kann. Die sozialistische Revolution im Norden Vietnams — das ist vor allem die Verwandlung der Kleinproduktion in sozialistische Großproduktion."[26]

19 Mchitorjan/Rastordujew, Von der Verteidigung zum friedlichen Aufbau, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus 3/74, S. 413
20 Ebenda
21 Siehe diesen: J. v. Freyberg, K. Steinhaus, Dokumente der vietnamesischen Revolution, Bd. 2, Tabellen u. Statistiken, S. 85—94
22 Ebenda
23 Ebenda
24 Le Duan, Eine neue Periode der vietnamesischen Revolution, in: Informationsbulletin (IB) 6/74, S. 16
25 Ebenda
26 Le Duan, Eine neue Periode . . . a. a. O., S. 19

Das Ziel soll erreicht werden durch organisches Kombinieren der Industrie mit der Landwirtschaft bei vernünftig bevorzugter Entwicklung der Schwerindustrie.

Mit dem Zurückschlagen des Imperialismus, der Überwindung des Feudalismus und dem Aufbau des Sozialismus im Norden leistet das vietnamesische Volk einen wichtigen Beitrag zur Umgestaltung der Welt in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab. „Durch den Aufbau des Sozialismus, durch die völlige Zerschlagung des Zerstörungskrieges, den die amerikanischen Imperialisten gegen den Norden entfesselt haben, und durch den Ausbau des Nordens zu einem großen Hinterland, das geeignet ist, alle seine Verpflichtungen gegenüber der großen Front des antiamerikanischen Kampfes im Süden zu erfüllen, hat unser Volk die größte Erkenntnis unserer Epoche auf die lebendigste Weise angewendet und bestätigt, und zwar die, daß heute nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus nicht voneinander getrennt werden können."[27]

Der Kampf im Süden gegen den amerikanischen Neokolonialismus und für die Einhaltung des Pariser Vietnam-Abkommens

Mit dem Ziel, den Süden zu befreien, Demokratie, Unabhängigkeit, Frieden und Neutralität zu erlangen und schrittweise die friedliche Wiedervereinigung zu vollziehen, und unter dem Leitprinzip, alle Kräfte, die dazu bereit waren, im Kampf gegen US-Imperialismus und Marionettenregierung zusammenzuschließen, wurde 1960 die südvietnamesische Nationale Befreiungsfront (FNL) gegründet. Die große Breite dieser Volksfront war auch das Resultat der brutalen Unterdrückung fast aller Klassen und Schichten des vietnamesischen Volkes durch den US-Imperialismus und seine Marionetten.

Die ständige Erweiterung und Festigung der befreiten Gebiete und die offizielle Anerkennung der Befreiungsfront durch viele Staaten und Organisationen führten 1969 zur Bildung der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam.

Nach der Unterzeichnung des Vietnam-Abkommens, in dem die Existenz der PRR von allen beteiligten Seiten ausdrücklich anerkannt wurde, stellte sich für die PRR eine aktuelle Aufgabe: „Einen entschiedenen Kampf für die strikte und unentwegte Erfüllung des Pariser Abkommens zu führen, damit das Volk seine sehnlichen und gerechtfertigten Wünsche verwirklichen kann, nämlich im Geiste der nationalen Aussöhnung und Verständigung ein friedliches, unabhängiges, demokratisches Südvietnam aufzubauen."[28]

In den befreiten Gebieten nahm das Leben nach der Unterzeichnung des Abkommens einen weiteren Aufschwung auf allen Gebieten, so im Bildungswesen (allein in der Provinz My Tho im Mekong Delta wurden in 43 Dörfern und 93 Weilern Schulen gebaut. Im September 1974 gab es dort insgesamt 275 Schulen für fast 8000 Schüler), im Gesundheitswesen (in Zentral-Trung-Bo z. B. wurden seit der Unterzeichnung 1000 Krankenpfleger ausgebildet) und in der Landwirtschaft (Tau-

27 Le Duan, Die vietnamesische Revolution, a. a. O., S. 22
28 Interview mit Nguyen huu To, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus 4/74, S. 507

sende Hektar Land wurden kultiviert oder wiederhergestellt, in einigen Bereichen ist bereits in den ersten 9 Monaten dieses Jahres der Ertrag des gesamten letzten Jahres erreicht worden).[29]

Ein völlig anderes Bild bietet sich in den von der Saigoner Verwaltung und ihrem Diktator Thieu beherrschten Gebieten. Korruption, Inflation, Massenarbeitslosigkeit, die Einkerkerung über 20 000 politischer Gefangener, der Rückgang der Produktion um 30 Prozent seit Anfang 1974, das Elend der Bevölkerung beweisen die Volksfeindlichkeit, den brutalen Terror und den Ausverkauf nationaler Interessen an die USA durch das Thieu-Regime.[30]

Die Truppen Thieus, der nie einen Hehl daraus machte, das Pariser Abkommen sabotieren zu wollen, unternahmen vom 28. Januar 1973, dem Tag, an dem der Waffenstillstand beginnen sollte, bis August 1974 51 337 Angriffsaktionen auf Gebiete der PRR und 317 208 „Befriedungs„-Razzien in der Saigoner Zone, um die Bevölkerung einzuschüchtern und zu terrorisieren.[31] Adelbert Weinstein, selbst Militärstratege des Imperialismus, erklärt den Zweck der Überfälle: „Ihr (der Saigoner Armee – d. Verf.) taktischer Einsatz ist eine getreue Kopie des amerikanischen militärischen Verfahrens ... mit Flugzeugen transportierte Verbände, unterstützt von Bombern und schwerer Artillerie, greifen überall dort zu, wo sich der Gegner rührt. Ziele sind Zonen und Dörfer. Die flächendeckenden Waffen zerstören. Sie nehmen dem Gegner mit einer Strategie der verbrannten Erde die politische Basis. Die flüchtende Bevölkerung wird in Lagern aufgefangen. Dort ist sie neutralisiert. Sie kann indoktriniert werden."[32]

Doch auch in seinem Herrschaftsbereich verletzt Thieu jegliche Bestimmungen des Abkommens. Die Unterdrückung aller demokratischer Freiheiten, die Inhaftierung 200 000 politischer Gefangener, deren Zahl von Januar 1973 bis August 1974 um 50 000 gestiegen ist, und die zum großen Teil der „Dritten Kraft" angehören, sollen verhindern, daß Artikel 12 des Abkommens verwirklicht wird: Die Bildung des Nationalen Rates der nationalen Versöhnung und Eintracht aus drei gleichen Komponenten (PRR, Dritte Kraft, Saigoner Verwaltung), der die Herbeiführung der nationalen Versöhnung und Eintracht sowie die Sicherung der demokratischen Freiheiten fördern soll; danach soll er allgemeine und freie Wahlen organisieren. Denn daß die Wahlen, die Thieu von Zeit zu Zeit unter den Maschinengewehren seiner Truppen abhalten läßt, nicht die Meinung des Volkes widerspiegeln, fiel sogar den Berichterstattern der bürgerlichen Presse in der BRD auf.

Allerdings kann Thieu seine Politik der totalen Sabotierung des Abkommens nur im Einklang und mit der Unterstützung der USA betreiben, welches die Hilfe der USA, dem „Brennstoff für den Krieg Saigons"[33], beweist.

In Artikel 7 des Abkommens heißt es: „Von Inkrafttreten des Waffenstillstandes bis

29 Siehe South Vietnam in Struggle, Zentralorgan der FNL, Nr. 273 vom 4. Nov. 74, S. 3
30 Zum Zusammenbruch der Wirtschaft im Saigoner Gebiet ist jetzt eine Broschüre von Thomas Wildgruber erschienen. Über die aktuelle Lage in Südvietnam hat das „Komitee zur Wahrung der Rechte der Vietnamesen in der BRD" eine Broschüre erstellt. Beide sind zu beziehen über IIVS, Frankfurt/M., Eichwaldstraße
31 South Vietnam in Struggle 269, S. 2
32 A. Weinstein, Phasenwechsel in Vietnam, FAZ vom 20. 3. 73, zit. nach: J. v. Freyberg, Solidarität – Garant des Abkommens ... a. a. O., S. 20
33 Van Duc, Die Hilfe der USA oder – Brennstoff für den Krieg Saigons, in: AIB Nr. 11/12 74, S. 28

zu der in den Artikeln 9b und 14 dieses Abkommens vorgesehenen Bildung der Regierung werden die beiden südvietnamesischen Parteien nicht zulassen, daß Truppen, Militärberater und Militärpersonal einschließlich technischen Militärpersonals, Waffen, Munition und Kriegsmaterial nach Südvietnam gebracht werden."
Die gravierende Verletzung dieses Artikels zeigt die Stationierung von über 20 000 als Zivilisten getarnten US-Militärberatern in Südvietnam, die Lieferung von 1100 Panzern und gepanzerten Fahrzeugen, 800 schweren Kanonen, 200 Kriegsschiffen und 700 Flugzeugen bis Juli 1974.[34] Für 1974/75 soll die Militärhilfe an Thieu 1,6 Mrd. Dollar (Steigerung gegenüber 1973/74: 50 Prozent) und die sogenannte „Wirtschaftshilfe" 750 Mill. Dollar betragen.
Die Erfahrungen von mehr als 20monatiger Sabotage des Pariser Vietnam-Abkommens lassen nur einen Schluß zu: „Solange Thieu an der Macht bleibt, wird es keinen Frieden und keine nationale Versöhnung und Eintracht geben."[35]
Deshalb lehnte die PRR jegliche weitere Verhandlungen mit Thieu, dem Instrument der USA, um Südvietnam den Neokolonialismus aufzuzwingen, ab. Den Bedürfnissen aller Schichten der südvietnamesischen Bevölkerung entsprechend und zur Lösung der inneren Probleme Vietnams fordert die PRR:

„— von der Regierung der USA die vollständige Einstellung ihres militärischen Engagements und ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams ...
— den Sturz Nguyen Van Thieus und seiner Clique, einziges Haupthindernis für die Lösung der politischen Probleme in Südvietnam in der Gegenwart, und die Bildung einer neuen Verwaltung in Saigon, die sich für Frieden, nationale Eintracht und strikte Einhaltung des Pariser Vietnam-Abkommens ausspricht."[36]

Die aktuelle Lage beweist, daß dies der einzige Weg ist, um den Frieden zu erreichen und die unmenschlichen Verhältnisse in Thieus Machtbereich zu ändern.
In den vergangenen Tagen und Monaten erhob sich ein Sturm des Protestes gegen das Regime, so daß in der „Süddeutschen Zeitung" das Bild von dem imaginären Stundenglas auf Thieus Schreibtisch gebraucht wurde, durch das die letzten Sandkörner rinnen. Täglich werden neue Demonstrationen aus allen unter Saigoner Verwaltung stehenden Städten gemeldet, die vor allem das Ende der Korruption, Pressefreiheit, die Freilassung der politischen Gefangenen und die Einhaltung und Verwirklichung des Pariser Abkommens fordern. Bemerkenswert ist dabei, daß sich alle Schichten der Bevölkerung und die Anhänger der verschiedenen Religionen (so besonders die Katholiken, die bislang zu einem großen Teil als Machtstütze des Regimes galten) an den Demonstrationen gegen Thieu beteiligen. Ja, sogar von ihm selbst ernannte Abgeordnete sprechen sich gegen Thieu aus. Zweifellos gibt es unter seinen Gegnern verschiedene Tendenzen, aber die Masse der Bevölkerung in seinem Gebiet ist sich bewußt, daß der richtige Weg, der mit ihren eigenen Interessen übereinstimmt, die strikte Erfüllung des Abkommens ist.
Inzwischen erfaßte die Krise auch die höchsten Stellen des Regimes. Als Sündenböcke für die gegen ihn gerichteten und nachgewiesenen Korruptionsvorwürfe

34 Vietnam Kurier 26, Juli 1974, S. 1
35 South Vietnam in Stuggle Nr. 269, 7. Okt. 74, S. 1
36 Bulletin der Botschaft der Republik Südvietnam in der DDR Nr. 11, „Erklärung der Botschaft der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam über die gegenwärtige Lage in Südvietnam" (8. Okt. 1974)

entließ Thieu 20 Obristen, 99 Oberstleutnants und 256 Majore aus der Armee und enthob 9 Provinzgouverneure ihrer Ämter (denen Korruption sicherlich auch nichts Fremdes war, ist doch jeder etwas höhere Posten nur durch Korruption erreichbar.)
Die Versuche der USA, durch Einschleusen von Agenten die Massenbewegung gegen Thieu zu spalten und zu ihren Gunsten zu lenken, werden an der Wachsamkeit und der langen Kampferfahrung der Bevölkerung scheitern; damit wird die Niederlage Thieus auch eine weitere Niederlage des US-Imperialismus in Indochina sein.

Die Aufgaben der Solidaritätsbewegung

Erhob schon Lenin 1920, in dem er das Wechselverhältnis von internationaler Arbeiterbewegung und nationaler Befreiungsbewegung analysierte, zur internationalistischen Pflicht, „jede Befreiungsbewegung in den Kolonien nicht in Worten, sondern in Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer eigenen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern",[37] so ist es gerade heute besonders wichtig, die Solidarität mit Vietnam voranzutreiben, da das vietnamesische Volk in seinem Kampf gegen den US-Neokolonialismus, der, handfest unterstützt vom BRD-Imperialismus, sein Terrain in Südostasien nicht aufgeben will, entscheidende Vorteile besitzt: „Nämlich die in dem Pariser Abkommen klar ausgedrückten, verwirklichten Kampfziele, welche den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung Südvietnams und der Tendenz der Situation entsprechen, von den Völkern der Welt und der internationalen öffentlichen Meinung mit erwünscht und unterstützt werden."[38]
Doch diese Vorteile mußten hart erkämpft werden und „müssen auch von der Solidaritätsbewegung in der BRD immer wieder errungen werden, damit das vietnamesische Volk seine gerechten Ziele erreichen kann"[39].
„In der breiten Bewegung zur Unterstützung Vietnams gegen die US-Aggression hat das Streben der internationalen kommunistischen Bewegung sowie aller antiimperialistischen Kräfte nach Zusammenschluß und Aktionseinheit im Kampf gegen den gemeinsamen Feind der Menschheit, dem Imperialismus, seinen deutlichen und konkreten Ausdruck gefunden."[40] Dieses Bündnis muß noch enger werden, damit der fortgesetzten Sabotage des Pariser Vietnam-Abkommens durch die USA und ihrer Marionette Thieu Einhalt geboten werden kann, zu einer Zeit, da in den USA der mehrfache Massenmörder im Vietnamkrieg, Calley, begnadigt und zu einem Nationalhelden hochstilisiert wird und zugleich der Prozeß gegen die Mitglieder der Nationalgarde, die die antiimperialistischen Studenten in Kent erschossen, aus fadenscheinigen Gründen eingestellt wird.
In der BRD reicht es keineswegs, wenn der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Egon Bahr die Bereitschaft seines Ministeriums erklärt, die Schule in Nam Ha einzurichten und auszustatten. So begrüßenswert die Hilfe ist, so steht sie doch in keinem Verhältnis zur Kriegsschuld der BRD, der fortgesetzt politisch-moralischen Unterstützung des Aggressors, der Mitfinanzierung des Krieges durch Devisenausgleichszahlungen an die USA, der Milliarden Unterstützung un-

37 Lenin, Werke Bd. 31, S. 196
38 Pham van Dong, Bericht der Regierung auf der 3. Sitzung der Nationalversammlung, Nhan Dan 22. 2. 1973, zit. nach: J. v. Freyberg, Solidarität — Garant ... a. a. O., S. 26
39 J. v. Freyberg, Solidarität — Garant ... a. a. O., S. 26
40 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, a. a. O., S. 52

ter dem Deckmantel der „humanitären Hilfe" für die Diktatoren Saigons, der direkten Beteiligung von Westdeutschen als Soldaten und Spezialisten im Vietnamkrieg. Die Vergabe eines Kredits an die Saigoner Verwaltung in Höhe von 40 Mill. DM beweist, daß die jetzige Bundesregierung auf dieser Linie weitermachen will. Dabei besteht über die Verwendung des Geldes nur insofern Klarheit, als daß es mit Sicherheit in den dunklen Kanälen des Diktatoren-Regimes verschwinden wird. Unsere Forderungen lauten daher:

— Keinen Pfennig für das korrupte Saigoner Marionettenregime
— großzügige Wiederaufbauhilfe für die DRV und die PRR ohne jede Bedingung.

In einer Unterschriftensammlung, die z. Z. von der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität durchgeführt wird, werden folgende zentrale Forderungen an die Bundesregierung gerichtet:

1. unverzüglich diplomatische Beziehungen mit der Demokratischen Republik Vietnam und der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam aufzunehmen
2. sich für die sofortige Freilassung der 200 000 politischen Gefangenen einzusetzen
3. darauf hinzuwirken, daß die Regierung der USA und die Saigoner Verwaltung das Pariser Vietnam-Abkommen korrekt erfüllen und strikt einhalten.

Richten wir unsere Anstrengungen in der jetzigen Lage darauf, den Sturz des Diktators Thieu zu erreichen.

Außer der politischen ist die materielle Solidarität ein wichtiger Punkt gerade in der augenblicklichen Situation, in der in der DRV der Aufbau der durch den US-Bombenkrieg zerstörten Fabriken, Krankenhäuser, Schulen und Wohnhäuser vorrangig ist.

Es scheint so, als sei die Zeit nicht mehr fern, in der das vietnamesische Volk mit Hilfe der internationalen Solidarität das verwirklicht, was Ho Chi Minh schon 1969 in seinem politischen Testament beschrieb:

„Unsere Flüsse, unsere Berge, unsere Menschen werden immer bestehen;
nach dem Sieg über die US-Aggressoren werden wir unser Land zehnmal so schön wieder aufbauen."[41]

Unterstützen wir diesen Kampf des vietnamesischen Volkes, indem wir dazu beitragen, im Rahmen der Initiative Internationale Vietnamsolidarität 250 000 DM für eine Schule im Bezirk Nam Ha aufzubringen.

41 Ho Chi Minh, Politisches Testament, abgedruckt in: J. v. Freyberg, K. Steinhaus, Materialien und Dokumente ... a. a. O., S. 153

Literaturhinweise und Quellen:

Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB), laufende Berichte, Analysen, Dokumente etc. über das südliche Afrika; Inhaltsverzeichnisse und Bestellungen per: 3550 Marburg/L., Liebeigstraße 46
Antiimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Gegen Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika (Broschüre, 95 S.); per: ASK, 6 Frankfurt/M., Eichwaldstraße 32
Andreas Lerumo, Fifty Fighting Years — The Communist Party of South Africa 1921—1971. London 1971 (deutsch: 1973)
Jürgen Ostrowsky/Karl Unger, Zur Theorie des Neokolonialismus und zur Spezifik des südlichen Arika, in: SOPO Nr. 22 / Februar 1973
Erika Runge, Südafrika — Rassendiktatur zwischen Elend und Widerstand, Reinbek 1974 (rororo-aktuell)
Vereinte Nationen, Industrialisation, Foreign Capital and Forced Labour in South Africa. United Nations — Unit on Apartheid, New York 1970

W. Fenn, G. Schucher

„Der Wind tobt immer heftiger"

oder: Wie sich die Pekinger Führung die Entwicklungsländer unterzuordnen sucht

„Supermächte", „Zwischenzonen", „drei Welten", sind einige der Begriffe, die immer dann auftauchen, wenn maoistische Gruppen in der BRD versuchen, die Rolle der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder im internationalen Klassenkampf als „(sozial-)imperialistisch" zu verleumden, die Außenpolitik der VR China aber als „konsequent revolutionär" und „vom proletarischen Internationalismus bestimmt" darzustellen.[1] Auf den Vorwurf des „Sozialimperialismus" soll hier nicht eingegangen werden[2], vielmehr sollen einige Aspekte der neuesten Entwicklung der Pekinger Außenpolitik aufgezeigt werden. Da besonders die ständigen Manöver der Pekinger Führung Verwirrungen und Illusionen über den Charakter ihrer Politik aufkommen lassen, ist es notwendig zu verdeutlichen, daß die Prinzipien und Ziele, die für die Außenpolitik der VR China heute bestimmend sind, seit der Durchsetzung der maoistischen Strategie in der chinesischen Politik Ende der fünfziger Jahre gleichgeblieben sind und sich sogar in der Tendenz verstärkt haben.

Dies soll geschehen in bezug auf die Politik Pekings gegenüber den Ländern der „dritten Welt".[3] Denn zum einen lassen die Pekinger Führer diesen in ihrer Strategie eine besondere, sogar scheinbar die entscheidende Rolle zukommen. „Marxisten sind immer der Ansicht, daß die unterdrückten Nationen der Welt ein unerschöpfliches revolutionäres Potential in der Ära des Imperialismus und der proletarischen Revolution haben. Sie haben die größte Bevölkerung, aber sie wurden am grausamsten unterdrückt. Deshalb werden sie selbstverständlich die größte revolutionäre Rolle in der Sache der Völker der Welt spielen, den Imperialismus zu zerschmettern ... Die nationalen Befreiungsbewegungen aller Länder haben sich zur Hauptkraft zum direkten Schlag gegen den Imperialismus, insbesondere gegen die Supermächte, vereinigt."[4] Zum anderen haben die Kämpfe der nationalen Befreiungsbewegungen tatsächlich an Umfang und Bedeutung zugenommen, was bereits Lenin zu Zeiten des Kolonialsystems feststellte, als er schrieb, daß „die Massen der Werktätigen, die Bauern der Kolonialländer ... obwohl sie jetzt noch rückständig sind, in den kommenden Phasen der Weltrevolution eine

1 Vgl. „Wenn wir die Maoisten bekämpfen, ist das gut und nicht schlecht", Broschüre des Bundesvorstandes des MSB Spartakus, Bonn o. J., S. 35 ff.
2 Vgl. dazu Christoph Strawe, Die maoistische Mär von der „Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion", in: Facit 35, S. 22—46.
3 Eine umfassende Behandlung der chinesischen Außenpolitik findet sich in: Jürgen Reusch, Die Außenpolitik der Volksrepublik China 1949—1974. Kritik ihrer Theorie und Praxis, Ffm. 1974, und: Gerd Hautsch, „Papiertiger", „Sozialimperialismus", „Supermächte". Maoistische Revolutionsrezepte im Lichte des Marxismus, Ffm. 1974.
4 „Die Dritte Welt — Große Triebkraft für das Fortschreiten der Weltgeschichte" von Jen Guping, in: Peking Rundschau (PRu) 44/74, S. 6 ff., hier S. 8.

sehr große revolutionäre Rolle spielen" werden.[5] Inzwischen sind die Entwicklungsländer „dadurch, daß das Monopolkapital seine Herrschaft über diese Länder mit allen Mitteln zu halten versucht, während die sozialistischen Staaten die nationale Befreiungsbewegung ideologisch, ökonomisch und politisch unterstützen (...) zu einem der Hauptgebiete des friedlichen Wettbewerbs der zwei Systeme (geworden). Diese Tatsache verleiht allen Ereignissen in der sogenannten dritten Welt eine außerordentliche historische Bedeutung."[6] Außerdem hat der nationale Befreiungskampf eine neue, höhere Stufe erlangt, indem er begonnen hat, in vielen Ländern praktisch in einen Kampf gegen die Ausbeutungsverhältnisse hinüberzuwachsen.

Daraus allerdings zu schlußfolgern, daß die Entwicklungsländer zur revolutionären Hauptkraft geworden sind, bedeutet den Bruch mit der marxistisch-leninistischen Theorie von den Triebkräften der Revolution, bedeutet die Verwischung des Grundwiderspruches der gegenwärtigen Epoche, des Widerspruches zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Durch die bewußte Verfälschung Leninscher Erkenntnisse[7], durch das Verschweigen der Spaltung der Welt in zwei gegensätzliche Systeme und durch die Reduzierung des Charakters der Epoche auf das Weiterbestehen des Imperialismus[8], gelingt den Maoisten die Konstruierung des Widerspruchs „unterdrückte Länder – Supermächte". Die Leugnung des Grundwiderspruches und das Aufstellen verschiedener Widersprüche, die sich primär gegenseitig nicht beeinflussen, sondern nur bestimmte Wirkungsgebiete abstecken[9], führt dazu, daß sie das Zusammenwirken der drei Ströme des weltrevolutionären Prozesses in Abrede stellen. Doch haben gerade die Jahre nach der Moskauer Beratung von 1969 die Richtigkeit der dort getroffenen Aussagen gezeigt: Die Entwicklung zwei der wichtigsten Prozesse, nämlich erstens „das allseitige Wachstum der Macht der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, ihr aktives Wirken zusammen mit allen friedliebenden Kräften gegen die imperialistische Aggression, für Entspannung und Sicherheit der Völker" und zweitens „der anwachsende Kampf der Arbeiterklasse, aller Werktätigen der kapitalistischen Länder, der Völker, die sich vom Kolonialjoch befreit haben, und der antiimperialistischen Bewegung insgesamt".[10] Daß diese beiden Prozesse sich im Zusammenwirken entwickeln, daß die Möglichkeiten und die Notwendigkeit für dieses Zusammenwirken gestiegen sind und der bewußten Aktion zur allseitigen Festigung des Bündnisses zwischen der Kraft des Sozialismus und der Befreiungsbewegung dabei eine gewaltige Rolle zukommen, unterstrichen erst kürzlich die Teilnehmer einer wissenschaftlich-theoretischen Konferenz der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus" und der Progressiven Nationalen Front des Iraks[11]: „In dem Maße, wie sich die Reihen der antiimperialistischen Front enger zusammenschließen, wachsen die Potenzen eines Stroms des weltweiten revolutionären Kampfes, beschleunigt sich der Prozeß der weiteren Konsolidierung der sozialistischen Gemeinschaft, erstarkt die Einheit der fortschrittlichen und patriotischen Kreise in der Zone der nationalen Befreiung, vervielfacht sich die Macht der internationalen Arbeiterbewegung. Im Ergebnis wächst unermeßlich die Einwirkung der revolutionären Weltkräfte auf den gesamten Verlauf der Geschichte – sowohl global als auch innerhalb der einzelnen Länder."[12]

5 Lenin, Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 505.

6 J. L. Schmidt, Die Entwicklungsländer. Ursprung, Lage, Perspektive, Ffm. 1974, S. 19.

7 Vgl. Lenin, Bericht der Kommission für die nationale und koloniale Frage, II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Werke, Bd. 31, Berlin 1966.

8 „Wir befinden uns nach wie vor in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution." Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Dokumente, Peking 1973, S. 24.

9 Dokumente des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas, Peking 1969, S. 94 f. vgl. Hautsch, S. 15–37.

10 B. Ponomarjow, Internationale Situation und revolutionärer Prozeß, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus (PdFS), 6/74, S. 723–735, hier S. 723.

„Der Weg aber ist voller Windungen und Wendungen"

In den nationalistischen Plänen Mao Tse-tungs[13], China zu einem Land mit entscheidendem Einfluß in der Welt zu machen, was sich schon sehr früh zeigte in der Gleichstellung der Mao-Tse-tung-Ideen mit dem Marxismus-Leninismus auf dem VII. Parteitag 1945[14], in der Erklärung Chinas zum einzig wahrhaft sozialistischen Land und der Verallgemeinerung der chinesischen Erfahrungen[15], begannen die Länder der „dritten Welt" schon frühzeitig eine wesentliche Rolle zu spielen. Aber erst, nachdem der Versuch, innerhalb der sozialistischen Bewegung die Hegemonie zu erlangen, gescheitert war, was sich deutlich auf der Moskauer Beratung von 1960 zeigte, ging die Pekinger Führung zu einem offen antisozialistischen, antisowjetischen Spalterkurs über, gekennzeichnet durch die Veröffentlichung eines eigenen Vorschlags zur „Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung". Damit verbunden war der Versuch, die nationalen Befreiungsbewegungen für die Realisierung ihrer Pläne zu mißbrauchen: Sie verdrängte das klassenmäßige Herangehen an die nationale Befreiungsbewegung[16] durch eine mehr und mehr klassenindifferente, pragmatische Betrachtungsweise und erklärten die „weiten Gebiete Asiens, Afrikas und Lateinamerikas" zu den „wichtigsten Sturmzentren der Weltrevolution"[17]; sie betrieben die Spaltung der nationa-

11 Bündnis des Weltsozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung, in: PdFS 10/74, S. 1356–1364 (Referat des Chefredakteurs K. D. Sarodow), und PdFS 11/74, S. 1502–1523. Teilnehmer waren u. a. 17 KPs aus Ländern der „dritten Welt" und Vertreter von 19 linken fortschrittlichen und patriotischen Parteien und Organisationen aus Ländern Asiens und Afrikas.

12 PdFS 11/74, S. 1523; vgl. G. Powik, Zur Rolle der kommunistischen Weltbewegung bei der Vereinigung der revolutionären Hauptkräfte, in: Asien, Afrika, Lateinamerika 1973, Berlin 1974, S. 11–28.

13 Zur Frage der Gründe des chinesischen Nationalismus vgl. z. B. Sladkowski u. a., Kritik der theoretischen Auffassungen Mao Tse-tungs, Berlin 1973.

14 Brandt/Schwartz/Fairbank, Der Kommunismus in China, München 1955, S. 325.

15 Zum Beispiel sagte Mao bereits 1936 zu E. Snow: „Die chinesische Revolution ist ein Schlüsselfaktor in der internationalen Situation ... Wenn die chinesische Revolution zur vollen Herrschaft gelangt ist, werden die Massen vieler kolonialer Länder dem Beispiel Chinas folgen und selbst einen gleichartigen eigenen Sieg erringen." Zit. nach: E. Snow, Roter Stern über China, Ffm. 1970, S. 541.

16 Bereits 1946 hatte Mao im Gespräch mit der amerikanischen Journalistin seine „Zwischenzonentheorie" formuliert, in: Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Bd. IV, Peking 1969, S. 98 ff.

17 Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, in: Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Westberlin 1971, S. 14.

len Befreiungsbewegung vom sozialistischen Weltsystem durch das Aufstellen der Linie „Weltdorf" gegen „Weltstadt", „reiche" gegen „arme" Länder; sie proklamierten die sozialistische Perspektive ohne Rücksicht auf die realen Bedingungen und exportierten die für verbindlich erklärten chinesischen revolutionären Erfahrungen – vor allem die Volkskriegsstrategie; und sie betrieben die grobe und unverhüllte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Entwicklungsländer durch Spannungserzeugung, Ablehnung des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges, Sabotage gegenüber prinzipientreuen kommunistischen Parteien und Schaffung und Unterstützung von Spaltergruppen[18]; und alles dies, um unter chinesischer Führung einen Block der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu bilden und China zur führenden Großmacht zu machen. Ende der sechziger Jahre wurde jedoch deutlich, daß diese Hoffnungen nicht in Erfüllung gingen. Die außenpolitische Tätigkeit und die extreme Verstärkung ihrer nationalistischen, chauvinistischen und abenteuerlichen Tendenzen während der Kulturrevolution ebenso wie die schädlichen Folgen dieser Politik führten im Gegenteil zur Isolierung. Die Regierungen vieler Länder und die Führer der fortschrittlichen Organisationen, die an der Spitze des Unabhängigkeitskampfes standen, wie auch die kommunistischen Parteien in einer Reihe von Ländern der „dritten Welt" verurteilten einmütig den politischen Kurs der Maoisten.

Das Scheitern dieser ultralinken Politik machte eine Veränderung im taktischen Vorgehen notwendig. Dabei blieb die Strategie zur Durchsetzung der hegemonistischen Ziele unverändert, zumal der Führungsanspruch auf dem IX. Parteitag ideologisch begründet wurde.[19] Dabei verstärkte sich die Tendenz des weiteren Abgehens von den Prinzipien sowohl einer sozialistischen als auch antiimperialistischen Außenpolitik. Zur Hauptrichtung der Außenpolitik wurde vielmehr „das Paktieren mit dem Imperialismus auf der Grundlage eines immer wütenderen Antisowjetismus . . ."[20] Das bedeutete aber nicht den Verzicht auf Formen und Methoden, „die die vorangegangenen Etappen kennzeichnen. Das zeugt davon, daß die chinesischen Führer im Interesse ihrer großmachtchauvinistischen Ziele jegliche Möglichkeiten und Mittel auszunutzen bereit sind . . ."[21] Und so sind denn die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas trotz der Orientierung auf die imperialistischen Hauptmächte das Hauptobjekt der Pekinger Interessen geblieben, das heißt die Maoisten versuchen weiterhin, sie vom Weltsozialismus und der internationalen Arbeiterbewegung zu trennen und die führende Position unter ihnen zu erlangen, was sie jedoch nur als Zwischenziel im Kampf um die Hegemonie ansehen. Sie trachten danach, diese Länder für ihre Ziele auszunutzen, wobei ein Gesichtspunkt sicherlich der „Zeitgewinn im Kampf gegen den USA-Imperialismus und den Sozialimperialismus" ist.[22] Inzwischen wurde auf dem X. Parteitag zwar

18 Vgl. z. B. Reusch, S. 114 ff.

19 IX. Parteitag der KPCh, S. 77 f.

20 G. W. Astafjew, Die Entstellung der Leninschen Prinzipien der Außenpolitik in den theoretischen Konstruktionen und in der außenpolitischen Praxis der VR China in den Jahren 1958–1972, in: Die antisozialistische, entspannungsfeindliche Außenpolitik der Pekinger Führer, Berlin 1974, S. 27–43, hier S. 28.

21 Ebenda.

22 Ren min Ri bao vom 15. 6. 1970, zit. nach: W. N. Matwejew, Die antisozialistische Politik der Maoisten in der „dritten Welt", in: Die antisozialistische . . ., S. 210–225, hier S. 214.

die Kontinuität der Linie des IX. Parteitages unterstrichen; daß diese jedoch den Hauptrichtungen der Entwicklung der internationalen Lage widerspricht, davon zeugen die Manöver, die notwendig wurden, um sich immer wieder neuen Situationen anzupassen.

„Breiteste Einheitsfront . . ." mit Imperialismus und Reaktion

Im Rahmen der weiteren Verstärkung des antisowjetischen Grundkurses trat immer mehr der Versuch in den Vordergrund, die Länder der „dritten Welt" auf den Kampf gegen die „Supermächte" zu orientieren. Dabei wird eine „Supermacht" folgendermaßen definiert: „Eine Supermacht ist ein imperialistisches Land, das überall mit Aggression, Intervention, Kontrolle, Subversion und Ausplünderung gegen andere Länder vorgeht und die Vorherrschaft über die Welt anstrebt." Und die darauffolgende Erklärung: „Wird in einem großen sozialistischen Land der Kapitalismus restauriert, wird es sich unvermeidlich in eine Supermacht verwandeln"[23], spiegelt nur wider, was den Kern der globalen chinesischen Strategie ausmacht, der Kampf gegen die Sowjetunion. Gerade die Supermachttheorie bildet die Legitimation dafür, die Sowjetunion zum Hauptfeind zu erklären: „Der Sowjetrevisionismus streckt seine Fangarme nach allen Richtungen aus und strebt verzweifelt nach Expansion. Er ist noch gefährlicher, abenteuerlicher und verschlagener (als der US-Imperialismus – G. S./W. F.). Daher ist der Sowjetrevisionismus jetzt zum gefährlichsten und wichtigsten Feind unseres Landes geworden."[24] Das innenpolitische Ziel dieser Aussage ist, die eigene Krise zu verschleiern und nationalistische Gefühle zu wecken, was bis zur offenen Kriegshetze geht[25], die außenpolitischen Ziele sind:

- Diskreditierung der Entspannungserfolge der Sowjetunion. (Wie sehr die Pekinger Führung auch hier manövrieren muß, zeigt der mit dem X. Parteitag endgültig vollzogene Wechsel vom Vorwurf der Kollaboration mit dem US-Imperialismus hin zum Vorwurf der Rivalität und des Streites um Einflußsphären, um so das harte Ringen der Sowjetunion um die Durchsetzung der Entspannung verleumden zu können.)
- Schürung von Mißtrauen gegen die Politik der Sowjetunion und Diskriminierung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu den Entwicklungsländern.[26]

Dies bedeutet aber nichts anderes als den Versuch, „die objektiven Fronten des Klassenkampfes in Asien und Afrika (und Lateinamerika – G. S./W. F.) grundsätzlich umzukehren". „Die Pekinger Politik richtet sich heute unmittelbar und in voller Schärfe gegen die entscheidende Grundlage für die weitere nationale und so-

23 Deng Hsiao-ping auf der VI. Sondertagung der UNO-Vollversammlung, PRu 15/74, S. 13.

24 Materialien zum Lageunterricht Nr. 42. Richtlinien zum Lageunterricht für Kompagnien (2. Lektion) vom April 1973, zit. nach: China aktuell (C. a.) 8/74, S. 505.

25 Zum Beispiel PRu 23/74, S. 14 ff.; vgl. Marga Lindow, Der X. Parteitag der KP Chinas und die Außenpolitik der Pekinger Führung, in: Deutsche Außenpolitik, Berlin 1974, Heft 2, S. 360–381.

26 Zum Beispiel durch den Vorwurf des „Waffenhändlers" (vgl. PRu 2/74, S. 17 ff.) oder des Anstrebens der internationalen Arbeitsteilung (PRu 16/74, S. 20 f.) und der wirtschaftlichen „Ausplünderung" (PRu 20/74, S. 29 f.).

ziale Emanzipationsbewegung der afro-asiatischen Völker vom Imperialismus – ihr Bündnis mit dem sozialistischen Weltsystem."[27]

Darüber hinaus bildet die Supermachttheorie aber auch die theoretische Grundlage für die Blockbildung Chinas mit reaktionären Kräften des Imperialismus. Dazu wurde sie ergänzt durch die Theorie von den „drei Welten": „... gibt es heute in der Welt drei Teile, drei Welten, die sowohl voneinander abhängig sind, als auch in Widerspruch zueinander stehen. Die USA und die Sowjetunion bilden die erste Welt. Die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie in anderen Gebieten bilden die dritte Welt. Und die entwickelten Länder, die sich zwischen diesen beiden Welten befinden, bilden die zweite Welt."[28] In diesem Weltbild sind Imperialismus und Sozialismus faktisch verschwunden und damit der Bruch mit jedem Klassenstandpunkt vollzogen.[29] Indem das sozialistische Weltsystem als nicht existent erklärt wird, ist es der Pekinger Führung möglich, China als einzig echtes sozialistisches Land hinzustellen. Gleichzeitig läßt sich so aber auch die Kollaboration mit den imperialistischen Ländern rechtfertigen, deren Kennzeichen die wirtschaftliche Orientierung auf die imperialistischen Hauptmächte (z. B. wurde im Herbst 1973 der offizielle Antrag um Aufnahme in die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds gestellt)[30], die Unterstützung der imperialistischen Integrationsversuche im Rahmen der EWG[31] bei gleichzeitiger Diffamierung des RGW als Form des Kolonialismus[32] und die Befürwortung imperialistischer Militärpakte sind: neben der NATO z. B. auch der CENTO.[33] Aber nicht nur das. Auch den Entwicklungsländern empfehlen die Maoisten dieses Bündnis mit dem Imperialismus, wenn sie von „breitester Einheitsfront" und vom Bündnis der „mittleren und kleineren Länder" gegen die Supermächte sprechen. So scheuen sie sich nicht, die Entscheidung der EG zu begrüßen, mit den arabischen Ländern einen Dialog aufzunehmen und dies als Schritt zu werten, sich von der Kontrolle der Ölquellen durch die Supermächte zu befreien.[34]

Damit eng verbunden ist das Fallenlassen maoistischer Spaltergruppen und die Ausweitung diplomatischer Beziehungen zu den herrschenden Regimes unter Ausnutzung nationalistischer Vorurteile und dabei die direkte Zusammenarbeit mit antikommunistischen, reaktionären Kräften. So räumten die Maoisten z. B. die Hindernisse für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Indonesien und Malaysia aus dem Weg, indem sie versprachen, die „kommunistischen Rebellen" in beiden Ländern nicht länger zu unterstützen.[35] Leitgedanke ist dabei immer der Kampf gegen die Hegemonie, sprich gegen die Sowjetunion. So wird selbst Brasi-

27 H. Peters, Die Politik der chinesischen Führer gegenüber Asien und Afrika, in: Deutsche Außenpolitik, Berlin 1973, Heft 4, S. 865–885, hier S. 872 f.
28 Deng Hsiao-ping, a. a. O., S. 8.
29 Vgl. Jen Gu-ping, a. a. O.
30 P. Freiberg, Zu den Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen der VR China und den imperialistischen Hauptmächten, in: Horizont 40/74, S. 8 f.
31 Zum Beispiel beim Besuch des britischen Oppositionsführers Heath in Peking, PRu 22/74, S. 8 f.
32 PRu 16/74, S. 20 f.
33 C. a. 2/74, S. 32.
34 Renmin Ribao vom 4. und 8. 7. 1974, zit. nach: C. a. 8/74, S. 457.
35 TASS vom 4. 3. 1974, zit. nach: C. a. 4/74, S. 150 f.; Prawda vom 5. 6. 1974, zit. nach: C. a. 7/74, S. 416.

lien zugesichert: „Trotz ihrer unterschiedlichen gesellschaftlichen Systeme sollten sie (China und Brasilien – G. S./W. F.) sich im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus gegenseitig unterstützen."[36] Und in Afrika, wo der maoistische Einfluß in den letzten sechs Jahren ständig zurückging[37], starteten die Maoisten 1973 eine diplomatische Offensive (die verbunden ist mit der bereits vollzogenen Umorientierung ihrer Wirtschaftshilfe[38]), so daß in diesem Jahr die Kette der Besuche afrikanischer Staatsmänner nicht abzureißen scheint. Dabei schrecken sie auch nicht vor der Aufrechterhaltung von Handelsbeziehungen zur Republik Südafrika zurück[39] und stimmten sogar auf der diesjährigen UNESCO-Generalversammlung gegen einen Boykott dieses rassistischen Regimes.[40] Mit rassistischen Mitteln versuchen sie auch die Sowjetunion in Asien zu diffamieren, das sie immer noch als ihre Einflußsphäre betrachten. Während 1972 ein „Weltatlas" in Peking veröffentlicht wurde, in dem „die Staatsgrenzen vieler Länder des asiatischen Kontinents im expansionistischen Groß-Han-Geist dargestellt" sind[41], beantragte die maoistische Vertretung z. B. auf der UNESCO-Generalversammlung, die Sowjetunion von den regionalen Aktivitäten für Asien auszuschließen.[42] Und nicht zuletzt zeigt die Berichterstattung über die 3. UNO-Seerechtskonferenz[43] – das Gegenüberstellen der Bemühungen der sozialistischen Länder um eine neue Konvention als Beitrag zur grundlegenden Umgestaltung der internationalen Beziehungen im Sinne des Friedens und der internationalen Sicherheit[44] und des legitimen Interesses der Entwicklungsländer auf Errichtung einer ökonomischen Zone – die Vorliebe, an nationalistisch-reaktionären, antisowjetischen Auffassungen und Äußerungen offizieller Vertreter dieser Staaten anzuknüpfen.

„Geschosse in Zuckerhüllen" oder: Maos dritter Weg

Ebenso wie der Imperialismus, der aus Furcht, den Kapitalismus zu propagieren, mehr und mehr dazu übergeht, den Entwicklungsländern einen „dritten Weg" anzupreisen, versuchen die Maoisten, „die Kräfte der nationalen Demokratie in den für die Weiterführung der nationaldemokratischen Revolution entscheidenden Fragen auf ihren ‚Weg' zu ziehen"[45], was auf ökonomischem Gebiet in der Losung „Sich auf die eigene Kraft stützen" zum Ausdruck kommt. Mit dieser Losung sollen die Entwicklungsländer von der Sowjetunion getrennt werden. Doch sind es

36 PRu 34/74, S. 4.
37 Die zweite Kampffront – Internationales theoretisches Seminar, in: PdFS 11/73, S. 1519 bis 1537, hier S. 1527.
38 Außenpolitik der VR China, Berlin 1972, S. 113.
39 Diese Beziehungen wurden u. a. vom Hongkonger Korrespondenten der Johannesburger Zeitung „The Star" im April 1970 enthüllt, der zum Schweigen der Pekinger Regierung schrieb: „... wenn es bekannt werden würde, daß sie miteinander Handel treiben, würde das die Regierungen beider Länder in eine schwierige Situation bringen." Zit. nach: PdFS 5/74, S. 663.
40 UZ vom 25. 11. 1974.
41 N. Nagdan, Einige Aspekte des außenpolitischen Kurses der chinesischen Führer in Asien, in: Die antisozialistische ..., S. 278.
42 UZ vom 25. 11. 1974.
43 Vgl. PRu ab 25/74.
44 Vgl. Horizont 43/74, S. 8 f., und 33/74, S. 5 f.
45 H. Peters, S. 875.

gerade die sozialistischen Länder, bei denen die Entwicklungsländer Rückhalt finden in ihrem Kampf gegen das internationale Finanzkapital und die Gefahr der weiteren Verarmung. Der Imperialismus ist es, der die freie Wahl des sozialistischen Entwicklungsweges unmöglich machen will. Da es aber keine soziale Freiheit ohne die Befreiung von der kapitalistischen Unterdrückung geben kann, entspricht gerade der Sozialismus den Grundinteressen der Volksmassen in den Entwicklungsländern. Die Wahl des Weges ist eine innere Angelegenheit. Damit es aber wirklich eine freie Wahl ist, muß der Einfluß des Imperialismus eingeschränkt und letztlich ausgeschlossen werden, d. h. die nationale Unabhängigkeit muß allseitig gestärkt werden. „Objektiv kann man aber aus der untergeordneten Stellung im System der kapitalistischen Weltwirtschaft, aus dem Einflußbereich der internationalen Reaktion nur dann herauskommen, wenn man sich auf ein gesellschaftliches System stützt, das der Hauptantagonist des Imperialismus ist und außerhalb des Wirkungsbereichs der Gesetze des Kapitalismus steht."[46] Und die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder schaffen durch die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, durch moralisch-politische, diplomatische, militärische und ökonomische Aktionen[47], aber auch durch ihr eigenes Erstarken die Bedingungen, die die Entwicklungsländer befähigen, sich selbst von imperialistischer Abhängigkeit zu befreien.[48]

Würden die Entwicklungsländer die maoistischen Ratschläge befolgen, würde dies sowohl die Erringung der ökonomischen Unabhängigkeit vom Imperialismus als auch die schon erreichten Positionen im antiimperialistischen Kampf gefährden. Ein gutes Beispiel dafür ist Zypern: Anstatt dazu beizutragen, daß die Truppen der NATO-Mitglieder Griechenland, Türkei und Großbritannien die Insel verlassen müssen und feste und ehrliche internationale Garantien für die Unabhängigkeit, die Souveränität und territoriale Integrität geleistet werden (was nur die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats können) und deshalb die sowjetischen Vorschläge zu unterstützen — dies forderte z. B. der Generalsekretär der Fortschrittspartei des werktätigen Volkes Zyperns[49] und auch die zyprische Regierung[50] —, verlieren die Maoisten kein Wort über die Aggression der NATO, diffamieren die Sowjetunion[51] und erklären zynisch: „Die Zypernfrage muß vom zypriotischen Volk selbst gelöst werden."[52]

Im Vordergrund steht für sie stets die Unabhängigkeit und der Kampf gegen die Hegemonie, wobei sie vernachlässigen, daß die nationalen Revolutionen immer ausgeprägteren Klassencharakter annehmen und sich immer deutlicher gegen die feudalen und kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse richten und zwar besonders dort, wo der nichtkapitalistische Entwicklungsweg tatsächlich beschritten

46 S. Imaschew (KP Kasachstan), in: PdFS 11/74, S. 1503.
47 Beispiele vgl. ebd., S. 151 ff.
48 Vgl. J. L. Schmidt, S. 174—190 und 227—241.
49 UZ vom 11. 11. 1974.
50 Horizont 39/74, S. 19.
51 „Wachsamkeit gegenüber dem Sowjetrevisionismus, der ‚den Eigentümer beraubt, während dessen Haus brennt'." PRu 32/74, S. 11 f.
52 „Der chinesische Vertreter spricht vor der UNO über die Situation in Zypern", PRu 30/74, S. 5.

wird[53], daß bei der großen Bedeutung des Problems des Kampfes um die freie Wahl des Entwicklungsweges sogar ein beträchtlicher Teil der nationalen Bourgeoisie an das Bündnis mit dem Sozialismus „die Hoffnung auf den Erfolg seiner Tätigkeit, um seine Variante der vom Weltimperialismus unabhängigen kapitalistischen Entwicklung zu verteidigen", knüpft.[54] So haben heute bemerkenswerterweise weitaus die meisten Länder Lateinamerikas Beziehungen zur UdSSR hergestellt. Um die mangelnde Attraktivität der eigenen ökonomischen Entwicklung auszugleichen, bedienen sie sich u. a. der Methode der Überbetonung der Rolle der Entwicklungsländer (demonstriert wird das z. B. dadurch, daß deren Repräsentanten immer häufiger durch Mao Tse-tung selbst empfangen werden), indem ihr Aufschwung mit immer neuen Worten beschworen, ihnen die „größte revolutionäre Rolle" zugewiesen wird und sie zur „großen revolutionären Triebkraft" erklärt werden, „die das Rad der Weltgeschichte vorantreibt"[55], während sie China selbst zum Entwicklungsland erklären: „China ist ein sozialistischer Staat, und es ist auch ein Entwicklungsland. China gehört zur dritten Welt."[56] Gleichzeitig verneinen sie die Bedeutung der ökonomischen Unabhängigkeit und diffamieren die Sowjetunion und ihre Versuche, diese zu gewährleisten. Sie wenden sich also an alle Länder bewußt von einer klassenindifferenten Basis aus.

Unterstützend setzen sie dann aber doch verstärkt ökonomische und finanzielle Mittel ein, wiederum mit Stoßrichtung gegen die Sowjetunion. So stellen sie z. B. für die Gewährung politische Bedingungen, wie gegenüber Sri Lanka[57] oder Pakistan[58], die sich als Gegenleistung gegen ein System der kollektiven Sicherheit in Asien aussprechen. Auch konzentrieren sie die Hilfe auf die Länder, die einen wichtigen Platz in ihren politischen Kombinationen einnehmen: Pakistan, Tansania, Sambia, Mali; das Schwergewicht liegt dabei auf kleineren Objekten — meist Leichtindustrie (36 Prozent), Landwirtschaft oder Infrastruktur; das größte Einzelobjekt ist zur Zeit die Tan-Zam-Bahn.[59] Das heißt zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe, nämlich der Entwicklung der Produktivkräfte, wobei die nationale Industrialisierung eine entscheidende Rolle spielt, und damit zur Schaffung der Grundlage einer selbständigen Wirtschaft und der Entwicklung einer modernen Arbeiterklasse, trägt diese Hilfe meist wenig bei. Gleichzeitig wird aber die sowjetische Hilfe diffamiert, indem man versucht, durch Nichterhebung von Zinsen und sogar Schenkungen sie zu unterbieten. Der „Kurs beruht darauf, die Unzufriedenheit der Entwicklungsländer mit der neokolonialistischen Politik der imperialisti-

53 Lenin schrieb dazu: „Die Sozialisten haben nicht nur die bedingungslose und sofortige Befreiung der Kolonien zu fordern — diese Forderung bedeutet aber politisch nichts anderes als die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen —, sondern sie müssen auch revolutionäre Elemente in den bürgerlich-demokratischen nationalen Befreiungsbewegungen in diesen Ländern entschieden unterstützen und ihrer Auflehnung, ihren Aufständen, respektive ihren revolutionären Kriegen gegen die sie unterjochenden imperialistischen Staaten beistehen." Lenin, Werke, Bd. 22, S. 153 f.
54 Sarodow, PdFS 10/74, S. 1361; vgl. PdFS 11/74, S. 1518 f.
55 PRu 44/74, S. 8.
56 Deng Hsiao-ping, a. a. O., S. 13.
57 C. a. 2/74, S. 6.
58 C. a. 2/74, S. 31 f.
59 Vgl. W. Bartke, Die Wirtschaftshilfe der VR China, in: C. a. 8/74, S. 486 ff.; G. Hidasi, Die Widerspiegelung der außenpolitischen Bestrebung der chinesischen Führung in der Wirtschaftshilfepolitik der VR China, in: Die antisozialistische . . ., S. 226—274.

schen Mächte zu berücksichtigen und diese Unzufriedenheit zur Erleichterung des wirtschaftlichen Eindringens Pekings in diese Länder, zur Festigung seines Einflusses und zur Herstellung enger Beziehungen auf der Grundlage des Nationalismus und Antisowjetismus auszunutzen".[60]

„Große Unordnung — ausgezeichnete Lage"

Wenn die Maoisten auch das Schwergewicht auf die wirtschaftlichen Beziehungen legen, heißt dies jedoch nicht, daß sie auf die Unterstützung ultralinker Gruppen vollständig verzichten. Besonders in Süd- und Südostasien bedienen sie sich dieser Methode: z. B. bei der Unterstützung der Naga-Rebellen in Indien. Als diese im August 1973 die Waffen streckten, erklärte ihr Führer, Peking habe sie „mit Waffen und allem anderen" versorgt, ebenso wie Einheiten in Bangladesh. Auch habe Peking versucht, durch Ausbildung einzelner Stämme „den Kampf gegen die Zentralregierung in Birma, Bangladesh und Neu-Delhi zu organisieren und ebenso wie der amerikanischen Geheimdienste CIA Söldner für sich zu gewinnen".[61] Weiterhin bedienen sie sich der Methode der „selektiven Einstellung der Angriffe auf eine Reihe von (kommunistischen — G. S./W. F.) Parteien und versuchen, zu diesen Beziehungen anzubahnen", um sich „einen Brückenkopf in der internationalen kommunistischen Bewegung (zu) sichern, um die Angriffe auf die KPdSU zu verstärken".[62] Und auch die direkte Einmischung in innere Angelegenheiten unter dem Mantel diplomatischer Beziehungen praktizieren sie.[63]

Obwohl die Maoisten sich öffentlich für Entspannung aussprechen, verschärfen sie, wo sie können, in der Toga des Friedenskämpfers die internationalen Spannungen[64], um so die Friedensoffensive der UdSSR zu diffamieren. Daß sie dabei genau wissen, daß ihre Aussage „Eine solche Unordnung ist etwas Gutes, keineswegs schlecht für die Völker"[65], nicht in Einklang steht mit den Interessen ebendieser, offenbaren sie, wenn Tjiao Guan-hua dies auf der XXVIII. UNO-Vollversammlung nicht zu wiederholen wagt. Daß dies so ist, offenbaren sie auch: wenn sie gegen die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion in der UNO stimmen; wenn sie die Präsenz der US-Flotte in Asien[66] und die Errichtung des amerikanischen Militärstützpunktes auf der Insel Diego Garcia billigen[67]; wenn sie die Spannung durch die Besetzung der Paracel-Inseln anheizen; wenn sie den nationalen Befreiungsbewegungen in den ehemals portugiesischen Kolonien raten, unbedingt weiterzukämpfen.[68] Sie entlarven ihr Bekenntnis zur Entspannung als taktisches Manöver[69], wenn sie sich mit längst widerlegten Argumenten gegen das System

60 Matwejew, S. 321.
61 TASS, engl., 6. 2. 1974, nach: C. a. 3/74, S. 72; vgl. auch M. Tissoujan, Pekinger Machthaber auf Aggressionskurs, in: UZ vom 11. 3. 1974 und UZ vom 2. 12. 1974: „Maoismus hilft der Reaktion."
62 Luis Ribeiro (Brasilianische KP) in: PdFS 11/73, S. 1526.
63 Auch gegenüber Ländern der „zweiten Welt", UZ vom 31. 10. 1974: „Bezeichnende Ratschläge Pekings."
64 Diese umschreiben sie blumig als „Unordnung".
65 X. Parteitag der KPCh, S. 25.
66 C. a. 1/74, S. 795.
67 Prawda vom 8. 3. 1974, nach: C. a. 4/74, S. 148.
68 PRu 28/74, S. 19; PRu 33/74, S. 21; PRu 38/74, S. 5 u. 16.
69 Vgl. Hautsch, S. 76 f. und 120 ff.

der kollektiven Sicherheit in Asien aussprechen[70], wenn sie davon reden: „Die ‚Entspannung' ist zu einer Art Quacksalbermedizin der sowjetischen Führung geworden . . ."[71] Wenn sie von friedlicher Koexistenz sprechen, so ist die Grundlage dieser Politik der Antisowjetismus, die Schaffung einer Einheitsfront beliebiger sozialer Kräfte und Länder gegen die Sowjetunion. Eine solche Politik spaltet jedoch gerade die Front der antiimperialistischen Kräfte.

„Gegen die Strömung ankämpfen" oder: Das Prinzip heißt Antisowjetismus

Die entscheidenden Charakteristika der maoistischen Außenpolitik sind also seit 1957 gleichgeblieben. Das gemeinsame Prinzip aller taktischen Manöver ist der Antisowjetismus, der sich zwar in den verschiedenen Etappen unterschiedlich äußerte, aber stets zum Ziel hatte, die Sowjetunion zu isolieren und zu schwächen. Der Grund dafür ist, daß es gerade dieses Land und seine kommunistische Partei sind, die dem maoistischen Großmachtstreben immer wieder Schranken setzen und den schädlichen Einfluß der Maoisten am stärksten zurückweisen. Und indem die Pekinger Führung ihren Kurs immer mehr bestimmt durch den **aktiven** Widerstand gegen die koordinierten Aktionen der kommunistischen Weltbewegung in den Grundrichtungen des antiimperialistischen Kampfes, zeichnen sich deutliche Parallelen zur Globalstrategie des Imperialismus ab, der infolge des veränderten Kräfteverhältnisses seine Hoffnungen auf Schwächung der Einheit der sozialistischen Gemeinschaft ebenfalls verstärkt auf den Nationalismus legen muß. Dabei wird der Antisowjetismus „gewissermaßen zum Angelpunkt der Tätigkeit der aggressiven und überhaupt der reaktionärsten Kräfte, die danach trachten, den Schwung der antiimperialistischen Kräfte einzudämmen und den Kampf der Massen gegen das Ausbeutersystem des Kapitals zu untergraben".[72] Denn der Einheit der kommunistischen Weltbewegung kommt weiterhin die Schlüsselposition im weiteren Fortgang des gesamten revolutionären Weltprozesses zu. Und die Tatsachen, z. B. die Entwicklung des RGW, zeigen, daß die Festigung der Geschlossenheit die dominierende Tendenz ist. Dabei wird die zentrale Frage einer internationalistischen Politik die richtige Verbindung von Nationalem und Internationalem. „Die objektiven Faktoren verlangen von den kommunistischen Parteien die Fähigkeit, die nationalen Besonderheiten und Interessen zu erkennen und zu berücksichtigen, sie drängen die Bruderparteien zugleich aber mit immer größerer Wucht auf den Weg einer engen Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Politik und Wirtschaft, auf den Weg der ökonomischen, politischen und kulturellen Annäherung, zur Vereinigung der materiellen und geistigen Ressourcen."[73] Daß den kommunistischen Parteien hier eine besondere Rolle zukommt, dazu trägt u. a. bei, daß gerade sie in jedem wichtigen Strom des revolutionären Prozesses vertreten sind und mit der einzig wissenschaftlichen Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung ausgerüstet sind und daher das Programm des antiimperialistischen

70 Vgl. S. Quilitzsch, Der Kampf der UdSSR um kollektive Sicherheit in Asien, in: Deutsche Außenpolitik 4/73, S. 808–824.
71 Tjiao Guan-hua vor der XXIX. UNO-Vollversammlung, in: PRu 41/74, S. 11.
72 B. Ponomarjow, PdFS 6/74, S. 732.
73 J. Zelt, Die politischen und ideologischen Grundlagen und die Entwicklung des proletarischen Internationalismus, in: Internationale Arbeiterbewegung und revolutionärer Kampf, Berlin 1973, S. 441–497, hier S. 460.

Kampfes besonders vollständig und allseitig zu formulieren vermögen. Ein Bestandteil dieser Strategie des Bündnisses des Proletariats mit allen antiimperialistischen Kräften, „einer Strategie, die sich nicht im nationalstaatlichen Rahmen abkapselt, sondern auf den ganzen revolutionären Weltprozeß ausgedehnt wird",[74] ist auch das Bündnis des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegungen. Geraten die Entwicklungsländer unter den Einfluß andersdenkender Strömungen, so führt dies unweigerlich dazu, daß dem internationalen Kapital Positionen überlassen werden. Mit anderen Worten: Antikommunismus und Antisowjetismus sind mit den Freiheitsbestrebungen der Völker absolut unvereinbar.

Die nationalen Befreiungsbewegungen stehen heute vor zutiefst miteinander verbundenen Grundaufgaben: „Alle Formen und Folgen der direkten kolonialen Unterdrückung zu beseitigen; die Errichtung irgendwelcher Formen des Neokolonialismus nicht zuzulassen und die bestehenden zu liquidieren; den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu beschreiten und danach zum Sozialismus vorzurücken. Die Lösung dieser Aufgaben ist nur in einer günstigen internationalen Situation denkbar . . ."[75] Die Maoisten aber unterstützen keine dieser Aufgaben. Es gibt z. Z. keine internationale Erscheinung mehr, die von ihnen noch vom proletarischen Internationalismus aus behandelt wird, und auch die Perspektiven der politischen Entwicklung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern werden von ihnen von den Positionen des Großmachtchauvinismus aus betrachtet[76], aus Furcht vor erneuter Isolierung haben sie vorsorglich in das neue Parteistatut die Formulierung „auftreten gegen den Großmacht-Chauvinismus" aufgenommen.[77] Da aber die Erhebung des Antisowjetismus zur langfristigen Staatspolitik gleichzeitig mit grundlegenden Änderungen in der Politik gegenüber den imperialistischen Ländern insbesondere den USA verbunden ist, bringen sie sich immer wieder in Widerspruch selbst zu ihren eigenen Aussagen. „Die Grenzen Pekings liegen hier darin, daß es weder von der konkreten Lage und den konkreten Interessen noch von der nationalen Würde vieler Staaten ausging, sondern nur von eigenen großmachtchauvinistischen Ambitionen."[78] Daß sie dies auch selbst erkennen, davon zeugt z. B. ihr Fernbleiben bei der Abstimmung über die Verurteilung der chilenischen Junta in der UNO[79], davon zeugt, daß die Hetze gegen die Entspannungspolitik in der Rede des chinesischen Vertreters auf der diesjährigen UNO-Vollversammlung im Vergleich zur letzten einen wesentlich geringen Teil einnimmt — angesichts der breiten Unterstützung, die gerade diese Politik findet.[80] Hier versuchen sie es mit Lügen (z. B. unterstützt entgegen Pekinger Behauptungen die ab-

74 Sarodow, PdFS 10/74, S. 1358.
75 A. Yata (Generalsekretär der Partei der Befreiung und des Sozialismus Marokkos), Wende in den internationalen Beziehungen und die nationale Befreiungsbewegung, in: PdFS 5/74, S. 613–620, hier S. 614.
76 Vgl. Sladkowski u. a., S. 91 ff.
77 X. Parteitag der KPCh, S. 63 f. und 71 f.
78 M. Lindow, S. 375 f.
79 Horizont 45/74, S. 7.
80 Vgl. Horizont 47/74, S. 8 f.: C. Einhorn, Stärkung der internationalen Sicherheit — Hauptthema der XXIX. UNO-Vollversammlung; Horizont 38/74, S. 8 f.: R. Schwarzkopf, Afrika und der Friedenskampf der sozialistischen Staatengemeinschaft; deutlich ist auch die breite Zustimmung zu den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion im ersten (politischen) Ausschuß der UNO-Vollversammlung. 22 Staaten unterzeichneten den Antrag auf Verbot des militärischen Mißbrauchs der Umwelt und des Klimas (UZ vom 12. 11. 1974). Einzig der Pekinger Vertreter sprach sich gegen jegliche Abrüstungsmaßnahmen aus (UZ vom 6. 11. 1974).

solute Mehrheit auch der afrikanischen Staaten die sowjetischen Vorschläge) und mit dem Beschwören des Scheiterns dieser Politik.[81] Gleichzeitig versuchen sie die Schuld für die Spannungen der Sowjetunion zuzuschreiben, wie erst kürzlich im Grußtelegramm zum 57. Jahrestag der Oktoberrevolution.[82] Dazu schrieb das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR im Antwortschreiben: „Was in Ihrem Telegramm vom 6. November dieses Jahres über die Wege und Mittel zur Regelung einiger Fragen der sowjetisch-chinesischen Beziehungen geäußert wird, sowie die gestellten verschiedenen Vorbedingungen bedeuten Wiederholungen der bisherigen Auffassungen der Führung der VR China und bieten keine Grundlage für Vereinbarungen."[83] Und Leonid Breshnew führte in seiner Rede zum 50. Jahrestag der VR in Ulan Bator aus: „Leider aber ist die Sache so, daß bei ihnen Worte und Taten auseinandergehen. Als Vorbedingung stellte Peking faktisch nichts mehr und nichts weniger als die Forderung, die sowjetischen Grenzschutztruppen aus einigen Gebieten unseres Territoriums abzuziehen, auf die die chinesischen Führer jetzt Anspruch erheben und sie deshalb als ‚umstritten' bezeichnen."[84]

Das ganze Manöver entpuppt sich als ein Versuch, das eigene ramponierte Aussehen aufzubessern, verbunden mit der Hoffnung, vielleicht doch noch die Frage der chinesisch-sowjetischen Beziehungen von den Beziehungen Chinas zu den anderen Ländern des sozialistischen Systems zu isolieren und letztere für sich zu gewinnen: Letztendlich ein erneuter Beweis, daß die Pekinger Führung nicht als Gegner, sondern als Verbündeter des Imperialismus auftritt. Die Maoisten haben also eine neue, zweite Kampffront gegen die kommunistische Weltbewegung und alle antiimperialistischen Kräfte auf dem Gebiet der Ideologie und Politik eröffnet, die nicht ignoriert werden darf.[85] Die Methoden und Mittel des Kampfes gegen den Maoismus können dabei natürlich von den einzelnen Abteilungen unterschiedlich sein. Sie hängen wesentlich von den konkreten Bedingungen der Auseinandersetzung zwischen diesen und den Maoisten ab, können der Sache des Sozialismus und auch China aber nur dann wirklichen Nutzen bringen, „wenn sie auf der Basis einer prinzipiellen proletarisch-klassenmäßigen Einschätzung des Maoismus als reaktionärer Strömung, die gegen die Grundinteressen der revolutionären Bewegung der Gegenwart gerichtet ist, angewandt werden".[86]

Und gerade dies tun in der BRD die DKP ebenso wie SDAJ und MSB Spartakus, wenn sie u. a. konsequent das schädliche Bündnis der Maoisten mit der äußersten Reaktion entlarven, wenn sie immer wieder die konterrevolutionäre Rolle dieser Gruppen in Fragen der internationalen Solidarität bloßstellen.[87]

81 Zum Beispiel PRu 7/74, S. 19 ff.: „Die sowjetischen Revisionisten erleiden mit ihrer Außenpolitik überall eine Abfuhr."
82 UZ vom 12. 11. 1974.
83 TASS, nach UZ vom 28. 11. 1974.
84 Zit. nach: UZ vom 28. 11. 1974.
85 PdFS 11/73, S. 1521.
86 A. G. Krutschinin, Das antisozialistische Wesen der Außenpolitik Pekings, in: Die antisozialistische . . ., S. 44–61, hier S. 61.
87 Neben der bereits erwähnten Broschüre des MSB Spartakus möchten wir hier noch auf das folgende Buch hinweisen: W. Gerns/R. Steigerwald/ G. Weiß, Opportunismus heute, Ffm. 1974, besonders S. 124–188.

Facit-Forum

Studentenschaft und imperatives Mandat

Hennes Klaus,
Münster

Der Genosse Ralph Peters arbeitet in seinem Beitrag „Studentenschaft und Imperatives Mandat" die Bedeutung heraus, die AStA und Studentenparlament (SP) dadurch besitzen, daß sie aus allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen hervorgehen und in der BRD mehrheitlich auf einem antimonopolistischen Aktionsprogramm arbeiten. Der Bedeutung, die die Organe der Verfaßten Studentenschaft dadurch haben, daß sie die Studenten aktiv in die Entwicklung und Durchführung dieses Programms einbeziehen, wird von ihm aber kaum Aufmerksamkeit geschenkt.

Es ist sicher richtig, daß der bestimmende Inhalt jeder revolutionären Politik an der Hochschule nur sein kann, die Mehrheit der Studenten auf der Grundlage eines antimonopolistischen Aktionsprogramms zusammenzuschließen. Angeblich basisdemokratische Modelle, z. B. die Forderung nach dem imperativen Mandat, die darauf abzielen, den Mehrheitswillen der Studenten umgehen zu können, genügen „den inhaltlichen Zielen des politischen, revolutionären Kampfes in keiner Weise" (Peters). Es ist daher notwendig, den AStA an das aus allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangene Studentenparlament zu binden und nicht an Beschlüsse von sogenannten Uni-Vollversammlungen, die fast nie den Repräsentationsgrad von SP-Wahlen erreichen können.

In der Auseinandersetzung mit dem ultralinken Sektierertum betont Peters zu Recht diese Seite einer revolutionären Politik. Im Folgenden soll anhand der Erfahrungen der Münsteraner Studentenbewegung dargestellt werden, welche Bedeutung es hat, Formen unmittelbarer Demokratie in die Studentenschaftssatzung zu verankern, um die Studentenschaft zu einem aktiven Träger des antimonopolistischen Kampfes zu entwikkeln.

Eine unbedingte Voraussetzung hierfür ist die bestmögliche Verbindung zwischen der Eigenständigkeit der studentischen Interessenvertretungsorgane, ihrer Repräsentativität, der aktiven Teilnahme der Studenten an der Politik und damit der **Rechenschaftspflichtigkeit der studentischen Vertreter gegenüber ihren Wählern.** In der Geschichte der Münsteraner Studentenbewegung hat der Kampf um die Studentenschaftssatzung eine herausragende Rolle gespielt. Nach dem Hochschulgesetz von NRW im Jahr 1970 sollte die Verfaßte Studentenschaft abgeschafft werden. Die Vertretung der Studenten in den Kollegialorganen der Hochschule sei als Interessenvertretung der Studenten ausreichend, so argumentierte das Wissenschaftsministerium. Im Einklang damit löste der RCDS in seinem Entwurf einer Studentenschaftssatzung die traditionellen Organe der Studenten – Fachschaftsvertretung (FSV), SP und AStA – als eigenständige Interessenvertretungsorgane der Studenten auf. Nach RCDS-Vorstellungen sollten die studentischen Vertreter in den Fachbereichskonferenzen und im Konvent, die aus Briefwahlen hervorgehen und nur ihrem Gewissen verantwortlich sind, gleichzeitig auch die FSV bzw. das SP bilden. Verbal wären damit zwar FSV, SP und AStA erhalten geblieben, real aber wären sie aufgelöst gewesen.

Demgegenüber entwickelten der MSB Spartakus und der SHB eine Satzung, die am Prinzip der Eigenständigkeit studentischer Interessenvertretung (mit Satzungsautonomie, Beitragshoheit und politischem Mandat) festhielt, die Rechenschaftspflichtigkeit der gewählten studentischen Vertreter gegenüber ihren Wählern betonte und die Studenten aktiv in die Entwicklung und Durchführung der Politik mit einbeziehen wollte. Das hieß auf der Ebene der Gesamt-Uni: keine Brief-, sondern Urnenwahl für das SP und Verankerung der Urabstimmung in der Studentenschaftssatzung als höchstes Organ der Studentenschaft der Universität. Auf Fachbereichsebene: die Fachbereichs-Vollversammlung als höchstes beschließendes Organ, die die FSV wählt und deren Politik kontrolliert.

Der Satzungsentwurf des MSB und SHB wurde von der Studentenschaft in mehreren Urabstimmungen angenommen; gegen alle Versuche des RCDS und der Uni-Leitung, die Satzung außer Kraft zu setzen, wurde vom Senat der Uni die Anerkennung erzwungen.

Diese Verbindung von eigenständiger Interessenvertretung und Kontrolle der studentischen Vertreter durch ihre Wähler versuchen auch verschiedene Länder in ihren Hochschulgesetzen dadurch zu verhindern, indem sie durch die Auflösung der Verfaßten Studentenschaft eine eigenständige Interessenvertretung generell untersagen wollen. Aber auch die Bundesregierung will mit dem Hochschulrahmengesetz dasselbe Ziel – wenn auch taktisch etwas vorsichtiger vorgehend – erreichen. § 44 HRG-Entwurf besagt, daß studentische Vertreter nur ihrem Gewissen verantwortlich seien und deshalb an Weisungen nicht gebunden, die Wahlen zu den Organen der studentischen Selbstverwaltung seien gleichzeitig mit den Wahlen zu den Kollegialorganen der Hochschule durchzuführen, was die Einführung der Briefwahl auch für die FSV und das SP bedeutet.

Die aktive Teilnahme der Studenten an der Entwicklung und Durchführung der studentischen Politik, die Verantwortung der gewählten Vertreter gegenüber ihren Wählern – das will die CDU/CSU, das wollen die rechten Kräfte in FDP und SPD verhindern, weil das eigene Eintreten der Studenten für ihre Interessen den Herrschenden Zugeständnisse abringen kann, weil nicht so sehr durch theoretische Zirkel, sondern vielmehr in Massenaktionen politisches Bewußtsein sich in der Studentenschaft entwickelt.

Wie die Bedeutung, die AStA und SP dadurch haben, daß sie aus allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen hervorgehen und mehrheitlich ein antimonopolistisches Aktionsprogramm vertreten, gegen alle sektiererischen Versuche verteidigt werden müssen, mittels des imperativen Mandats die Mehrheit der Studenten umgehen zu wollen, genauso müssen aber alle Formen studentischer Politik von uns verteidigt werden, die eine aktive Einbeziehung der Studenten ermöglichen und fördern. Dazu gehört, auf Hochschulebene die Urabstimmung als höchstes beschließendes Organ der Studentenschaft zu erhalten, dazu gehört, das Prinzip der Urnenwahl gegen die Einführung der Briefwahl durchzusetzen. Auf Fachbereichs- bzw. Institutsebene muß von uns die Vollversammlung als entscheidendes Beschlußgremium der Studentenschaft des jeweiligen Fachbereichs bzw. Instituts erhalten bleiben. Die Vollversammlung wählt die FSV, die FSV ist der VV rechenschaftspflichtig. Wir sollten auch – wo immer es noch möglich ist – dafür kämpfen, daß die studentischen Vertreter in den Kollegialorganen auf Fachbereichs- bzw. Institutsebene auf den VVs gewählt werden. In der Praxis hat sich nun herausgestellt, daß die sektiererischen Gruppen, vor allem in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, versuchen, wenn sie auf FSV-Wahlen unterlegen sind, durch ständige VVs, auf denen schließlich nur noch die organisierten Studenten eines Fachbereichs anwesend sind, durch Majorisierung der Redner-Listen, Ablenkung von den unmittelbar zu lösenden Aufgaben und an deren Stelle durch fruchtlose verbalradikale Grundsatzdiskussionen über Fragen der Strategie und Taktik, durch die Stoßrichtung ihres Kampfes gegen die gewerkschaftlich orientierte Politik und insbesondere gegen den Spartakus, durch psychischen und manchmal handgreiflichen Druck auf alle die Redner, die nicht ihre Position vertreten – mit diesen Mitteln versuchen die Ultralinken einmal gewählten Fachschaftsvertretungen ihre Politik aufzuzwingen. Die studentische Mehrheit eines Fachbereichs/Instituts nimmt daher an VVs nicht mehr teil und betrachtet sie nicht – und das kann sie auch gar nicht – als eine Form der Diskussion studentischer Politik und als Ausdrucksmöglichkeit aktiven Engagements. Formen, die sich in den Augen vieler Studenten schon selbst ad absurdum geführt haben, werden die Herrschenden ohne Mühe auflösen können, weil niemand dann da sein wird, der sie zu verteidigen bereit ist.

Diese Schwierigkeiten dürfen uns aber nicht davon abhalten, mit allen Mitteln das Prinzip FSV – Vollversammlung, also eine bestimmte Form des imperativen Mandats, zu verteidigen. Um den Angriff der Herrschenden auf diese Form unmittelbarer Demokratie abzuwehren, ist wiederum wie in allen prinzipiellen Fragen des antimonopolistischen Kampfes eine kompromißlose Auseinandersetzung mit den ultralinken Sektierern notwendig. Konkret haben sich folgende

Grundsätze und Verhaltensweisen für die Auseinandersetzung bewährt:

1. Wir lassen uns keine ständigen Vollversammlungen aufzwingen. Es ist besser, eine VV, auf der nur organisierte Studenten anwesend sind, zu verlassen und die Zeit für das individuelle Gespräch mit den Studenten zu nutzen, als sich fruchtlos mit den Sektierern herumzuschlagen.

2. Die FSV wird zumeist auf relativ gut besuchten VVs gewählt. Grundlage der Wahl muß ein konkretes Aktionsprogramm sein, auf dessen Grundlage die FSV die Politik entwickelt, unabhängig davon, ob die Sektierer einmal auf einer VV die Mehrheit haben und andere Beschlüsse fassen. Die FSV ist nämlich kein Ausschuß einer VV und bedarf eines VV-Beschlusses, bevor sie handelt. Sie entwickelt vielmehr auf der Grundlage des FSV-Programms auch eigenständig die Politik, sie versucht die Studenten durch öffentliche und angekündigte FSV-Sitzungen, durch Projektgruppen an der FSV und durch Aktionsberatungen zur ständigen aktiven Mitarbeit zu interessieren und zu gewinnen. Auf den VVs müssen jedoch die **zentralen Aufgaben** des politischen Interessenkampfes der nächsten Wochen diskutiert werden.

3. Unser Ziel auf einer VV ist es, mit der Mehrheit der Studenten zu diskutieren und mit ihnen unsere Politik zu entwickeln, und nicht, uns mit den Sektierern herumzuschlagen (was ab und zu sogar wörtlich zu nehmen ist). Kennen wir die Probleme der Studenten, bereiten wir mit ihnen in den Arbeitsgruppen, in den Seminaren, in Projektgruppen oder durch persönliche Gespräche die VVs gemeinsam vor, erfahren sie, daß wir mit ihnen auf den VVs den Interessenkampf organisieren wollen, dann werden sie auch verstehen, wenn wir Tagesordnungspunkte der Sektierer, die nur vom Interessenkampf ablenken wollen, ihre ständigen vom politischen Tageskampf abhaltenden Resolutionen ablehnen, wenn wir per Abstimmung Schluß der Debatte durchsetzen, auch wenn die Sektierer von Einschränkung der Redefreiheit u. ä. zu schreien anfangen, und wenn wir mit den Studenten auch eine VV nach zwei bis drei Stunden beenden.

4. Wir sollten auch häufig auf VVs, und zwar nicht allgemein, sondern an den konkreten Tagesaufgaben, die vor uns liegen, den Studenten verdeutlichen, daß die sektiererische Politik nur den Rechten nützt. Die Sektierer werden zwar toben, wir würden rechts gleich links setzen, aber nur so wird immer mehr sich „links verstehenden" Studenten die objektive Funktion sektiererischer Politik deutlich werden.

5. Gerade junge Genossen und vor allem auch unorganisierte Studenten sollten ihre Angst ablegen, auf einer VV zu reden, weil die Angriffe und der psychische Druck durch die Sektierer, ungenügende Klassikerkenntnisse oder noch fehlende ideologische Sicherheit in allen Fragen der Strategie und Taktik sie verunsichern. Wir können nicht das Ziel haben, auf VVs die Sektierer von unserer Position zu überzeugen. Häufig fehlen gerade auf VVs Vorschläge, wie ein antimonopolistisches Programm in Aktionen umgesetzt werden kann, und die unmittelbaren brennenden Probleme der Studenten kommen nicht zur Sprache. Dem widerspricht natürlich nicht, daß wir uns auch prinzipiell mit der sektiererischen Politik auseinandersetzen müssen, daß wir als marxistischer Studentenverband umfassend unsere Vorschläge begründen müssen. Am wirksamsten aber werden sektiererische Vorstellungen durch den eigenen aktiven antimonopolistischen Kampf widerlegt. Ein Infotisch in der Stadt zu den Berufsverboten, die Diskussion mit der Bevölkerung über deren grundgesetzwidrigen Charakter schafft zumeist mehr Klarheit darüber, warum der antimonopolistische Kampf auf der Grundlage der grundgesetzlich garantierten Rechte und Freiheiten die einzige Möglichkeit revolutionärer Politik in der Gegenwart sein kann, als eine Diskussion darüber, ob das Grundgesetz ein bürgerliches Gesetz sei, daher der Kampf für die Verwirklichung grundgesetzlich garantierter Rechte und Freiheiten ein Kampf für die bürgerliche Gesellschaftsordnung sein müsse.

Ich halte es für sinnvoll, wenn entsprechend dieser Grundsätze auch formale Regelungen in die Studentenschaftssatzungen und Fachschafts-, Instituts-, Fachbereichssatzungen aufgenommen werden, um den Sektierern ihre desorientierende Politik immer mehr unmöglich zu machen.

Gert Christ,
FHS Frankfurt

Der Artikel „Studentenschaft und Imperatives Mandat" (Facit 35) von Ralph Peters geht auf eine Frage ein, die in der fortschrittlichen Studentenbewegung seit längerem diskutiert wird und wo es viele Unklarheiten gab und auch teilweise noch gibt.

An der Fachhochschule Frankfurt ist die Frage des imperativen Mandats in den letzten Semestern ein ständiger Punkt der Auseinandersetzung zwischen dem MSB Spartakus und dem AStA (MSB und SHB) einerseits, und maoistischen und spontaneistischen Gruppen andererseits gewesen. Die Position dieser Gruppen und Grüppchen zum „imperativen Mandat" macht am besten das folgende Zitat deutlich: „Wir meinen dagegen, daß der AStA ein Organ der Studenten sein muß, das sich einer direkten Kontrolle und Einflußnahme durch Fachbereichs- und Fachhochschul-Vollversammlungen zu unterwerfen hat. Der AStA kann nur dann ein Instrument der Studenten im demokratischen Kampf sein, wenn er durch Fachhochschul-Vollversammlungen jederzeit abwählbar ist" (aus „KSB-Fachhochschul-Info" Extra zur Stupawahl 17. 10. 73).

Daß eine formale Verankerung des „imperativen Mandats" in der Satzung der Studentenschaft und die Handhabung des „imperativen Mandats", wie es diese Gruppen verstehen, nicht per se fortschrittlich ist, läßt sich an den Auseinandersetzungen, die in diesem Semester an der Fachhochschule Frankfurt (FHF) stattfanden, aufzeigen.

Zu Beginn dieses Semesters wurde an der FHF das Studentenparlament neu gewählt. Bei diesen Wahlen konnte, bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung von 52 Prozent, der MSB Spartakus und auch der SHB Stimmengewinne erzielen und stellen, wie in den vorhergehenden Semestern, die absolute Mehrheit im Studentenparlament.

Ausgehend von der Analyse der objektiven Lage der Studenten – den sich verschlechternden Studienbedingungen, dem völlig unzureichenden BAFöG bei steigenden Mensapreisen und Wohnheimmieten und den allgemeinen Preissteigerungen – hatte der MSB Spartakus ein AStA-Aktionsprogramm vorgelegt, dessen Schwerpunkt der Kampf um die Verbesserung der sozialen Lage der Studenten war.

Auf Grundlage der von MSB und SHB vorgelegten Aktionsprogramme, die eine ähnliche Schwerpunktsetzung hatten, wurde nach öffentlichen Koalitionsverhandlungen auf der Basis einer gemeinsamen Plattform, im Studentenparlament, von MSB und SHB der neue AStA gebildet.

Gleich zu Beginn des Wintersemesters gab es an unserer FH, wie an den meisten Hoch- und Fachhochschulen der BRD, Aktionen gegen die Verschlechterung unserer sozialen Lage. Die Aktionen, die im wesentlichen vom MSB initiiert wurden, richteten sich vor allem gegen die Steigerung der Mensapreise. Der neugebildete AStA griff diese Aktionen auf. Es wurden Aktionsgruppen gebildet, um gemeinsam mit den Studenten Aktionen zu diskutieren und vorzubereiten, und sie an der Durchführung des AStA-Programms zu beteiligen. Doch auch an der FHF zeigte sich, daß der verstärkte Druck der herrschenden Klasse auf die Studenten – die Stillhaltekampagnen, Verschärfung der Berufsverbote, Angriffe auf die Verfaßte Studentenschaft usw. – nicht ohne Wirkung geblieben ist. Viele Studenten sehen keine Möglichkeiten für Erfolge, haben Angst und versuchen, indem sie sich ins Studium zurückziehen, zu überwintern ... Trotzdem sich bei den Stupawahlen mehr Studenten als je zuvor an der FHF für ein antimonopolistisches Aktionsprogramm entschieden hatten, war die Bereitschaft, aktiv zu werden, in Aktionsgruppen mitzuarbeiten oder sich selber an Aktionen zu beteiligen, geringer als in vorhergehenden Semestern.

Dies zeigte sich auch auf Vollversammlungen, in denen es um die soziale Lage der Studenten und konkret um die Beteiligung an der BAFöG-Rallye des vds und die Durchführung einer regionalen hessischen Demonstration ging. Auf diesen Vollversammlungen, und hier wären wir wieder beim „imperativen Mandat", versuchten „KSB" (KBW) und Spontaneisten, unter Ausnutzung der von den Herrschenden hervorgerufenen Massenstimmung, dem AStA ihre Stillhaltepolitik aufzuzwingen. Sie, die keinerlei Aktionsvorschläge machen konnten, wollten mit Hilfe des „imperativen Mandats" und mit der Begründung, „es sei keine Bewegung da", dem AStA verbieten, zur Beteiligung an der BAFöG-Rallye und der Demonstration der hessischen Schüler, Lehrlinge und Studenten am 7. Dezember aufzurufen.

Die Frage, die sich hier stellt und die im Artikel von Peters nicht explizit beantwortet wird, ist: Muß ein AStA, der auf einer Vollversammlung für seine Vorschläge keine Mehrheiten findet, zurücktreten, wie es Basisdemokraten und maoistische Grüppchen immer wieder fordern? Und weiter: Ist ein AStA, der auf der Basis einer antimonopolistischen Aktionsplattform gewählt wurde, gezwungen, die Hände in den Schoß zu legen, wenn dies auf einer VV mehrheitlich beschlossen wird?

Wenn Peters schreibt: „Demokratie in der Studentenschaft ist die Durchführung des antimonopolistischen Aktionsprogramms, das aus allgemeinen und gleichen Wahlen als Mehrheitsprogramm hervorgegangen ist, also die Verwirklichung eines solchen AStA-Programms durch Massenaktionen und Unterstützung des AStA", dann kann das meiner Meinung nach bedeuten, daß ein AStA, der auf der Basis einer antimonopolistischen Aktionsplattform gewählt wurde und auf einer Vollversammlung eine Abstimmungsniederlage erleidet, überprüfen und gemeinsam mit den Studenten diskutieren muß, was er falsch gemacht hat. . . . So erfährt er auch, ob er seine Politik richtig vermittelt hat, ob er die Studentenschaft rechtzeitig in die Entwicklung der Politik miteinbezogen hat und hat, wenn nötig, die Möglichkeit, gemachte Fehler zu korrigieren. Wer jedoch, wie maoistische und spontaneistische Gruppen, aus der Unfähigkeit heraus, die gegenwärtige politische Situation zu analysieren und der Masse der Studenten Perspektiven für ihren Interessenkampf aufzuzeigen, mit Hilfe des „imperativen Mandats" jeglichen Kampf um die Verbesserung unserer sozialen Lage verhindern will und dies auch noch als demokratisch bezeichnet, zeigt, welch bürgerliches Verständnis von Demokratie er hat. Die Begründung, „daß keine Bewegung da sei, daß sich an der Basis nichts tue", ist totales Kapitulantentum und hat mit revolutionärer Politik nicht das geringste gemein, im Endeffekt ist es dieselbe Politik, wie sie von rechten Studentengruppen, im Interesse der herrschenden Klasse, betrieben wird.

Die von Basisdemokraten und Maoisten geforderte Verankerung des „imperativen Mandats" in der Satzung der Studentenschaft und die „jederzeitige Abwählbarkeit des AStA auf VVs" schwächen die Studentenschaft im Kampf um ihre Interessen und helfen, gewollt oder ungewollt, der herrschenden Klasse bei ihren Versuchen, die Verfaßte Studentenschaft ganz zu zerschlagen. Dies haben die Auseinandersetzungen an der FHF in diesem Semester gezeigt.

„Wirkliches imperatives Mandat heißt deshalb die Herstellung der Einheit des antimonopolistischen Interessenkampfes der Studentenschaft auf allen Ebenen, die Einheit von Massenaktion, Vollversammlung, Studentenparlament und AStA."

(Facit 35 Peters . . .)

Es zeigt sich in diesem Semester mehr denn je, daß zur Herstellung dieser Einheit ein starker MSB Spartakus nötig ist.

Holger Böning,
Bremen

. . . Wir sind uns darüber einig, daß die neue Qualität der demokratischen Studentenbewegung in der BRD entscheidend auch dadurch bestimmt wird, daß es verstanden wurde, die verfaßten Organe wieder zu schlagkräftigen Instrumenten zur Durchsetzung studentischer Interessen zu entwikkeln, die mit ihrer Politik der gewerkschaftlichen Orientierung einen wichtigen Beitrag geleistet haben zur Entfachung und Durchführung breiter antimonopolistischer Kämpfe. Die Erfolge, die bei der Mobilisierung breiter Teile der Studentenschaft errungen werden konnten, sind darauf zurückzuführen, daß eine Politik entwickelt wurde, die anknüpfte an die objektiven Interessen der Studenten und die es ihnen vor allem ermöglichte, für ihre **elementaren** Interessen **selbst** aktiv zu werden. Fast überflüssig, nochmals zu betonen, daß dabei die verfaßten Organe, die auf der Basis der gewerkschaftlichen Orientierung gearbeitet haben und arbeiten, eine zentrale Rolle spielen. Fast überflüssig auch, daß aus dieser Erkenntnis die logische Schlußfolgerung sich ableitet, alle Kraft einzusetzen, um diese verfaßten Organe zu stärken.

Nicht zufällig unternehmen die Herrschenden alles, um die verfaßten Organe und besonders den vds zu zerschlagen.

Wie muß nun zur Stärkung der verfaßten Organe das Verhältnis zwischen der Studenten-

schaft und diesen Organen organisiert sein?

Da es in diesem Zusammenhang hier vor allem um das Problem des imperativen Mandats geht, ist die Frage zu stellen, wie der Wunsch einer Reihe von Kommilitonen, das Recht, den Vertretern in den verfaßten Organen jederzeit Aufträge erteilen zu können, in Anspruch zu nehmen, zu erklären ist. Einmal ist hierfür sicher mit entscheidend die Erfahrung, die täglich mit bürgerlichen Parlamentariern gemacht wird. Einmal gewählt, gibt es für den Wähler kaum noch Möglichkeiten, in Entscheidungen einzugreifen, sie zu beeinflussen und zu kontrollieren. Der sich hier ausdrückende Wunsch nach Kontrolle der gewählten Vertreter muß in jeder Studentenschaftssatzung seinen Ausdruck finden durch die Verankerung der Rechenschaftspflicht, der Pflicht zur Diskussion der Politik, durch das Recht, den Vertretern in den verfaßten Organen das Mißtrauen auszusprechen und durch das Recht zur Ab- bzw. Neuwahl.

Doch das Recht zu Kontrolle und Abwahl und das Recht, den verfaßten Organen jederzeit Aufträge und Weisungen erteilen zu können, sind zwei völlig verschiedene Dinge! Wird das eine Mal die Legitimität der gewählten Organe und deren Recht, die studentischen Interessen legitimiert zu vertreten, nicht nur zu den Wahlen, sondern während der gesamten Wahlperiode deutlich gemacht und so die Verfaßte Studentenschaft gestärkt, so wird das andere Mal die Wahl von bestimmten politischen Programmen ad absurdum geführt. Die Verfaßte Studentenschaft wird geschwächt und zur Wirkungslosigkeit verurteilt, wenn sie zum geschäftsführenden Ausschuß wechselnder Vollversammlungsmehrheiten degradiert wird. Von der Mehrheit der Studenten wird ein politisches Programm gewählt; verbunden damit muß es die Möglichkeit zu kontinuierlicher politischer Arbeit geben, ohne die ein solches Programm Papier bleiben muß und nicht in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann. Der MSB Spartakus führt die Bezeichnung „marxistisch" nicht zufällig in seinem Namen. Wir erwerben das Vertrauen der Studenten mit einer Politik, die entwickelt ist aus der wissenschaftlichen Analyse der konkreten Verhältnisse in der Gesellschaft und an den Hochschulen. Mit unserer antimonopolistischen Politik, mit der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung haben wir zusammen mit unseren Bündnispartnern an der Mehrzahl der Hochschulen der BRD Mehrheiten unter den Studenten erlangen können. Unsere Politik würde aber völlig unglaubwürdig und opportunistisch werden, würden wir uns bereit erklären, in den verfaßten Organen nicht die Politik zu vertreten, für die uns die Mehrheit der Kommilitonen ihr Mandat erteilt hat. Erwähnt sei hier noch, daß das Problem des imperativen Mandats nur dort auftauchen wird, wo es uns zwar gelingt, in Wahlen Mehrheiten zu erlangen, wir aber nicht in der Lage sind, breite Teile auch in die Umsetzung der Politik mit einzubeziehen. Wo das der Fall ist, das sei noch einmal betont, sind wir für das Recht auf Kontrolle und auf Abwahl. Aber ein imperatives Mandat in der Studentenschaftssatzung zu verankern, das ist Unfug und schwächt die verfaßten Organe und damit die Kampfpositionen der demokratischen Studentenbewegung in der Bundesrepublik.

Christfried Seifert,
Bonn

Zum Artikel von R. Peters sind Berichte von praktischen Erfahrungen einiger Gruppen aus der Auseinandersetzung mit Verfechtern des imperativen Mandats eingegangen. Sie beleuchten dieses Problem von verschiedenen Gesichtspunkten aus, die sich auf der Grundlinie des Artikels von R. Peters bewegen, was nicht heißt, daß sämtliche in den Artikeln enthaltenen Einschätzungen von der Redaktion geteilt werden.

In den folgenden Thesen geht es darum, die Meinung des Verbandes in gedrängter Form darzustellen. Selbstverständlich kann dabei nicht auf alle taktischen Varianten eingegangen werden. Zu solchen Aspekten, die die Grundeinschätzung vertiefen helfen, bitten wir um weitere Zuschriften aus dem Leben der Gruppen.

„Wenn die revolutionäre Arbeiterbewegung ihr Verhältnis zu parlamentarischen Wahlen und zum Parlamentarismus überhaupt definierte, ging sie stets vom **Primat des außer-**

parlamentarischen Massenkampfes aus.“ (Herv. d. Verf.)

I. Diese einleitenden Sätze im Artikel von R. Peters gelten auch uneingeschränkt als Maxime für das politische Wirken des MSB Spartakus unter den Studenten und in den politischen Organen der Studentenschaft. Ausgehend von seinem antimonopolistischen Aktionsprogramm versucht er, die Studenten für ihre eigenen Interessen in den Kampf an der Seite der Arbeiter zu führen. Die Geschichte der Studentenbewegung lehrt, daß nur auf diesem Wege Tageserfolge errungen werden können und sich den Studenten eine historische Perspektive eröffnet.

II. In Anerkennung der elementaren Dialektik von Aktion und Bewußtseinsentwicklung im Rahmen des antimonopolistischen Kampfes hat der MSB Spartakus überhaupt kein Interesse daran, die Studenten von der Diskussion und Mitarbeit an der Politik abzuhalten. Ganz im Gegenteil, weil wir wissen, daß wir ohne die Aktivierung und Einbeziehung der Studenten nichts von unserer Programmatik verwirklichen können, suchen wir Formen unmittelbarer Demokratie und setzen sie bewußt ein.

Bestrebungen, die darauf abzielen, repräsentative Formen von Demokratie an den Hochschulen einzuführen, setzen wir deshalb unseren Widerstand entgegen, weil sie die Studenten in politische Apathie führen.

III. Diese Überlegungen leiten uns auch beim Herangehen an die Frage des Verhältnisses von Studenten zu ihren gewählten Vertretern in den ASten und Fachschaften. Sie sind auf der Basis ihres Wahlprogrammes den Studenten rechenschaftspflichtig. Nur so können sie das Vertrauen der Studenten erringen.

An diese Programmatik sind die Vertreter in den ASten gebunden und am Grad ihrer Durchsetzung sollen sie gemessen werden. Wir machen nicht leere Versprechungen, sondern greifen die Probleme an den Hochschulen auf und sagen, wie für ihre Beseitigung gekämpft werden kann.

Die Darlegung der nächsten Schritte und Kampfformen ist direkter Bestandteil unserer Wahlprogramme, die wir den Studenten zur Abstimmung stellen.

IV. Unter diesem Blickwinkel gehen wir an die Frage der SP-Wahlen heran. In ihnen soll unter den Studenten die Klarheit über die nächsten Aufgaben vermittelt werden. Außerdem soll eine Aktivierung, die in einer hohen Wahlbeteiligung und einem guten Abschneiden für den MSB zum Ausdruck kommt, erreicht werden. Diese Faktoren sind wichtige Gradmesser für einen aussichtsreichen Kampf der Studenten.

V. In der Entfaltung der studentischen Kämfe kommt es darauf an, über den Kreis der organisierten hinaus, weitere Studenten kontinuierlich in den Kampf einzubeziehen. Darüber hinaus ist es wichtig, in einer direkten Verbindung zum aktiven Kern der Studenten über die nächsten Schritte und Maßnahmen zu diskutieren und zu beschließen. Als eine solche Form betrachten wir die Studentenvollversammlung.

VI. Allgemeine Urnenwahlen für die Studentenparlamente und Vollversammlungen sehen wir nicht als Gegensatz. Sie stehen in einem engen Wechselverhältnis. Für einen Kampfabschnitt (Wahlperiode) formulieren wir unsere programmatischen Ziele. Die VVs sind neben anderen Foren (Aktionsberatung, teach-in usw.) ein Forum der unmittelbaren Demokratie, auf dem wir unsere Politik zur Diskussion stellen, kritische Anregungen des engsten und aktivsten Kerns der Studenten einholen und Unterstützung für unsere Aktionsvorschläge erkämpfen, um mehr Studenten für den antimonopolistischen Interessenkampf zu gewinnen. VVs sind also kein uns aufgezwungenes Übel, sondern eine Kampfform, die bewußt und offensiv bei der Entfaltung von Massenkämpfen eingesetzt wird. Wir sind der Meinung, daß sich diese Form unmittelbarer Demokratie nur im Rahmen eines antimonopolistischen Programms der Verfaßten Studentenschaft entfalten kann. Nur durch eine klare Aufgabenstellung, die aus den im Programm formulierten Kampfaufgaben folgt, vermag die VV zu einer Klärung unter den Studenten und zu einer deutlichen Orientierung auf die nächsten Aktionsschritte beitragen.

VII. Deshalb treten wir Meinungen, die Urnenwahlen und VV einander gegenüberstellen, entgegen. Nicht, weil während der Urnenwahlen die Studenten „frei und geheim“ abstimmen können. Wir betrachten sie vielmehr unter dem Gesichtswinkel der Möglichkeit, in einem Klima gestiegener politischer Aufmerksamkeit viel enger, inhaltsreicher und kontinuierlicher als auf einer VV mit den Studenten um die Wege zur Lösung anstehender politischer Aufgaben an der

Hochschule zu diskutieren. Die Rechenschaftslegung und die Diskussion unserer Politik nimmt hierbei einen zentralen Stellenwert ein. Einmal, um noch mehr Studenten von unserer Politik zu überzeugen, aber auch, um ein instinktives Mißtrauen gegenüber Wahlprogrammen abzubrauen, das bestimmte bürgerliche Parlamentspraktiken bei ihnen erzeugt haben. Deshalb wenden wir uns auch gegen die Einführung der Briefwahl an den Hochschulen.

VIII. Eine Kontrollfunktion der VV gegenüber dem AStA in dem Sinne, daß sie den AStA an ihre Entscheidungen binden will, lehnen wir ab.
Der VV kommt nicht qua Form, sozusagen wesenseigen, eine höhere Weihe, ein demokratischeres Recht zu, das sie über die Organe der Verfaßten Studentenschaft stellt.

Wohin eine solche Praxis führt, zeigen die politischen Entwicklungen an manchen Hochschulen, an denen die VV-Maschinerie, bis zum Exzeß betrieben, eine Entpolitisierung herbeigeführt hat. Eine Entpolitisierung in dem Sinne, daß die verschiedenen politischen Gruppen unter sich diskutieren unter Ausschluß der Masse der Studenten. Warum? Weil es politisch naiv ist, zu glauben, eine politische Programmatik von Fall zu Fall jedesmal von neuem entwickeln zu können.
Hinter solcher Praxis steckt die grundfalsche spontaneistische basisdemokratische Vorstellung, studentische Politik erschöpfe sich in einer Kette augenblicklicher Eruptionen.
Die Studentenbewegung braucht demgegenüber kontinuierlich und planend arbeitende Organe der Verfaßten Studentenschaft, die durch VVs und andere Diskussions- und Organisationsformen, den aktiven Kern der Studenten verbreitern helfen.

Diese Notwendigkeit ergibt sich aus dem Charakter der studentischen Kämpfe gegen den Staat als Sachwalter der Interessen der Monopole.

IX. Deshalb sind für den MSB Spartakus Studentenvollversammlungen wichtige Meilensteine für die Entwicklung der studentischen Kämpfe. Deshalb schenken wir der Vorbereitung die gebührende Beachtung. Schon in dieser Phase fallen Vorentscheidungen über den Ausgang der VV. Wir verankern unsere antimonopolistische Programmatik und unsere Vorschläge für die nächsten Schritte unter den Studenten. Ohne Abstriche von grundlegenden Positionen zugunsten von Augenblickserfolgen zu machen, diskutieren wir unser Verhalten in den verfaßten Organen und nehmen berechtigte Kritikpunkte der Studenten in die künftige politische Praxis auf. Dazu müssen wir auf mannigfaltige Weise das Gespräch mit den Studenten suchen, um die zur Entscheidung anstehenden Fragen zu diskutieren und unsere Aktionsvorschläge zu erläutern.

Die Krise des Kapitalismus

Ulrich Brameier, Mitglied des Bundesvorstandes des Liberalen Hochschulverbandes (LHV), Krise des Kapitalismus.

Wenn die Redaktion einer sich der marxistischen Theorie und Politik verschriebenen Zeitschrift einen Liberalen um einen Beitrag zur „Krise des Kapitalismus" bittet, so liegt es für diesen nahe, von der Marxistischen Krisentheorie, die vermutlich den theoretischen Bezugspunkt der Redaktion und des überwiegenden Teils der Leser darstellt, auszugehen und im Anschluß daran eigene Vorstellungen zu entwickeln.

Dabei will der Verfasser keinen wissenschaftlichen Exkurs vorlegen. Wichtig ist es ihm, einen Diskussionsbeitrag zu liefern, denn allzuoft setzen sich Marxisten mit Marxisten und Liberale mit Liberalen zum Gespräch zusammen, und dabei bestätigt man sich dann regelmäßig die eigenen Ansichten. Infragestellung der eigenen Position ist nur selten gefragt.

Dankbar nimmt der Verfasser daher die Einladung der „facit"-Redaktion zu diesem Beitrag an.

I.

Die von Karl Marx aufgestellte Prognose von der Entwicklung des Kapitalismus[1] ist durch zwei unterschiedliche Argumentationsketten gekennzeichnet.

Die eine von Marx vorhergesagte Entwicklungslinie geht aus von der Konzentration des Kapitals und stellt ihr eine zunehmende Verelendung breiter Massen besitzloser Arbeiter gegenüber. Durch die Zuspitzung dieser sozialen Gegensätze kommt es – so die Theorie – zur revolutionären Umwälzung, in deren Verlauf das Proletariat die Kapitalisten enteignet und die Produktionsmittel in die eigene Hand nimmt.

Die zweite Entwicklungslinie der Marxschen Theorie zielt nicht auf den sozialen Gegensatz, sondern vorwiegend auf die ökonomischen Schwächen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Überlegungen gehen davon aus, daß die Vermehrung des „konstanten" Kapitals im Verhältnis zum „variablen" zum Sinken der Profitrate führt, da diese abhängig ist vom Mehrwert, der wiederum nur vom „variablen" Kapital erzeugt werden kann. Der Versuch der Kapitalisten, durch eine forcierte Produktion das Sinken der Profitrate aufzuhalten, führt bei Überproduktion und einer durch die Verelendung der Arbeiter bedingten Unterkonsumtion zu sich immer mehr verstärkenden Wirtschaftskrisen.

Prophezeit wird also im letzteren Fall nicht der zwangsläufige Übergang zum Sozialismus, sondern der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems infolge seiner wirtschaftlichen Defekte.

Folgt man Mandel[2], so ist die heutige Epoche des Kapitalismus gekennzeichnet durch:

- die internationale Konzentration und Zentralisation des Kapitals
- die Monopolisierung der Wirtschaft
- die wachsende Rolle des Staates
- die Verkürzung der Konjunkturzyklen
- die permanente Tendenz zur Inflation
- die wachsende Bedeutung der Rüstungsindustrie.

Fragen wir, inwieweit die Marxschen Prognosen eingetreten sind, so ist festzuhalten, daß die Konzentration des Kapitals nicht zum Niedergang des kapitalistischen Wirtschaftssystems geführt hat. Die Umwälzung im zaristischen Rußland geschah zwar im Namen von Karl Marx und auf dem Hintergrund seiner Geschichtsphilosophie; sie ist jedoch nicht mit dem von Marx vorhergesagten Übergang eines kapitalistischen Industriestaates in eine sozialistische Wirtschaftsordnung vergleichbar.

Festzustellen ist weiterhin, daß die Konzentration entsprechend der Marxschen Annahmen stark zugenommen hat; doch von einer Verelendung der Arbeiterklasse kann keine Rede sein, und der Mittelstand ist keineswegs verschwunden, sondern hat sich den technischen Fortschritt – entgegen der Voraussagen – gleichfalls nutzbar machen können.

So glaubt auch Mandel[3] nicht, daß der Kapitalismus aus rein ökonomischen Gründen zusammenbricht. Allerdings sieht Mandel eine Verschärfung des Klassenkampfes, „denn gesellschaftlich und politisch erzieht die Periode des Spätkapitalismus die Arbeiterklasse, interessiert sie an der Verwaltung der Unternehmen und an der Leitung der Wirtschaft, in ihrer Gesamtheit. Daraus ergibt sich eine potentielle Steigerung und Verschärfung des Klassenkampfes."[4]

II.

Doch mit dem Hinweis auf die bislang ausgebliebene Realisierung der Marxschen Prognosen ist die Diskussion seiner Kritik keineswegs obsolet. „Die Vermögenskonzentration in den westlichen Industriegesellschaften führt selbst bei wachsendem Lebensstandard und steigender sozialer Sicherung der lohnabhängigen Massen zu einer Disparität, welche der Begründung der Besitzverhältnisse mit dem Begriff der persönlichen Freiheit jede Grundlage entzieht."[5] Hier fühlt sich deshalb gerade der Liberale gefordert, denn sein Ziel ist es, an der Errichtung einer Gesellschaftsordnung mitzuarbeiten, in der Herrschaft von Menschen über Menschen abgebaut ist. Liberale Politik dient der Sicherung und Erweiterung der Freiheit der Mitglieder der Gesellschaft. Liberalismus setzt sich zur Aufgabe, einen alle gesellschaftlichen Bereiche umfassenden Emanzipationsprozeß zu initiieren und weiterzutragen.

Wegen der prinzipiellen Abhängigkeit von Gesellschaftsstruktur und Produktionsweise einerseits und der persönlichen Entfaltungsmöglichkeit andererseits bemüht sich liberale Politik neben der formalen Sicherung der Grundrechte, die Schaffung der sozialen Voraussetzungen zur Inanspruchnahme dieser Rechte zu verwirklichen. Daraus ergeben sich grundsätzlich Folgerungen für wirtschaftspolitische Zielvorstellungen. Besonderes Augenmerk kommt dabei der Neuordnung der Verfügungsgewalt über Sachwerte und der daraus resultierenden Möglichkeit politischer Herrschaft zu.

Ohne Zweifel unterliegt die Mehrheit der Menschen in unseren Industriestaaten den Anpassungszwängen der industriellen Arbeitswelt. Sie haben daher ein berechtigtes Interesse an der Objektivierung der betrieblichen Herrschaftsverhältnisse und daran, daß die Produktionslenkung nicht einzig und allein vom Profitmotiv abhängig ist. Dabei ist der Anpassungsdruck in den Systemen des etablierten Sozialismus noch weitaus größer als in den kapitalistischen, da im etablierten Sozialismus das Geflecht der Abhängigkeiten noch unbeweglicher ist und der publizistischen Kritik sowie der Organisationsmöglichkeiten der von der herrschenden Schicht abweichenden Bürger engste Grenzen gesetzt sind.

Die Entfremdung des Menschen von der Arbeit ist zu einem erheblichen Teil von der hochentwickelten Industriegesellschaft abhängig. Es ist daher einsichtig, daß anstelle eines schrankenlosen Privatbesitzes an Produktionsmitteln nicht deren Überführung in den Staatsbesitz zu setzen ist. Ein qualitativer Fortschritt im Sinne humanerer Arbeitsbedingungen wäre nämlich damit keineswegs automatisch verbunden.

III.

Eine Wirtschaftsordnung, die liberalen Prämissen Rechnung trägt und gleichzeitig volkswirtschaftliche Effektivität besitzt, erfordert folgende Strukturmaßnahmen:[6]

– Durch Mitbestimmungsregelungen ist die qualitative Mitentscheidung aller an einem Betrieb Beteiligten sicherzustellen. Ein Schritt wäre die Einbeziehung rätedemokratischer Elemente. Dabei hat die Bevorzugung gradueller Reformen gegenüber revolutionären, alles erfassenden Vorhaben den Vorteil, daß die strukturverändernden Wirkungen verfolgt und leichter gesteuert werden können. Langfristiges Ziel ist ein Modell der Arbeiterselbstverwaltung.

– Die sozialen Ungerechtigkeiten sind durch neue Formen der Vermögens- und Eigentumsbildung abzubauen. Die Möglichkeit der Mitbeteiligung der in einem Unternehmen Tätigen an diesem ist zu sichern. Langfristiges Ziel ist es, Betriebe in Solidareigentum der darin Beschäftigten umzuwandeln.

– Subjektive Bedürfnisse sind nicht planbar. Sie verlangen ein flexibles System der Güter- und Leistungsverteilung mit Marktmechanismen. Es gilt daher, die Existenz unabhängiger Produktionseinheiten sicherzustellen bzw. wiederherzustellen. Mit fiskalischen und gesetzlichen Mitteln ist deshalb einer weiteren Konzernbildung entgegenzuwirken. Hierbei ist die Existenz mittlerer und kleinerer Betriebe zu sichern und zu stärken. Dem Gemeinwesen ist je nach Beschäftigenzahl bzw. Umsatz des Unternehmens ein wachsendes Mitspracherecht einzuräumen. Aus Fehlern gilt es zu lernen. Weder hat sich ein unflexibles Plansystem als geeignet erwiesen, die Güter- und Leistungsverteilung befriedigend zu regeln, noch wird die Ideologie des freien Marktes den heutigen Gegebenheiten gerecht. Gesteht man dem einzelnen subjektive Bedürfnisse zu, die nicht planbar und vorschreibbar sind, erfordert deren Befriedigung ein flexibles Verteilungssystem, wie es ein Marktmechanismus darstellt.

Bei bestimmten Größenordnungen von Unternehmen ist deren Bedeutung zu groß, als daß sie unkontrolliert bleiben dürften. Es müssen daher Mittel und Wege gefunden werden, die dem Gemeinwesen ein ausreichendes Mitentscheidungsrecht geben.

– Der gerechten Zuteilung von Lebenschancen ist durch ein Sozialwesen nachzukommen (z. B. Gesundheit, Bildung), dessen Wirksamkeit unabhängig ist von den finanziellen Unterschieden derer, die es in Anspruch nehmen.

– Die Abschaffung der Fließbandarbeit sowie die Einschränkung inhumaner Arbeits-

bedingungen in anderen Bereichen ist anzustreben. Experimente in dieser Richtung sind zu fördern.

Die genannten „Emanzipationsbremsen" sind bisher in keiner Gesellschaft zufriedenstellend abgebaut worden. Bei dem heutigen technischen Stand muß technischer Fortschritt insbesondere zur Beseitigung einer inhumanen Arbeitswelt eingesetzt werden, um so die gegebenen Möglichkeiten zur Freiheit auch real nutzen zu können.

1 Mit Kapitalismus sei ein Wirtschaftssystem gekennzeichnet, das marktwirtschaftlich organisiert und durch den Gegensatz von Kapital und Arbeit charakterisiert ist.

2 Ernest Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt a. M. 1970, S. 502 ff.

3 Ebenda.

4 Ebenda, S. 567.

5 Karl Hermann Flach, Noch eine Chance für Liberale, Frankfurt a. M. 1971, S. 21.

6 Vgl. zum folgenden insbesondere Prügel, Manfred: Systemüberwindung – zur Problematik eines Begriffes, in: Ihv-magazin, Nr. 4/73, S. 4 f. (z. T. wörtliche Wiedergabe).

Rezensionen

Robert Steigerwald
Kapitalismus in der Krise
Zu einem neuen Buch von Willi Gerns

Jetzt veröffentlichte der Verlag Marxistische Blätter, Ffm., unter dem Titel „Kapitalismus in der Krise" ein neues Taschenbuch von Willi Gerns. Die Arbeit behandelt brennende Probleme unserer gegenwärtigen Kampfbedingungen. Das Taschenbuch ist gegliedert in die folgenden drei Kapitel: I. Wesen und Entwicklungsetappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus. II. Die neue Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus. III. Welches sind die wichtigsten Schlußfolgerungen, die sich aus der neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus ergeben? In einem Nachwort geht Willi Gerns auf jene Probleme ein, die sich nach der Abfassung des Manuskripts ergaben. Er kommt dabei auch auf die Aktion der DKP zu Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung zu sprechen.

Wer die Arbeiten von Willi Gerns kennt, der weiß, daß er streng systematisch geordnet vorgeht. Er behandelt also zuerst das Wesen und die Entwicklungsetappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Dabei führt er zunächst heran an den Begriff der allgemeinen Krise. Es handle sich um eine Krise, die im Unterschied zu den konkreten Krisen in diesem oder jenem Teilbereich eine allseitige Krise des kapitalistischen Systems darstellt. „Sie erfaßt alle Bereiche des Kapitalismus, die Wirtschaft, die Politik, die Ideologie, alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Es ist eine Krise, die jenen geschichtlichen Zeitabschnitt der Existenz des Kapitalismus umfaßt, in dem sich der Prozeß des Niedergangs des Kapitalismus und seiner Ablösung durch den Sozialismus im Weltmaßstab vollzieht" (S. 6).

Diese Krise sei das Ergebnis der Zuspitzung aller dem Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium eigenen Widersprüchen. Vor allem komme in ihr der Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Aneignung der Produktionsergebnisse, des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit, des Widerspruchs zwischen den imperialistischen Mutterländern und den abhängigen Ländern sowie des Widerspruchs zwischen den imperialistischen Staaten selbst zum Ausdruck.

Das Hauptmerkmal der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist die Spaltung der Welt in zwei entgegengesetzte gesellschaftliche Systeme und der Kampf zwischen ihnen, der erfolgreiche Vormarsch des Sozialismus.

Darin drückt sich die Tatsache aus, daß der Kapitalismus kein weltumspannendes System mehr ist. Schrieb das „Manifest der Kommunistischen Partei" dem Kapitalismus das Todesurteil, so wird dieses Todesurteil mit jenem Prozeß vollstreckt, der mit der Oktoberrevolution beginnt. Die erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus, der Niedergangsprozeß des kapitalistischen Systems ist der deutlichste Ausdruck der allgemeinen Krise. Darum ist die Entstehung und erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus, die immer weitergehende Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus das bestimmende, grundlegende Merkmal, das alle anderen Merkmale der allgemeinen Krise des Kapitalismus durchdringt.

Entsprechend dem Auf und relativen Ab in der Entwicklung dieses Kräfteverhältnisses lassen sich mehrere Etappen in der Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus feststellen. Jede neue Etappe dieser allgemeinen Krise ist durch qualitativ neue Situationen in den weltwirtschaftlichen Beziehungen, im gesamten System der internationalen Beziehungen gekennzeichnet, die durch den Verlauf des Kampfes beider Systeme hervorgerufen werden.

Willi Gerns stellt dann die Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus dar. Die erste dieser Etappen entwickelte sich im Zusammenhang mit dem ersten Weltkrieg. Dieser Weltkrieg war eine Folge der äußersten Zuspitzung der imperialistischen Widersprüche. „Die Widersprüche der kapitalistischen Mächte untereinander, ihr Kampf um Rohstoffquellen und Einflußsphären verschärften sich in einem solchen Maße, daß die imperialistischen Räuber die Neuaufteilung der Welt offen auf die Tagesordnung setzten und mit dem Mittel des Weltkrieges durchzusetzen versuchten" (S. 7). Dieser Krieg brachte den Monopolen Riesenprofite, bedeutete für die Arbeiter, für die Werktätigen in den imperialistischen Mutterländern und in den Kolonien unerhörte Ausbeutung, Hunger und Elend. Die Dividenden stiegen, die Proletarier fielen. Dies verschärfte in ungeheurem Maße die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit. Die gesamte kapitalistische Welt wurde durch den imperialistischen Weltkrieg in ihren Grundfesten erschüttert. „Das ermöglichte es, die Kette des Imperialismus an ihrer schwächsten Stelle zu durchbrechen. Diese schwächste Stelle war damals das zaristische Rußland" (S. 7). Dort vereinigten sich alle Widersprüche des Kapitalismus und verbanden sich mit jenen scharfen Widersprüchen, die sich

aus den dort noch existierenden Überresten des Feudalismus ergaben.

Mit der Oktoberrevolution war der Kapitalismus in die erste Etappe seiner allgemeinen Krise eingetreten. Willi Gerns hebt deren wichtigste Merkmale hervor: 1. der Kapitalismus ist nicht mehr das einzige, die ganze Welt umspannende Gesellschaftssystem. 2. unter dem Einfluß der Oktoberrevolution kommt es in einer Reihe von Ländern zu revolutionären Erhebungen der Arbeiterklasse, die den Kapitalismus tief erschütterten. 3. ebenfalls unter dem Einfluß dieser Oktoberrevolution kommt es in den Kolonialländern zu nationalen Befreiungskriegen und Aufständen. 4. durch die Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutungssphäre und die Entfaltung der imperialistischen Kolonialkriege verschärfen sich die Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft selbst.

Die zweite Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus entfaltete sich im Zusammenhang mit dem zweiten Weltkrieg und seinen Ergebnissen. Dieser Krieg wurde vom Imperialismus entfesselt und war das Ergebnis von zwei Hauptursachen: „Der äußersten Zuspitzung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten und des Antagonismus zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen System. Nicht nur die deutschen, sondern auch die amerikanischen, britischen und französischen Imperialisten trugen sich mit der Absicht, im Verlaufe des Krieges die sozialistische Ordnung in der Sowjetunion zu liquidieren" (S. 9).

Jedoch zerschlugen die Ergebnisse des Krieges diese Hoffnungen. Durch den Sieg der Sowjetunion über den Faschismus entstanden vielmehr günstige Bedingungen für einen neuen Aufschwung des nationalen und sozialen Befreiungskampfes der Völker. Der Kapitalismus trat in die zweite Etappe seiner allgemeinen Krise ein.

Deren wichtigste Merkmale sind: 1. die Kette des Weltimperialismus wurde nach dem zweiten Weltkrieg auf breiter Front zerrissen. Die volksdemokratische bzw. sozialistische Revolution siegte in einer ganzen Reihe von Ländern Europas und Asiens. Es entstand das sozialistische Weltsystem, die größte Errungenschaft der internationalen Arbeiterbewegung. 2. im Zusammenhang mit diesem Sieg und der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems kam es zu einem neuen Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung. Der Imperialismus büßte nicht nur China, Nordkorea und einen Teil Vietnams ein, er verlor auch eine ganze Reihe anderer Länder, die noch nicht den Weg zum Sozialismus einschlugen, wie beispielsweise Indien. Die Krise des Kolonialsystems hat sich soweit vertieft, daß vom Zerfall des Kolonialsystems zu sprechen ist. 3. im Zusammenhang mit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems und des Zerfalls des Kolonialismus vertieften sich die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft noch mehr. Abermals wurden die territorialen Grenzen des kapitalistischen Weltmarkts und die Kapitalanlagesphären eingeengt. Der Imperialismus verlor wichtige Rohstoffquellen und strategische Stützpunkte.

Infolge des raschen ökonomischen, politischen und militärischen Erstarkens des Sozialismus und der Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus kam es, wie Willi Gerns hervorhebt, in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zu einer weiteren qualitativen Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Damit trat der Kapitalismus in die dritte Etappe seiner allgemeinen Krise ein, deren Hauptmerkmale, im Unterschied von den beiden vorhergenannten Etappen der allgemeinen Krise, nicht aus einem Weltkrieg hervorgegangen sind, sondern unter friedlichen Verhältnissen entstanden. Diese Hauptmerkmale sind: 1. das sozialistische Weltsystem hat eine solche Kraft erlangt, daß es zunehmend zum bestimmenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird. Grundlage hierfür sind die ökonomischen Erfolge des Sozialismus. Auf dieser Grundlage und der wissenschaftlich-technischen Fortschritte erlangte die militärische Macht und der politische Einfluß der sozialistischen Länder eine neue Qualität. Glaubten die Amerikaner unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg noch, die Sowjetunion atomar erpressen zu können, so sind diese Zeiten mit dem sowjetischen militärischen und wissenschaftlichen Fortschritt längst vorbei. Gestützt auf diese ökonmische und militärische Macht und den politischen Einfluß des Sozialismus wurden dem Imperialismus in diesen Jahren schwere Niederlagen zugefügt: in Korea, in Vietnam. Vor den Toren der Vereinigten Staaten konnte sich das sozialistische Kuba entwickeln. „All das unterstreicht, daß der Imperialismus die historische Initiative verloren hat, daß der Sozialismus mehr und mehr zum bestimmenden Faktor der geschichtlichen Entwicklung wird, daß er bereits die Hauptrichtung der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft bestimmt. Das ist das bestimmende, grundlegende Merkmal der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus" (S. 13). 2. ein weiteres Merkmal der dritten Etappe der allgemeinen Krise ist der Zusammenbruch des Systems der imperialistischen Kolonialsklaverei. Dabei besteht das Neue gegenüber der vorherigen Etappe darin, daß

sich erstens der Zerfallsprozeß des Kolonialsystems schon nicht mehr auf Asien, den Nahen und Mittleren Osten beschränkt. Er hat vielmehr den ganzen afrikanischen Kontinent erfaßt und sich auch auf Lateinamerika ausgedehnt. Zweitens kommt es jetzt nicht mehr nur zur Brechung der politischen Strukturen des Kolonialismus, sondern auch dazu, daß die ökonomischen Wurzeln des Kolonialismus untergraben werden. 3. wächst gleichzeitig die Tendenz zur zunehmenden Labilität der kapitalistischen Wirtschaft, die aber nicht mehr die Folge des zweiten Weltkrieges ist, sondern Ergebnis der Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus selbst. 4. nicht zuletzt ist die dritte Etappe der allgemeinen Krise durch einen großen Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern selbst gekennzeichnet.

Im zweiten Kapitel untersucht Willi Gerns das Problem „neue Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus".

Gerns geht von den Merkmalen der Verschärfung der allgemeinen Krise aus. „Es handelt sich dabei nicht nur um eine quantitative Zunahme der Krisenerscheinungen, sondern um qualitativ neue Merkmale, die uns das Recht geben, von einer neuen Phase der allgemeinen Krise zu sprechen" (S. 17).

Willi Gerns untersucht, welche die wichtigsten dieser neuen Merkmale sind:

Da ist zuerst als wichtigstes das weitere Erstarken des Sozialismus zu nennen. Willi Gerns gibt überzeugende Materialien zu dieser These und geht insbesondere auf die rasche Verwirklichung des historischen Friedensprogramms des 24. Parteitags der KPdSU ein. „Kurzum: die Fakten bestätigen die vom Generalsekretär der KPdSU, L. I. Breshnew, in seiner bedeutsamen Rede auf dem Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau getroffenen Einschätzung: ‚Die Haupttendenz in der Entwicklung der gegenwärtigen internationalen Beziehungen ist die sich vollziehende Wende vom kalten Krieg zur Entspannung, von militärischer Konfrontation zur Festigung der Sicherheit, zur friedlichen Koexistenz'" (S. 18).

Kurz wendet sich Willi Gerns den günstigeren Bedingungen zu, die durch diesen Prozeß des Kampfes um friedliche Koexistenz für das Wirken der revolutionären Kräfte entspringen. In diesem Teil (S. 18/19) werden auch die weitverbreiteten Argumente ultralinker und -rechter Gegner des Kampfes für die friedliche Koexistenz eindrucksvoll widerlegt.

Auf dem Hintergrund der weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus kommt es zu qualitativen Veränderungen in den Beziehungen zwischen den jungen Nationalstaaten und den imperialistischen Mächten. Dies drückt sich vor allem aus in der Entwicklung der kapitalistischen Energie- und Rohstoffkrise. Willi Gerns liefert hierzu zahlreiche belegende Materialien. Ein drittes Merkmal der neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist die Krise der Beziehungen zwischen den imperialistischen Hauptmächten, vor allem zwischen den drei Hauptzentren USA, EWG, Japan.

Einen weiteren Faktor nennt Willi Gerns, der die neue Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus kennzeichnet: die enorme Zuspitzung der wirtschaftlichen Widersprüche des Kapitalismus. Auch hier liefert Willi Gerns zahlreiche belegende Materialien, die wir dem Studium unserer Genossen empfehlen.

„Nicht zuletzt zeigt sich die neue Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus in einer neuen Qualität der Klassenkämpfe der Arbeiter" (S. 33). Willi Gerns geht hier auf die neuen Momente und auf die sprunghaft wachsende Zahl der Streiks ein. Er untersucht die Motive, die zu einer solchen sprunghaften Steigerung der Kampfbereitschaft der werktätigen Massen führten.

Darüber hinaus äußert sich die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus auch in einer ganzen Reihe weiterer Faktoren. Willi Gerns nennt die Probleme der Umwelt, der Bildung, des Gesundheitswesens und andere für das Leben der Werktätigen wichtigen Bereiche. Er geht auf die Entfaltung der Krise der bürgerlichen Demokratie und Moral ein, auf die Zunahme der Labilität bürgerlicher Regierungen, die sich in permanenten Regierungskrisen, im äußerst labilen Verhältnis zwischen Regierung und Opposition in wichtigen kapitalistischen Ländern ergibt.

Einen besonderen Absatz widmet Willi Gerns dem Problem der Krise der bürgerlichen Ideologie. Er setzt sich mit dem raschen Austausch von Schlagworten, „Leitbildern", Phrasen zur Verteidigung des imperialistischen Systems auseinander.

„Wir haben es also zweifellos mit einer Reihe neuer Momente in der Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu tun. ... es stellt sich die Frage: Warum sprechen wir dennoch von einer neuen Phase und nicht von der vierten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus?" (S. 41) Willi Gerns ist der Meinung, daß diese Frage sicherlich noch weitere Diskussionen bedarf. Dennoch verweist er auf zwei Faktoren, die es nicht gestatten, schon von einer neuen, von der vierten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu sprechen. Erstens ist

das grundlegende Merkmal der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapitalismus und Sozialismus, nach wie vor durch die Bestimmung gekennzeichnet, daß der Sozialismus immer mehr die Hauptrichtung der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft bestimmt. Über eine solche Kennzeichnung kann man gegenwärtig noch nicht hinausgehen. Noch sind Rückschläge möglich, noch kann die Reaktion in dem einen oder anderen Land, in der einen oder anderen Frage, für eine gewisse Zeit das Steuer herumreißen. Willi Gerns verweist weiter auf die Tatsache, daß es auch in früheren Etappen der allgemeinen Krise heftige, qualitative Veränderungen gegeben hat, ohne daß deshalb bereits von einer neuen Etappe der allgemeinen Krise die Rede war. Wir haben es zwar gegenwärtig mit einer qualitativen Wandlung in der Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu tun, aber es ist sicherlich richtig, sie als eine Wandlung innerhalb des Rahmens der dritten Etappe, eben als neue Phase innerhalb dieser Etappe, einzuschätzen.

Im dritten Kapitel wendet sich Willi Gens den Fragen zu, welche Schlußfolgerungen sich für die Arbeiterklasse, für die Arbeiterbewegung aus der neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus ergeben. Er verweist vor allem auf folgende:

Es ist notwendig, entsprechend den Interessen der Arbeiterklasse ein positives Verhältnis zum realen Sozialismus zu entwickeln. Es ist nicht zufällig, daß gerade im Zusammenhang mit der sich verschärfenden allgemeinen Krise des Kapitalismus der imperialistische Gegner die Wirkungen des realen Sozialismus und seiner Friedenspolitik durch eine neue Welle des Antikommunismus und Antisowjetismus – auch in maoistischer und trotzkistischer Variante – abschwächen will. „Wenn die demokratischen Kräfte, wenn die Kommunisten die Chancen nutzen wollen, die sich aus der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus ergeben, dann müssen sie stärker in die ideologische Auseinandersetzung eingreifen und noch entschiedener dem Antikommunismus und Antisowjetismus entgegentreten. Es kommt dabei vor allem darauf an, die erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus, den Zusammenhang von Sozialismus und Frieden, den Zusammenhang von Sozialismus und Freiheit, von Sozialismus und Sicherheit für die Werktätigen ins Bewußtsein der arbeitenden Menschen zu bringen" (S. 43). Wir müssen darum kämpfen, daß die begonnene Wende zur friedlichen Koexistenz unumkehrbar gemacht wird. Das erfordert die entschiedene Auseinandersetzung mit der friedensfeindlichen Politik der CDU/CSU, aber auch mit den Inkonsequenzen, Halbheiten und Widersprüchen der Politik der FDP und derjenigen der SPD-Führung. Wenn die allgemeine Krise des Kapitalismus sich vor allem infolge der wachsenden Kraft des Sozialismus verschärft, so wird darin deutlich, daß das positive Verhältnis der DKP, der SDAJ, des Spartakus zum realen Sozialismus und zu seiner Hauptmacht, zur Sowjetunion, zur KPdSU, keine Pflichtübung gegenüber diesen Ländern und der KPdSU ist und auch nicht nur in der geschichtlichen Pionierrolle der KPdSU begründet ist. „Ein positives Verhältnis zum realen Sozialismus liegt vor allem im ureigensten Interesse der Arbeiterklasse unseres Landes und ihrer heutigen Kampfbedingungen" (S. 44). Der Antikommunismus und Antisowjetismus des Imperialismus ist weniger direkt gegen die Sowjetunion und die KPdSU gerichtet, als vielmehr direkt gegen uns. **Uns** soll er fesseln, **uns** soll er im Kampf die Orientierung nehmen. Unsere möglichen Bundesgenossen sollen mit der Überlegung am Bündnis mit uns gehindert werden, daß für diese Ziele, für die unsere Bundesgenossen eintreten, ja auch wir seien.

Die immer augenscheinlicheren Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems müssen für die Kommunisten Anlaß sein, konkret und allseitig die Kritik dieses Systems zu verstärken. „Ob es sich um die Misere der Bildung, der Umwelt, des Gesundheitswesens, um die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen oder um die Krise der bürgerlichen Demokratie handelt, wir müssen all diese Erscheinungen nutzen, um vor allem das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu entwickeln" (S. 44). Wir müssen uns mit dem skrupellosen Preisdiktat der Konzerne auseinandersetzen, die wirklichen Machtverhältnisse deutlich machen.

Angesichts der sich verschärfenden Widersprüche zwischen den USA und dem imperialistischen Westeuropa müssen die Kommunisten, die Arbeiterklasse, die demokratischen Kräfte stärker für die Unabhängigkeit der Bundesrepublik von den USA eintreten. Für uns gilt es in verstärktem Maße, die vom Hamburger Parteitag der DKP entwickelten Vorstellungen für eine nationale Politik im Interesse der BRD zu propagieren: „Die nationalen Interessen unseres Landes erfordern eine eigenständige und zugleich weltoffene Politik. Sie erfordern ganz besonders auch ein gutes Verhältnis zu den sozialistischen Ländern und zur übrigen nichtkapitalistischen Welt. Die nationalen Interessen verlangen die Lockerung der einseitigen Bindung an den USA-Imperialismus und die NATO. Sie verlangen die Zurückdrängung der antinationalen Monopolmacht und ganz besonders jener multinationalen Konzerne, die sich in das Leben der Völker Westeuropas einfressen." (Herbert Mies, Bericht des Parteivorstandes an den Hamburger Parteitag der DKP, in: Protokoll des Hamburger Parteitages der DKP, S. 41.)

Die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen des Kapitalismus sind zweifellos jene Fragen, die die Masse der Arbeiter, der Rentner, der Werktätigen am stärksten bewegen. Die wirtschaftliche Misere ist der Hauptgrund der Enttäuschung der Arbeiter über die SPD, der Hauptgrund einer schamlosen Demagogie der CDU/CSU. Die Kommunisten müssen diesen Fragen die größte Aufmerksamkeit widmen. Im Vordergrund unseres Wirkens müssen alle Fragen stehen, die den Arbeitern und Angestellten auf den Nägeln brennen: Was können wir tun gegen das Preisdiktat der Konzerne und die Inflationsfolgen. Wie können wir die Arbeitsplätze der Arbeiter sichern? Wir wenden uns an alle Arbeiter und Angestellten, die Rentner, die Sparer, an sozialdemokratisch, christlich orientierte Kräfte, an Parteilose, an die Gewerkschaften und die Sozialverbände mit unseren Vorschlägen für die Abwehr der Angriffe auf die soziale Lage der Arbeiterklasse. Wir entwickeln konkrete Alternativ-Vorschläge. Willi Gerns geht gerade darauf gründlich und ausführlich ein (S. 46ff).

Die allgemeine Krise des Kapitalismus wirft so viele neue Probleme auf, daß sich daraus auch neue Möglichkeiten für die Politik der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und des antimonopolistischen Bündnisses ergeben. Willi Gerns entwickelt dies z. B. am Problem der sogenannten Ölkrise. Insgesamt stellt uns die neue Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus vor die Aufgabe, uns verstärkt um die Entwicklung einer wirklichen Massenarbeit der Arbeiterbewegung zu kümmern. Auch dafür hat der Hamburger Parteitag, haben die nachfolgenden Tagungen des Parteivorstandes der DKP Orientierungen gegeben, die Willi Gerns in dem Text einfügt.

Das Nachwort des Autors geht von den inzwischen weiter steigenden Lebenshaltungskosten, von der raschen Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit in der Bundesrepublik aus. Am stärksten sind davon Frauen, Jugendliche und ausländische Arbeiter betroffen. Die Lage der Jugend ist auch dadurch charakterisiert, daß von den Schulabgängern im Herbst 1974 etwa 100 000 ohne Lehrstelle geblieben sind. Preiswucher und Unsicherheit der Arbeitsplätze seien die Probleme, die die arbeitende Bevölkerung gegenwärtig am stärksten bedrückten. Die Bundestagsparteien seien darum bemüht, die Ursachen der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu verschleiern. Sie alle verteidigen die Macht- und die Profitsucht des Großkapitals, die Hauptquelle der inflationistischen Preisentwicklung und der Unsicherheit der Arbeitsplätze. Nur unsere Partei, die DKP nennt die wirklichen Ursachen beim Namen und hat konkrete Aktionen gegen den Preiswucher und für die Verteidigung der Arbeitsplätze entfaltet. Sie hat auf der 5. Tagung des Parteivorstands Anfang Oktober 1974 zu einer bundesweiten Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung aufgerufen. Willi Gerns bringt im Anhang, bringt in diesem Nachwort den ganzen Aufruf dieser Parteivorstandstagung, der sich als unmittelbare Anleitung für die Aktion besonders eignet.

Das neue Taschenbuch von Willi Gerns ist eine ausgezeichnete Argumentationshilfe für alle, die nicht bloß mit scheinradikalen Worten sich als Linke gebärden wollen, sondern die sich offen und vorbehaltlos an die Seite der Arbeiterklasse stellen, die begriffen haben, daß der Kampf um den Groschen des Arbeiters, für die Sicherung seines Arbeitsplatzes Ausgangspunkt und Voraussetzung dafür ist, um gemeinsam mit den Arbeitern und für die Arbeiter den Kampf gegen die Macht des Monopolkapitals, für die Öffnung des Weges zum Sozialismus aufzunehmen.

Das Taschenbuch von Willi Gerns gehört in die Hände eines jeden Sozialisten, eines jeden Klassenkämpfers unseres Landes.

Unsere Autoren

Steffen Lehndorff, geb. 1947, Vorsitzender des MSB Spartakus.

Wolfram Brönner, geb. 1948, Mitglied des Bundesvorstands des MSB Spartakus, studiert im 10. Semester Politik und Geschichte in Marburg. Wolfram ist Mitglied des Redaktionsbeirates des Antiimperialistischen Bulletins (AIB).

Jürgen Ostrowsky, geb. 1945, Marburg, Magister in Politik/Soziologie; Publikationen in Sopo, Blätter für deutsche und internationale Politik, AIB und anderen Zeitschriften.

Alfred Hermann, 27 Jahre alt, studiert Pädagogik in Oldenburg.

Annette Menzel, 25 Jahre alt, studiert Pädagogik in Oldenburg.

Edith Laudowicz, 28 Jahre alt, Mitglied des Bundesvorstands des MSB Spartakus, studiert Pädagogik in Oldenburg.

Wolfgang Ritter, geb. 1952, studiert im 7. Semester Germanistik und Politik in Marburg.

Walter Fenn, geb. 1951, studiert im 9. Semester Sinologie in Hamburg.

Günther Schucher, geb. 1951, studiert im 9. Semester Sinologie in Hamburg.

Hennes Klaus, geb. 1947, studiert im 11. Semester Soziologie in Münster.

Holger Böning, geb. 1949, studiert im 5. Semester Deutsch und Geschichte in Bremen.

Gert Christ, geb. 1950, studiert an der FHS Frankfurt im 5. Semester Sozialarbeit.

Christfried Seifert, geb. 1946, Mitglied des Sekretariats des Bundesvorstands des MSB Spartakus.

Ulrich Brameier, Mitglied des Bundesvorstands des Liberalen Hochschulverbandes (LHV).

Robert Steigerwald, Vorsitzender der Marxistischen Arbeiterbildung (MAB), Mitglied des Parteivorstands der Deutschen Kommunistischen Partei.

Ich bestelle

... Exemplar „Unsere Politik" Dokumente des MSB SPARTAKUS

... Exemplar „Wenn wir die Maoisten bekämpfen ..."

... Exemplar „Werde Mitglied"

Name . . . . . .

Adresse . . . . . .

Hochschule . . . . . .

Einsenden an

MSB Spartakus

53 Bonn

Postfach

nur 1 Mark

rote blätter

Politik des MSB·SPARTAKUS aus 1. Hand!

JNFormation + DOKUmentation + ARGUment + DISKUSSION

Die Februar-Ausgabe (Nr. 24) der

roten blätter

bringt u. a.:

- Karneval — Narrenspiel der Reaktion?
- Warum die Maoisten keine Linken sind
- Oskar Neumann über Nostalgie
- Exklusivinterview mit ägyptischem GUPS-Vorsitzenden: „Gibt es im Nahen Osten einen neuen Krieg?“

Ein Jahresabonnement kostet einschließlich Porto: 10,50 DM

Bestellungen an:

rote blätter
MSB SPARTAKUS
Bundesvorstand
53 Bonn 1, Postfach

MARXISTISCHER STUDENTENBUND

SPARTAKUS